



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Von Angesicht zu Angesicht im Kalten Krieg Österreichs besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West (1960-1983)

Verfasserin

Mag. Magdalena Reitbauer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ. Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

DANKE...

... meiner Familie, für ihre liebevollen, vielfältigen und kreativen Möglichkeiten zur individuellen Entfaltung.

... meinem Michael, für die Balance in meinem Leben und seiner Begabung, den gemeinsamen Blick für das Wesentliche zu erkennen.

... meinen Freunden, für ihre offenen Ohren und motivierenden Worte.

... meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, für die kompetenten wissenschaftlichen Kommentare und die freundliche persönliche Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1. Literatur- und Quellenbestand	4
1.2. Methodik und Ansatz.....	5
2. Kontextualisierung: Begriffe, Strukturen, historische Einordnung.....	10
2.1. Definitionen und Begriffe	11
2.1.1. Außenpolitik.....	11
2.1.2. Diplomatie und Besuchsdiplomatie.....	12
2.2. Institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen	15
2.2.1. „Außenministerium“	15
2.2.2. Österreichische Außenminister	17
2.2.3. Begegnungsort Österreich/Wien	19
2.3. Österreich zwischen Ost und West: Historische und politische Einordnung	22
2.3.1. 1945-1960: Staatsvertrag, Neutralität und der Balanceakt nach innen und außen.....	23
2.3.2. 1960er Jahre: Außenpolitische Handlungsräume von der „Großen Koalition“ bis zur ÖVP-Alleinregierung.....	33
2.3.3. 1970er Jahre: Die Ära Kreisky – Stabilisierung, Internationalisierung und Détente.....	39
2.3.4. 1980er Jahre und Ausblick: Österreich zwischen internationalen Brüchen und europapolitischer Integration	51
3. Österreichs besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West.....	54
3.1. Quantitative Darstellung der Besuchsdiplomatie in Österreich.....	55
3.2. Analyse der besuchsdiplomatischen Interaktionen Österreichs mit den USA, der UdSSR, BRD und DDR	67
3.2.1. 1960-1966: Konsensorientierung und außenpolitische Öffnung.....	69
3.2.2. 1966-1970: Kontinuitäten und neue Ziele.....	79
3.2.3. 1970-1983: Besuchsdiplomatische Hochblüte und langsames Abklingen.....	84
4. Zusammenfassende Betrachtung und Conclusio	118

5. Verzeichnisse	125
5.1. Literaturverzeichnis	125
5.2. Quellenverzeichnis.....	129
5.3. Abkürzungsverzeichnis	132
5.4. Abbildungsverzeichnis.....	133

1. Einleitung

„In unserer Gegenwart befinden sich die Staatspräsidenten ständig auf Reisen. Sie suchen die Begegnung mit ihren Kollegen, weil Verhandlungen im persönlichen Gespräch als vertrauensbildend gelten. Solange die Staatschefs miteinander reden und sich dabei für die allgemeine Öffentlichkeit ablichten lassen, entsteht der Eindruck, dass Krisen bewältigt und fruchtbare Beziehungen aufgebaut werden können.“¹

Besuche von Staats- und Regierungschefs, AußenministerInnen oder sonstigen außenpolitisch agierenden PolitikerInnen sind fest im politischen Tagesgeschäft der internationalen Beziehungen verankert. Hinter der diplomatischen Fassade treten allerdings oftmals die mehr oder weniger gut funktionierenden bilateralen Beziehungen zu Tage. Im Kalten Krieg kam dieser „von-Angesicht-zu-Angesicht-Form“ von Diplomatie besondere Bedeutung zu. So sollten besuchtsdiplomatische Interaktionen in einer permanenten Spannungssituation Konflikte entschärfen, vertrauensbildende Spielräume schaffen oder einfach nur die ohnehin problemlosen Beziehungen weiter stärken. Auch Österreich kann auf eine aktive Besuchtsdiplomatie verweisen. An der europäischen „Ost-West-Schnittstelle“ gelegen, wurde Österreich in dieser Zeit nicht nur in Anbetracht seiner politischen Sonderstellung als neutrales Land internationale Beachtung zuteil, sondern auch aufgrund seiner selbst angebotenen diplomatischen Brückenfunktion. In dieser Diplomarbeit geht es um dieses Spannungsverhältnis eines neutralen Staates und seiner außenpolitischen Orientierung zwischen Ost und West am Beispiel der Besuchtsdiplomatie.

Für diese Arbeit wird (als These) angenommen, dass ***außenpolitische Freiräume und somit auch besuchtsdiplomatische Handlungsmöglichkeiten wesentlich von innenpolitischen Konstellationen abhängen.***² Daraus resultiert die zentrale Fragestellung dieser Arbeit, dessen einzelne inhaltliche Punkte und platzökonomische Abgrenzungen im Folgenden noch erklärt werden, wie folgt: ***Wie gestalten sich die besuchtsdiplomatischen Interaktionen zwischen Ost und West in und mit Österreich vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konstellationen und außenpolitischen Orientierung sowie ihrer jeweiligen Veränderungen?*** Im Laufe dieser wissenschaftlichen Arbeit soll die Verbindung von innenpolitischen Rahmenbedingungen und außenpolitischen Ausrichtungen anhand der

¹ Begegnung von Herrschern, zit. nach: Fleckner, Uwe (2011) Hg.: Handbuch der politischen Ikonographie, Band 1, Beck, München, S. 127 und 135.

² In Anlehnung an Rathkolb, Oliver (2006): Internationalisierung Österreichs seit 1945, Studienverlag, Innsbruck/Wien, S. 64.

besuchsdiplomatischen Aktivitäten Österreichs und unter Berücksichtigung des internationalen Kontextes dargestellt werden.

Diese historische Auseinandersetzung mit dem „Kalten Krieg“, der in seiner Begrifflichkeit als „kalter“ Konflikt für den geographischen Raum Österreichs zutrifft, wird in dieser Diplomarbeit als zeitlicher und politischer Rahmen gesehen, in welchem Österreich die Kondition und die Maxime der „Neutralität“ gewählt hat. Gleichzeitig ist diese „Wahl“ sowohl inhaltlich und als auch perzeptorisch über den Zeitraum von der Mitte der 1950er Jahre bis zum Ende des Kalten Krieges keineswegs statisch. Die Entwicklungen und Veränderungen des Neutralitätsverständnisses bestimm(t)en zu einem Großteil die außenpolitischen Handlungsräume Österreichs im internationalen Feld. Obwohl Neutralität in verschiedenen Politikfeldern deutlich gemacht werden kann, ist die außen- und sicherheitspolitische Orientierung eines Landes die „sichtbarste“ Form der Neutralität und wird daher in dieser Diplomarbeit auch prioritär behandelt. Die Epoche des Kalten Krieges kann *„eigentlich nur als eine globale, multilineare und auf vielfache Weise politisch, kulturell und wirtschaftlich-sozial verflochtene Geschichte erzählt werden“*³. Die Analyse der außenpolitischen Verhältnisse und Beziehungen verschiedener Länder zueinander – wie sie beispielsweise in der Besuchsdiplomatie zum Ausdruck kommen können – steht daher fragmentarisch für das vielschichtige Gefüge des Kalten Krieges.

Der zeitliche Rahmen dieser Diplomarbeit wurde mit dem Anfangspunkt 1960 und dem Endpunkt 1983 festgelegt. Der Zeitraum wurde gewählt, um die verschiedenen Phasen der außenpolitischen Ausrichtung von der Formierung der Neutralitätspolitik in den Jahren nach der Staatsvertragsunterzeichnung und der langsamen Erweiterung des Radius der Außenpolitik auf West- und Osteuropa in den 1960er Jahren, über die aktive Neutralitätspolitik in der Ära Kreisky in den 1970er Jahren, bis hin zur beginnenden Neu-Orientierung Richtung europäische Integration mit dem Ende der Amtszeit Kreiskys in der Prä-EG-Beitrittsverhandlungsphase in den 1980er Jahren sichtbar zu machen. Die Strukturierung der Arbeit verläuft dabei entlang der einzelnen innenpolitischen Phasen „Große Koalition“, „ÖVP-Alleinregierung“ und „SPÖ-Alleinregierung“.

³ Stöver, Bernd (2011): Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, Beck, München, S. 27.

Um diese Gegenüberstellung zwischen Ost und West sowie die besuchsdiplomatischen Interaktionen mit dem neutralen Österreich deutlich zu machen, wird ein Fokus auf die Besuche politischer Akteure von „West“ – USA und „Ost“ – UdSSR, sowie auf Besuche aus der BRD und der DDR als jeweilige europäische „Vertreter“ der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges gelegt. Darüber hinaus werden die österreichischen Besuche in diesen vier Ländern in die Analyse mit einbezogen. Nach einer strukturellen, institutionellen und begrifflichen Absteckung der Rahmenbedingungen wird in Kapitel 2 ein Überblick über die historische innen- und außenpolitische Verortung Österreichs im Kalten Krieg gegeben. Dies dient der Kontextualisierung der besuchsdiplomatischen Analyse, die in Kapitel 3 in zwei Teile gegliedert ist. In Kapitel 3.1. wird die Besuchsdiplomatie in Österreich über den gewählten Zeitraum von 1960-1983 dargestellt um schließlich in Kapitel 3.2. die besuchsdiplomatischen Interaktionen Österreichs mit den vier Schwerpunktländern USA, UdSSR, BRD und DDR zu analysieren. Abschließend wird in Kapitel 4 eine verknüpfende Zusammenstellung der wichtigsten Forschungsergebnisse präsentiert.

Ein zu berücksichtigender Faktor ist die Ungleichzeitigkeit der bilateralen Beziehungen. Während die USA und die UdSSR als Besatzungsmächte ab Kriegsende eine entscheidende Rolle für Österreich spielten, waren die offiziellen Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten komplizierter. In der BRD wurden zunächst österreichische Verbindungsstellen eröffnet, bevor 1955 diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufgenommen wurden. Offizielle bilaterale Beziehungen zwischen Österreich und der DDR konnten erst nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages 1972 gestartet werden. In Moskau, Washington, Paris und London wurden hingegen bereits 1946 diplomatische Vertretungen eröffnet.⁴ Abgesehen von dieser unterschiedlichen Geschwindigkeit der bilateralen Entwicklungen, kann leider aufgrund der Platzökonomie, die Rolle der jeweiligen nicht in rein politischer Intention reisender Begleitungen keine Berücksichtigung finden.

⁴ Vgl. Kramer, Helmut: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005), in: Dachs, Herbert (2006) Hg.: Politik in Österreich. Das Handbuch, Manz, Wien, S. 810f.

1.1. Literatur- und Quellenbestand

Der Literatur- und Quellenbestand zur österreichischen Außen- und Neutralitätspolitik sowie zum Themenkomplex der diplomatischen Beziehungen Österreichs im Kalten Krieg im Allgemeinen wächst kontinuierlich an. So sind neben Spezialstudien⁵ zu einzelnen bilateralen Beziehungen, mittlerweile ebenso Versuche einer Gesamtdarstellung österreichischer Außenpolitik in der Zweiten Republik⁶ verfügbar. Zum spezifischen Forschungsgegenstand Besuchsdiplomatie gibt es allerdings bislang keine kohärente Studie. Zwar existieren Untersuchungen zu einzelnen Gipfeltreffen und großen Konferenz(reihen), doch fehlt es noch an einer grundlegenden Analyse, die über eine konkrete Begegnung hinausgeht. Neben klassischen Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen zu außen- und neutralitätspolitischen sowie diplomatiehistorischen Themen wird daher zusätzlich auf Primärquellen österreichischer Archive zurückgegriffen, um so einen adäquate Analysestruktur zu schaffen.

Diese Diplomarbeit gliedert sich in drei größere Teile: Erstens einer Kontextualisierung der Besuchsdiplomatie anhand eines Überblicks über die außen- und innenpolitische Verortung Österreichs im Kalten Krieg zwischen „Ost“ und „West“; zweitens einer analytisch-quantitativen Darstellung der besuchsdiplomatischen Aktivitäten in bzw. von Österreich von 1960-1983 und drittens eine deskriptive Untersuchung besuchsdiplomatischer Kontakte mit Fokus auf die vier Schwerpunktländer.

Die quantitative Analyse in Kapitel 3.1. baut auf eigens zusammengetragenen Daten auf. Ausgehend von den Aufzeichnungen und Dokumentationen der Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik und den Außenpolitischen Berichten des damaligen Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurde eine Datenbank mit Besuchen ausländischer Akteure (zumeist Staats- und Regierungschefs sowie relevante ministerielle Besuche) aufgezeichnet. Dadurch ergab sich ein Verzeichnis, das durch die Auswertung eine quantitative Grundlage für die weitere gezieltere Untersuchung darstellt. Ziel der quantitativen Analyse ist es, Schwerpunkte, Verdichtungen, Brüche und Kontinuitäten in der Besuchsdiplomatie im Zeitraum 1960-1983 sichtbar zu machen.

⁵ wie beispielsweise jene von Günter Bischof, Oliver Rathkolb, Manfred Rauchensteiner oder Gerald Stourzh

⁶ Vgl. Michael Gehlers Überblickswerk über die österreichische Außenpolitik von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts

Die deskriptive Untersuchung der Besuchsdiplomatie der vier Schwerpunktländer USA, UdSSR, BRD und DDR mit Österreich in Kapitel 3.2. basiert hauptsächlich auf Archivmaterialien. Um den gebotenen Umfang einer Diplomarbeit – sowohl in Recherche als auch Text – nicht zu überschreiten, wurde eine Einschränkung auf österreichische Quellen vorgenommen. Diese stammen zu einem Großteil aus den außenpolitischen Beständen des Archivs der Stiftung Bruno Kreisky⁷ sowie den zugänglichen ergänzenden Akten aus dem Archiv der Republik (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) im Österreichischen Staatsarchiv⁸. Die Materialien aus dem Bruno-Kreisky-Archiv sind für eine besuchsdiplomatische Analyse mit dem hier gewählten zeitlichen und räumlichen Kontext essentiell, da sich durch die 30-jährige Archivsperre bzw. den teilweise weiter zurückliegenden und noch nicht freigegebenen Aktenbeständen des Österreichischen Außenministeriums die Quellenlage ansonsten als ungenügend darstellen würde. In den Archiven wurden sowohl publizierte als auch nicht-publizierte intern zusammengetragene Akten, Protokolle, Botschafterberichte und (im Kreisky Archiv) auch private Notizen gesammelt. Daraus ergab sich ein Konvolut, das einer natürlichen zweifachen Selektivität unterliegt (entstanden einerseits durch die Zusammenstellung des Archives und andererseits durch den eigenen Forschungsprozess), das aber dennoch innerhalb des gewählten Zeitrahmes exemplarisch und strukturell für die besuchsdiplomatischen Aktivitäten Österreichs stehen kann.

1.2. Methodik und Ansatz

Diese Diplomarbeit versteht sich als ein Versuch neue politik- und diplomatiegeschichtliche Ansätze im Kontext des Kalten Krieges am Beispiel Österreichs zu verbinden. Dabei geht es nicht um eine rein schriftliche Reproduktion historischer Ereignisse, sondern um eine Verknüpfung von Begebenheiten und Akteuren sowie von Strukturen, Prozessen und (außenpolitischen) Konzeptionen, kurzum: der jeweilige Kontext ist entscheidend. Neue politikgeschichtliche Ansätze sowie die „New Diplomatic History“ stellen hierfür einen methodischen Rahmen dar.

Politikgeschichte ist ein stark fragmentiertes Forschungsfeld, das auf die Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert zurückzuführen ist. Herrschte im Europa des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts die Tendenz vor, dass Politik und Geschichte einem linearen Prozess

⁷ hier im weiteren Verlauf der Arbeit abgekürzt als: SBKA/VII.1/...

⁸ hier im weiteren Verlauf der Arbeit abgekürzt als: ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/...

folgen⁹, änderte sich dieses Verständnis im Laufe des 20. Jahrhunderts radikal. Als die im Wandel begriffene Geschichtswissenschaft in den 1970er Jahren die bislang unangefochten dominante methodische Richtung, die Politikgeschichte, in ihren Grundzügen kritisch hinterfragte, bediente sich die Historiographie anderer und zumeist „sozial(geschichtlich)erer“ Ansätze. Eine als Reaktion darauf hervorgerufene breite innere Modernisierung der Politikgeschichte blieb allerdings aus. Gleichzeitig verschwand „Politik“ – und insbesondere die traditionelle und lange Zeit privilegierte Außenpolitik – aus dem Blickwinkel der als „en vogue“ angesehenen Forschungsbereiche. Ausgehend von US-Wissenschaftlern begann in den 1980er Jahren ein Prozess, in dem in historischen Betrachtungen dem Staat, unter dem Motto „bringing the state back in“, wieder mehr Gewicht verliehen werden sollte. Jenseits der klassischen Politikgeschichte und dem konstruierten Gegenpart der Sozialgeschichte, versuchten „*Randzonen der Geschichtswissenschaft*“¹⁰ in den letzten beiden Jahrzehnten neue Aspekte in die Forschung mit einzubringen.¹¹ Darunter fallen nicht zuletzt auch „neue“ kulturwissenschaftliche, sowie Kommunikations- und Medien-orientierte Ansätze. Die zentralen Fragen nach dem Verständnis, der Funktion und der „Idee“ von Politik, die sich über die Jahrzehnte hinweg auf unterschiedliche Schwerpunkte verlagert haben, beeinflussen gleichfalls die historiographische Ausgestaltung der (neuen) Politikgeschichte. Entlang der scheinbaren Konfliktlinie von „high-level“- und „everyday-life“-Politik, reihen sich die unterschiedlichen Auffassung ein, wer oder was im Rahmen der Politikgeschichte untersucht werden soll. In dieser Diplomarbeit geht es, wie der Titel erahnen lässt, um eine Untersuchung von politischen Akteuren, die sich hauptsächlich aus Staats- und Regierungschefs sowie den jeweiligen verantwortlichen Außenministern zusammensetzen und die infolgedessen als „politische Elite“¹² bezeichnet werden können. Allerdings sei angemerkt, dass keine scharfe Trennlinie zwischen den verschiedenen und teilweise auch stark konkurrierenden „Lesarten“ von Politik gezogen wird, sondern dass sich der Forschungsfokus dieser Arbeit als Auswahl bzw. Fallbeispiel von der im Feld „Besuchsdiplomatie“ handelnden Akteursgruppe präsentiert. Die methodischen Säulen dieser Arbeit sollen somit

⁹ Vgl. Lawrence, Jon: Political history, in: Berger, Stefan/Feldner, Heiko/Passmore, Kevin (2010): Writing History. Theory and Practice, Bloomsbury, London, S. 209.

¹⁰ Frevort, Ute (2006) Hg.: Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Campus-Verlag, Frankfurt/Main, S. 14.

¹¹ Vgl. ebd., S. 7ff.

¹² Der Begriff der „(politischen) Elite“ ist gerade für den deutschen Sprachraum meist negativ konnotiert. Für eine breite Auseinandersetzung mit diesem durchaus umstrittenen Terminus bedarf allerdings einer eigenen Untersuchung. Umfassende Studien zur „Elitenforschung“ (auch im Zusammenhang mit Diplomatie und Außenpolitik) sind bislang nur sporadisch vorhanden. Für diese Arbeit wird „politische Elite“ daher behutsam als eine Bezeichnung für die jeweiligen Spitzen und/oder Führungen von Regierungen bzw. ihren Verwaltungseinheiten sowie für andere hohe politische Ämter verwendet.

Erweiterungen der „high political tradition“ und der ereignisfokussierten Geschichtsschreibung sein, wie im folgenden Abschnitt auch anhand der New Diplomatic History zu sehen sein wird. Besuchsdiplomatie wird hierbei als Prozess gesehen. Diese Form einer „*integrated political history*“¹³ hat neben dem Interesse an der Konzeption der verschiedenen Dimensionen von Außenpolitik sowie den Erklärungen von damit verbundenen Änderungen (anstatt „*frozen snapshots of the system at any given point*“¹⁴) auch ein Bewusstsein für die Interkonnektivität von Außenpolitik als kompetitives und konfliktreiches System entwickelt. Darin können die einzelnen handelnden Akteure sowie Akteursgruppen nicht isoliert voneinander untersucht werden.

In der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft begann ab Mitte der 1990er Jahre ein Prozess, der versucht verstärkt im Rahmen einer internationalen Geschichte (in dessen Themenbereich Außenpolitik und Diplomatie zu verorten sind) methodisch reflexive Arbeiten hervorzubringen. Dabei sind Kontextualisierungen, wechselseitige Beeinflussungen sowie Akteurs- und Strukturanalysen bei gleichzeitigem Methodenpluralismus zentral. Durch diese thematische Erweiterungen und methodische Verfeinerungen werden außenpolitisch relevante Studien unter neuen Blickwinkeln betrachtet.¹⁵ Akteure internationaler Politik können somit in ihrem jeweiligen Kontext gesetzt und dadurch systematisch analysiert werden, indem beispielsweise „*innenpolitische Einflüsse auf die Gestaltung der Außenpolitik, das Spannungsverhältnis von öffentlicher Meinung und politischer Führung, die Rolle von Weltbildern und langfristigen historischen Prägungen, die unterschiedlichen Formen der Kommunikation und die Schwierigkeiten, einander angemessen wahrzunehmen*“¹⁶ mitgedacht werden. Auch außerhalb der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft entwickelten sich in den letzten Jahren neue methodische Konzepte für die Untersuchung internationaler Geschichte.¹⁷ Dazu kann auch der Ansatz der „New Diplomatic History“ gezählt werden.

Die „New Diplomatic History“ (NDH) versteht sich als eine um verschiedene Faktoren erweiterte und neben der großen Ereignisgeschichte um neue Ansätze der Forschung ergänzte Diplomatiegeschichte. Die Quellen werden dabei unter Berücksichtigung wechselseitiger

¹³ für die Bereiche Außenpolitik und Diplomatie adaptiert nach: Lawrence, in: Berger/Feldner/Passmore (2010), S. 221.

¹⁴ Ebd. S. 221.

¹⁵ Vgl. Dülffer, Jost/Loth, Wilfried: Einleitung, in: diess. (2012) Hg.: Dimensionen internationaler Geschichte, Studien zur Internationalen Geschichte, Band 30, Oldenburg, München, S. 1ff,

¹⁶ Ebd. S. 3.

¹⁷ Vgl. ebd. S. 1ff.

Einflussfaktoren, wie etwa sozial-, innen- oder kulturpolitische Aspekte, analysiert. Ebenso können Veränderungsprozesse der außenpolitischen Ausrichtung, das auch als ein mögliches Ziel der NDH angesehen werden kann, sichtbar gemacht werden. Das reziproke Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, das ein zentrales Analysemoment für die im Rahmen dieser Diplomarbeit durchgeführte Untersuchung zur Besuchsdiplomatie darstellt, findet sich methodisch ebenfalls in der NDH wieder. Hier wird vor allem der Faktor innenpolitische Rahmenbedingungen und Prozessorientierung hinzu genommen. Dieser wiederum besteht für diesen Rahmen sowohl aus (partei-)politischen Rahmenbedingungen als auch aus der biographisch-akteursspezifischen Gestaltung der Staatsspitze und Außenminister.

Bei der Betrachtung von Politik- und Diplomatiegeschichte fällt auf, dass beide methodische Ansätze gemeinsame Elemente, Interessen und Herausforderungen „teilen“. Dabei berühren sich die beiden methodischen Ansätze immer wieder. Beide Richtungen legen zwangsläufig einen Schwerpunkt auf den Staat und staatszentrierte Akteure, beschäftigen sich mit „Eliten-Entscheidungsfindungen“, untersuchen fundamentale Vorstellungen von Macht in Gesellschaften und konzentrieren sich häufig zeitlich auf das 20. Jahrhundert.¹⁸ Legt Politikgeschichte ihren Schwerpunkt hauptsächlich auf „domestic policy“, also auf den „inneren“ Bereich von Politik, fokussiert Diplomatiegeschichte auf den „äußeren“ Bereich, der „foreign policy“. Dennoch entwickelten sich die beiden Ansätze relativ unabhängig voneinander. Als Sub-Kategorien fristeten beide in den letzten Jahrzehnten in der Forschungslandschaft ein eher weniger populäres Dasein.

„Rather than uniting into a common front, policy and diplomatic history – despite a similar focus and shared methodologies – kept their distance by trying to build individual, autonomous base or to link up with more sub-fields that had a better potential to broaden their popularity.“¹⁹

In letzter Zeit erleben beiden Disziplinen eine Art „Renaissance“. Robert McMahon resümiert daher folgendes:

„Scholars of the domestic and foreign dimensions of policy [...] have far more in common than most of them recognize.“²⁰

Ein „partnership“ beider Disziplinen hätte das Potenzial die Gemeinsamkeiten zwischen Innen- und Außenpolitik zu verbinden und so den bislang getrennten Weg

¹⁸ Vgl. McMahon, Robert (2005): Diplomatic History and Policy History: Finding Common Ground, in: Journal of Policy History, Vol. 17, Nr. 1, S. 93.

¹⁹ Vgl. Zelizer, Julian E.: Introduction: New Directions in Policy History, in: Journal of Policy History (2005), Vol. 17, Nr. 1, S. 8.

²⁰ Ebd. S. 9.

zusammenzuführen, um schlussendlich gegenseitig davon zu profitieren.²¹ Für diese Arbeit kann davon abgeleitet werden, dass die bislang marginale Rolle von Diplomatie im Rahmen von politikgeschichtlichen Untersuchungen aufgewertet und die gesamte Untersuchung um interessante Aspekte erweitert werden kann. Durch die zunehmend internationale Ausrichtung von Politik- und Diplomatiegeschichte sowie durch die Verknüpfung der Forschungsrichtung(en) können somit neue Perspektiven eröffnet werden. Die im Rahmen der NDH um den Faktor innenpolitischer Kontext, im Sinne der Grundstruktur in dieser Diplomarbeit, erweiterte außenpolitische Betrachtung liegt somit genau an der Schnittstelle dieser beiden Herangehensweisen.

Die diplomatiegeschichtlichen Quellen, die aus dem „Zusammentragen“ verschiedener Archivmaterialien die Primärquellen für diese wissenschaftliche Arbeit bilden, werden sowohl quantitativ als auch qualitativ analysiert. Der Kontext der Quellen wird mit einbezogen und unter Berücksichtigung der jeweiligen innenpolitischen Konstanten betrachtet. Das Ziel ist, Resultate zu erlangen, die die gegen- und wechselseitige Beeinflussung der beiden verschiedenen, aber dennoch stark verbundenen Politikfelder sichtbar machen können bzw. die unterschiedlichen Ausrichtungen der jeweiligen Regierungsperioden „Große Koalition“, „ÖVP-Alleinregierung“ und „SPÖ-Alleinregierung“ zeigen. Der Kontext Österreichs wird in den Ausführungen – vor allem in Kapitel 2 – mitberücksichtigt. Dabei soll die Außenwirkung von innerer für die äußere Politik deutlich gemacht werden. Die Außen- und Selbstwahrnehmung Österreichs in der Staatenwelt, die vielen von außen kommenden fremdbestimmten Einflüsse auf die (Innen-)Gestaltung des Landes sowie die Entwicklung Österreichs im internationalen Kontext – vornehmlich als neutrales Land zwischen Ost und West – sind wichtige Untersuchungsleitlinien.

Diese Diplomarbeit baut daher auf einem integrativen Ansatz auf, der eine Untersuchung vieler Aspekte und Bereiche ermöglicht, ohne sich dabei von einer engen methodischen Richtung eingrenzen zu lassen. Im folgenden Kapitel werden die Verbindung und das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik anhand der gewählten Struktur ausgeführt.

²¹ Vgl. ebd. S. 9.

2. Kontextualisierung: Begriffe, Strukturen, historische Einordnung

Grundlegend für die Analyse der besuchsdiplomatischen Interaktionen von bzw. in Österreich sind die begrifflichen und strukturellen Fundamente sowie die räumliche, zeitliche und historische bzw. politische Kontextualisierung. In diesem Kapitel wird zunächst in Punkt 2.1. auf die Begrifflichkeiten Außenpolitik, Diplomatie und Besuchsdiplomatie eingegangen. Diese Begriffe sind nur schwer definierbar, da sich ihr Verständnis im Raum- und Zeitkontext verändert. Dennoch ist es wichtig, zumindest einen kurzen Definitionsversuch bzw. eine Definitionseingrenzung dieser zentralen Begrifflichkeiten vorzunehmen. Anschließend werden anhand eines Überblicks über die Institutionen Außenministerium und Außenminister bis 1983 die institutionellen sowie desweiteren strukturelle Rahmenbedingungen in Punkt 2.2. skizziert. In Kapitel 2.3. wird die historische und politische Einordnung Österreichs im Kalten Krieg erläutert.

2.1. Definitionen und Begriffe

2.1.1. Außenpolitik

Außenpolitik ist ein komplexer und facettenreicher Begriff, der im Rahmen dieser Diplomarbeit verwendet, nach einer näheren Bestimmung verlangt. Eine allgemeine Definition ist jene, dass unter Außenpolitik die Politik eines Staates gegenüber seiner auswärtigen Umwelt zu verstehen ist. Außenpolitik beschreibt grenzüberschreitendes Handeln aus der Sicht eines staatlichen Akteurs²² und umfasst im prozeduralen und strukturellen Begriffsverständnis verschiedene Sub-Kategorien, die neben politischem auch ökonomisches und auslandskulturelles Agieren beinhaltet. In einer engeren für diese Untersuchung adaptierten institutionellen Betrachtungsweise besteht Außenpolitik aus dem Zusammenwirken des Außenministeriums, des Außenministers bzw. der Außenministerin und des Diplomatencorps mit seinem Eigenleben und Individualismus.

Aufgrund des historischen Hintergrundes waren die Verbindung und das unterschiedlich gewichtete Verhältnis zwischen Innenpolitik und Außenpolitik nicht weiter verwunderlich. Beide Politikbereiche waren auf der einen Seite lange unmittelbar und personell ineinander verwoben und auf der anderen Seite galt Außenpolitik als Gegenstück zur Innenpolitik, dessen Trennung solange aufrechterhalten werden konnte, wie sich die Außenpolitik rein auf die Sicherheit und Position des Staates im Gefüge der internationalen Beziehungen bzw. die Innenpolitik ausschließlich auf innerstaatlichen Fragen begrenzt hatte. Dass diese Trennung eine „Idealform“ darstellte und de facto nicht der Realität mit ihren vielschichtigen Verflechtungen entsprach, wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts immer klarer. Obwohl Außenpolitik nach wie vor ein Prärogativ der exekutiven staatlichen Gewalt darstellt, wird es auch innenpolitisch durch ein *„gesellschaftlich-politischen Kräftespiel mit bestimmten formellen oder informellen Entscheidungsstrukturen“*²³ mitgestaltet. Auf außenpolitisches Handeln einwirken, es beeinflussen oder kontrollieren ist durch verschiedene Steuerungsmechanismen möglich, die von positiven oder negativen Prämien (d.h. dass bestimmte Handlungsweisen erkennbare Vor- bzw. Nachteile für die einzelnen Akteure bringen können) über verbale Appelle bis hin zur offenen Austragung eines Konflikts reichen können.²⁴

²² Vgl. Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard (2006): Österreichische Außenpolitik. Supplement zu: Internationale Politik, WUV, Wien, S. 45

²³ Ebd. S. 46

²⁴ Vgl. ebd. S. 45f.

2.1.2. Diplomatie und Besuchsdiplomatie

Der Begriff „Diplomatie“ ist ebenso vielschichtig wie seine historische Entwicklung und unterliegt einem ständigen semantischen Veränderungsprozess. Eine wissenschaftlich befriedigende Auseinandersetzung mit „Diplomatie“ könnte ganze Bücher füllen. Für diese Diplomarbeit können daher nur einige Aspekte von Diplomatie, hier: Besuchsdiplomatie, behandelt werden können.

Unter Diplomatie wird in einem breiten Verständnis die Gesamtheit der internationalen Beziehungen verstanden, gelegentlich auch die Außenpolitik eines einzelnen Staates sowie der berufliche Aktionsraum von Diplomaten.²⁵ In einem engeren Wortsinn ist Diplomatie

„die Handhabung internationaler Beziehungen durch Verhandlungen; die Methode, durch welche diese Beziehungen durch Botschafter und Gesandte gepflegt werden; das Handwerk oder die Kunst des Diplomaten.“²⁶

Eine weitere, englischsprachige Definition ist:

„Diplomacy is concerned with the management of relations between states and between states and other actors. From a state perspective, diplomacy is concerned with advising, shaping and implementing foreign policy. As such it is the means by which states through their formal and other representatives, as well as other actors, articulate, co-ordinate and secure particular or wider interests, using correspondence, private talks, exchanges of view, lobbying, visits, threats and other related activities.“²⁷

Diplomatie kann somit als Teil der Außenpolitik verstanden werden, agiert als ihr Transmissionsmechanismus und Medium²⁸ und bezeichnet im klassischen Sinne sowie im Verständnis der hier behandelten Zeitspanne der 1960er bis 1980er Jahre, die Durchführung außenpolitischer Entscheidungen mittels Verhandlungen auf friedlichem Wege.²⁹ Besuchsdiplomatie ist eine Form von „face-to-face“-Diplomatie, d.h. dass sich politische oder diplomatische Vertreter persönlich im eigenen oder Gastland zu Gesprächen, Verhandlungen oder sonstigen Treffen begegnen. (Besuchs-)Diplomatie ist daher eine Möglichkeit des Dialogs und eine Form der Kommunikation zwischen Staaten und Systemen unterschiedlicher

²⁵ Vgl. Woyke, Wichard, Hg. (⁸2000): Handwörterbuch Internationale Politik, Leske+Budrich, Opladen, S. 58.

²⁶ Definition aus Oxford English Dictionary, zit. nach: Woyke, (⁸2000), S. 58.

²⁷ Barston, Ronald P. (2006): Modern Diplomacy, Pearson Longman, Harlow, S. 1.

²⁸ Vgl. Gerstl, Alfred (1993): Die Position des Außenministeriums vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Außenpolitik und Diplomatie. Wandel der Funktion des Außenamtes im außenpolitischen Entscheidungsprozess, Dipl., Wien, S.35.

²⁹ Vgl. Stourzh, Gerald: Außenpolitik, Diplomatie und Gesandtschaftswesen: zur Begriffsklärung und historischen Einführung, in: Zöllner, Erich (1977): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. Elf Beiträge zur ihrer Geschichte, Österreichischer Bundesverlag, Wien, S. 20.

politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Ausrichtung. Aufgrund der Multi-dimensionalität unterliegt Diplomatie bis zu einem gewissen Grad den Veränderungen des außenpolitischen Feldes und der internationalen Beziehungen, die sich *„gleichzeitig mit ihrer allgemeinen Intensivierung, in zahlreiche Einzelgebiete aufgefächert“*³⁰ hat.

Ohne Diplomatie, die in ihrer modernen Form ihre Ursprünge in der Entstehung der Nationalstaaten im Europa des 19. Jahrhunderts hat, wären zwischenstaatliche Beziehungen nahezu unmöglich. Diplomatische Beziehungen spielen eine zentrale Rolle in der Prävention von Konflikten, Verhandlungsvereinbarungen sowie in der Sicherstellung der Kommunikation zwischen Staaten. Grundlegend für die heutigen Regelungen der diplomatischen Beziehungen ist das aus den Konferenzverhandlungen in der österreichischen Hauptstadt entstandene „Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen“ aus dem Jahr 1961, in dem unter anderem die Funktionen diplomatischer Missionen festgelegt sind. Neben Vertretung, Interessenschutz, Verhandlungsaufgabe, Informationsakkumulation sollen Missionen von Sendestaaten in Empfangsstaaten auch zur Förderung freundschaftlicher sowie Entwicklung wirtschaftlich, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen dienen.³¹ Je nach Beziehungsstatus zweier Staaten haben die oben genannten Punkte unterschiedliche Prioritäten. Dies kann sich ebenso in den Intentionen, im Verlauf sowie in den Ergebnissen von Besuchen widerspiegeln. Staaten haben ein zumeist in Relation zur „Größe“ des Staates stehendes mehr oder weniger dichtes weltweites Netzwerk an Botschaften bzw. Missionen.³² Diplomatie kann nicht nur von professionell ausgebildeten so genannten „Berufsdiplomaten“, dessen Berufsbild stark mit Klischees aufgeladen ist, ausgeübt werden, sondern auch von Politikern, wie etwa Staats- und Regierungschefs sowie Ministern – allen voran Außenministern, die wiederum ebenfalls sowohl Berufsdiplomaten als auch Politiker sein können. Staats- und Regierungschefs können daher genauso als Akteure der Diplomatie agieren. In dieser Diplomarbeit werden hauptsächlich Politiker als Akteure der Besuchsdiplomatie wahrgenommen, allerdings im Wissen, dass Diplomaten und Ministerialbeamte auf vielen Ebenen Problembereiche und Themengebiete vorsondieren, Besuche vorbereiten sowie etwaige Abkommen im Vorhinein „unterschriftsreif“ ausverhandeln.

³⁰ Woyke (2000), S. 61.

³¹ Vgl. Art. 3 des Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen; abrufbar unter: http://untreaty.un.org/ilc/texts/instruments/english/conventions/9_1_1961.pdf (zuletzt besucht am 2.12.2012)

³² Vgl. Beach, Derek (2012): *Analyzing Foreign Policy*, Palgrave MacMillan, Basingstoke, S. 172.

Im Generellen haben sich die internationalen Beziehungen in Bezug auf die Diplomatie im 20. Jahrhundert von einer Favorisierung der absoluten Geheimdiplomatie auf „offenere“ Formen von (Gipfel-)Treffen und multilateralen Verhandlungssituationen verändert. Da sich die Funktionen und Aufgaben von Diplomatie allerdings in den letzten Jahrzehnten wiederum durch die Etablierung von neuen Informationstechnologien rasant verändert haben, ist auch die Ära der großen Gipfeltreffen im Kalten Krieg mit Beginn der 1980er Jahre langsam zu Ende gegangen. PolitikerInnen bzw. ihren MitarbeiterInnen war es nun leichter möglich, innerhalb von kurzer Zeit in Kontakt miteinander zu treten, ohne sich tatsächlich physisch gegenüber zu treten.³³ Gleichzeitig nahmen und nehmen besuchsdiplomatische Kontakte in Form einer allgemeinen Reisediplomatie aber nicht unbedingt ab – sie verlagerten sich nur auf andere Ebenen. Es lässt sich allerdings der Trend erkennen, dass Konsultation von Staats- und Regierungschefs zunehmend als mit allen Mitteln des diplomatischen Zeremoniells veranstaltete Medienevents und weniger als Ereignisse realer Diplomatie wahrgenommen werden.³⁴

Der für diese Arbeit untersuchte „klassische“ Fall von Besuchsdiplomatie, der semantischen Bedeutung des Begriffes folgend, ist jener, in dem ein politischer oder diplomatischer Akteur einen anderen Akteur besucht bzw. sich besuchen lässt. In vielen Fällen verbirgt sich allerdings hinter der protokollarischen Fassade eines Besuches die politische Realität von mehr oder weniger gut „funktionierenden“ bilateralen Beziehungen, wie auch in Kapitel 3 noch zu sehen sein wird. Besuchsdiplomatische Treffen können von unterschiedlicher Art sein. Sie können sowohl persönlich (Begegnung als Hauptgrund) als auch plenarisch (spezialisierte Berater ergänzen die Hauptakteure) ablaufen,³⁵ progressiv oder konservativ gestaltet sein, in dem von den Akteuren entweder versucht wird etwaige Spannungen abzubauen oder aber der Status-Quo aufrecht erhalten werden soll. Essentiell für Treffen internationaler außenpolitischer Akteure ist, im Sinne des Eingangs-Zitates, auch der Glaube, dass es von Angesicht zu Angesicht möglich sei Vertrauen aufzubauen und etwaige Streitigkeiten zu lösen.³⁶ Besuchsdiplomatie ist somit auch Außenpolitik als Kommunikation, wobei die persönliche Beziehung zweier sich begegnender Akteure eine große Rolle für den Verlauf und die Ergebnisse der Besuchsreisen spielt. Im Normalfall unterhalten Staaten, die in einem Konfliktverhältnis zueinander stehen, keine bilateralen Beziehungen. Sehr wohl sind

³³ Vgl. Reynolds, David: Gipfeltreffen im 20. Jahrhundert. Ein Überblick, in: Karner, Stefan (2011) Hg.: Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow, Studienverlag, Innsbruck u.a., S. 79f.

³⁴ Woyke (⁸2000), S. 61.

³⁵ Vgl. Reynolds, in: Karner (2011), S. 82f.

³⁶ Vgl. ebd. S. 79.

aber Begegnung zweier Konfliktparteien auf neutralem Boden – wie es beispielsweise in Österreich im Kalten Krieg des Öfteren der Fall war – möglich. Für Österreich waren aber nicht nur internationale Begegnungen auf österreichischem Boden für seine internationale Verortung wichtig, sondern auch die Besuchsdiplomatie selbst. Der Besuchs Austausch von Staats- und Regierungschefs sowie (Außen-)Ministern kam

„besondere politische Bedeutung als Zeichen der gegenseitigen Wertschätzung und guter Beziehungen, aber auch zur Lösung allfälliger Konflikte zwischen den betreffenden Staaten [zu]. [...] Sie dienen dem Gedankenaustausch über politische Fragen, der Klärung bilateraler Fragen oder allfälliger humanitärer Probleme, der Sympathie-Werbung für Österreich in den Medien, die solchen Besuchen im Allgemeinen große Beachtung schenken, ebenso wie der Anknüpfung wirtschaftlicher Kontakte.“³⁷

Generell sind auch unterschiedlichen Formen von besuchsdiplomatischen Treffen möglich. So gibt es beispielsweise Besuche, die der reinen Demonstration freundschaftlicher Beziehungen dienen und Besuche, bei denen intensiv diskutiert, gearbeitet und verhandelt wird. Eine Analyse der besuchsdiplomatischen Aktivitäten findet sich im weiteren Verlauf der Arbeit in Kapitel 3.

2.2. Institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen

2.2.1. „Außenministerium“

Das österreichische Außenministerium (hier aufgrund des sich in der Geschichte der Zweiten Republik mehrfach geänderten Namens in seiner umgangssprachlichen Kurzform verwendet) entwickelte im Laufe des 20. Jahrhunderts eine „starke Identität nach innen wie nach außen“³⁸. Parteipolitischer Einfluss, der in anderen Ministerien weitaus tiefer in die Strukturen eingreift, ist im Außenministerium in einer komprimierteren und minimierteren Form vorhanden. Nichtsdestotrotz stellt die Spitze des Außenministeriums, der Außenminister, eine mehr oder weniger stark parteipolitisch sozialisierte Person³⁹ dar. Die Außenpolitik ist somit eine Verbindung des Systems Außenministerium und des Profils des Außenministers sowie seines jeweiligen Hintergrundes.⁴⁰ Zentral für diese Arbeit ist es, im

³⁷ Pahr, Willibald: Österreich in der Welt, in: Rathkolb, Oliver/Maschke, Otto M./Lütgenau, Stefan August (2002) Hgg.: Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955-1990, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Band 2, Böhlau, Wien, S. 14.

³⁸ Gehler, Michael (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Band 1, Studienverlag, Innsbruck, S. 15.

³⁹ Die Außenminister Kurt Waldheim, Rudolf Kirchschläger, Erich Bielka-Karltreu und Willibald Pahr waren parteilos – alle anderen Außenminister der Zweiten Republik waren entweder Mitglieder der SPÖ oder der ÖVP.

⁴⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 15f.

Rahmen von staatlichen Interessen und außenpolitischen Orientierungen der einzelnen Regierungen eine Kontextualisierung zur besuchtsdiplomatischen Analyse zu liefern.

Zu Beginn der Zweiten Republik war das so genannte „Außenamt“ räumlich und administrativ ein Teil des Bundeskanzleramtes (BKA). Als eine Sektion im BKA wurden die Agenden der Außenpolitik zunächst von Karl Gruber und anschließend von Leopold Figl als Bundesminister geleitet. Beide mussten mit den finanziellen, administrativen und personellen Engpässen haushalten. Erst unter Bruno Kreisky als Außenminister entstand das „Außenministerium“ in seiner Form wie wir es heute kennen – die Bezeichnung für das Ministerium änderte sich allerdings in den folgenden Jahrzehnten.⁴¹ Die Neugründung eines selbstständigen Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten war auch Ausdruck eines neuen Selbstwertgefühles Österreichs in der Welt und einer Entwicklung, in der die „Außenpolitik Österreichs den ihr eigenen Rhythmus gefunden hatte“⁴².

Über weite Strecken der Zweiten Republik war Außenpolitik „Chefsache“. Julius Raab, Bruno Kreisky oder Franz Vranitzky sind Beispiele für einflussreiche und profilierte Regierungschefs, die das außenpolitische Dossier stark mitprägten. Dies lässt sich als Kontinuität bis zu den Anfängen des österreichischen Auswärtigen Dienstes im 18. Jahrhundert zurückverfolgen und erreichte ihren Höhepunkt in der k.u.k. Monarchie. Die traditionelle Verbindung von Staatsleitung und Außenpolitik verlief und verläuft dabei parallel mit einer zurückhaltenden Informationspolitik gegenüber dem Parlament (wobei auch die Prerogative der Exekutive eine Rolle spielt) und einem relativ geringen Interesse seitens der Bevölkerung (abgesehen von wenigen Ausnahmen wie etwa den EU-Beitrittsverhandlungen).⁴³

Außenpolitik war in Österreich bis in die 1980er Jahre ein Politikfeld der „Eliten“ – Diplomaten, Beamte, wissenschaftlichen Experten sowie kleine Kreise von Parteifunktionären und Politikern. Die personelle Rekrutierung des Außenministeriums in der Zweiten Republik muss zwar vor dem Hintergrund der verstärkten Einflussnahme des Verbände- und Parteienstaates betrachtet werden, dennoch setzte sich die Lagermentalität weniger stark als in anderen Ressorts durch – Ausnahmen hierbei bilden die 1950er sowie die Phase Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre. Der „Corpsgeist“, der sowohl das Außenamt als auch das

⁴¹ Vgl. ebd. S. 29ff sowie Kramer, in: Dachs (2006), S. 811.

⁴² Haymerle 1983, zit. Nach: Kramer, in: Dachs (2006), S. 813.

⁴³ Vgl. Gehler (2005), S. 29ff.

Außenministerium „erfüllte“, ließ Parteiaffinitäten in den Hintergrund treten. Trotz alledem wurden auch im Außenressort paritätisch-proportionsmäßige Systematiken angewandt, während Parteilose (Stichwort: „Blutgruppe Null“) eine geringere personelle Anzahl darstellten. Auch wenn die Außenpolitik erst in den 1990er Jahren einen sprunghaften Interessenszuwachs seitens der Parteien erfuhr, muss sie dennoch auch unter innen- und parteipolitischen Faktoren betrachtet werden.⁴⁴ Wichtig ist zu betonen, dass das Außenministerium nicht mehr das alleinige Monopol auf Außenbeziehungen hat, sondern dies auch von der Spitze der staatlichen Exekutive ausgehen kann.

2.2.2. Österreichische Außenminister

Die einzelnen AußenministerInnen können einerseits als politische Verantwortliche der Außenpolitik und andererseits als Verantwortliche ihrer Parteien oder etwa des Parlaments begriffen werden. Für die österreichischen Außenminister von 1945 bis 1983 gilt dies ebenso, wie im Folgenden gezeigt werden soll:⁴⁵ Der erste außenpolitische Protagonist der Zweiten Republik war Karl Gruber (1945-1953), der nicht nur – seinem Ressort entsprechend – außenpolitische Agenden, sondern auch eine Art „innere“ Außenpolitik gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten hatte.⁴⁶ Grubers Amtszeit fiel in eine Phase, in der die außenpolitische Selbstständigkeit Österreichs sich als schwierig gestaltete – einerseits militärisch und ökonomisch auf die USA und andererseits politisch auf die Sowjetunion rücksichtnehmend. Die Bezeichnung Grubers als „Kalter Krieger“ ist nicht unumstritten. Fest steht allerdings, dass seine Politik bis zu einem gewissen Grad als „*Produkt des sich stärker manifestierenden Kalten Krieges*“⁴⁷ angesehen werden kann. Sein Nachfolger Leopold Figl (1953-1959), der Gruber aufgrund der Publikation seines umstrittenen Buches ablöste, übernahm das Amt nicht ohne Kritik. Der „Staatsvertrags-Außenminister“ war in der Bevölkerung zwar weitgehend beliebt, allerdings keineswegs „typisch“ außenpolitisch sozialisiert.⁴⁸ Figl trug wesentlich zur „*Fundierung und Legitimierung, andererseits auch zur Propagierung durch Popularisierung des seit 1955 eingenommen außenpolitischen Status*“⁴⁹ bei. Neben dem Staatsvertragsabschluss stellte die Aufnahme Österreichs in den Europarat

⁴⁴ Vgl. ebd. S. 32.

⁴⁵ Zu den biographischen Anmerkungen siehe auch: Agstner, Rudolf/Enderle-Burcel, Gertrude/Follner, Michaela (2009), Hgg.: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918-1959, DÖW, Wien.

⁴⁶ Vgl. ebd. S. 15 sowie S. 63.

⁴⁷ Ebd. S. 71.

⁴⁸ Figl sprach beispielsweise keine Fremdsprachen

⁴⁹ Gehler (2005), S. 97

1956 einen Höhepunkt seiner Amtszeit dar. Figl erwog auch zusammen mit Bundeskanzler Raab offen eine Beteiligung an der beginnenden europäischen Integration. Seine „Diplomatie der Neutralität“ lässt in Grundzügen die außen- und neutralitätspolitischen Überlegungen seiner Nachfolger erkennen.⁵⁰ Für Bruno Kreisky (1959-1966), der ab 1959 als Außenminister im von nun an eigenständigen Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten seine Tätigkeit aufnahm, zählte die Neutralität zur Sicherstellung der österreichischen Unabhängigkeit sowie als Beitrag zu einem friedlichen Ost-West-Verhältnis zu den zentralen Anliegen – in seiner Amtszeit als Außenminister wie auch später als Bundeskanzler. Bereits als Staatssekretär für Äußeres (1953-1959) versuchte Kreisky durch die Knüpfung bilateraler Kontakte aktiv am Entspannungsprozess in Europa mitzuwirken. Kreisky war bemüht, im politischen Dialog niemanden auszugrenzen. Er war sich zwar bewusst, welche militärische Gefahr von der UdSSR ausgehen konnte, verwehrt sich aber nicht, mit „dem Osten“ in politischen Kontakt zu treten.⁵¹ Gleichzeitig war Kreisky streng antikommunistisch und orientierte sich außenpolitisch stark an den USA.⁵² Die Neutralität Österreichs erlaubte es Kreisky als Rahmenbedingung seine Vermittlerrolle ab den 1950er Jahren wahrzunehmen. Mit dem Regierungswechsel 1966 und der vier Jahre lang allein regierenden ÖVP, trat Lujo Tončić-Sorinj das Amt des Außenministers bis 1968 an. Tončić-Sorinj musste sich außenpolitisch stark auf die Südtirolproblematik konzentrieren und weniger auf die von Klaus dominierte Politik gegenüber den Nachbarstaaten.⁵³ Andere multilaterale und globale Aktivitäten wurden dadurch in den Hintergrund gedrängt. Als Schüler des einflussreichen Völkerrechtlers Alfred Verdross vertrat Tončić-Sorinj stärker als andere ÖVP-Politiker die Auffassung, die Neutralität strikt auszulegen.⁵⁴ 1968 wurde der Karrierediplomat und spätere UNO-Generalsekretär (1971-1982) bzw. österreichische Präsident (1986-1992) Kurt Waldheim Außenminister. Er war ebenso wie sein Vorgänger an der Schärfung des Neutralitätsverständnisses stark beteiligt. Geprägt durch sein internationales Engagement verknüpfte Waldheim Außen- mit Neutralitätspolitik und legte in seiner Amtszeit bis 1970 damit den Grundstock der Außenpolitik der Ära Kreisky. Die Außenminister von 1970-1983 agierten im Umfeld des außenpolitisch dominierenden Bundeskanzlers Kreisky. Rudolf Kirchschräger (1970-1974) verhielt sich zwar loyal zu

⁵⁰ Vgl. ebd. S. 94ff.

⁵¹ Vgl. ebd. S. 198ff sowie S. 294.

⁵² Vgl. Graf, Maximilian: Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949-1989/90, in: *zeitgeschichte*, 39. Jg., März/April 2012, Heft 2, S. 82.

⁵³ Vgl. Meier-Walser, Reinhard (1988): *Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich (1966-1970)*, tuduv, München, S. 92.

⁵⁴ Vgl. Gehler (2005), S. 328.

Kreisky, blieb allerdings seinen Prinzipien treu. Bereits als Leiter des Völkerrechtsbüros im Außenministerium verteidigte er die Neutralität stark. Dies spiegelte sich in seiner Amtszeit wider, die in ihrer Orientierung stark auf Nachbarschafts- und Europapolitik ausgelegt war. Dem parteilosen Kirchschräger, der von 1974-1986 das Amt des Präsidenten ausübte, gelang es durch vertrauensbildende Maßnahmen und eines dichteren Informationsfluss an das Parlament, Kritik gegenüber der SPÖ-Alleinregierung präventiv zu verringern, und legte neben einer Konsens- und Kontinuitätsorientierung auf Friedenspolitik Wert. Erich Bielka-Karltreu übernahm den Außenminister-Posten von Kirchschräger, nach dessen Wahl zum Bundespräsidenten, für lediglich zwei Jahre, die er selbst als „Übergangslösung“ bezeichnete. Für Kreiskys Vorstellungen eines Außenministers als „Konzeptsbeamten“ war der Österreich-Patriot und Karrierediplomat Bielka ideal. Bielka verhielt sich gegenüber dem geborenen Außenpolitiker Kreisky ebenso loyal und verlangte von den Diplomaten und Beamten des Außenministeriums wiederholt Begründungen für deren Verhalten. Willibald Pahr, Außenminister von 1976-1983, galt ebenso wie seine Vorgänger als Völkerrechtsexperte und war mit Kanzler Kreisky in einem engen Vertrauensverhältnis verbunden. Aufgrund der medien-politischen Omnipräsenz Kreiskys entstand das Bild Pahr als „Schatten-Außenminister“. Dennoch gestaltete Pahr die Außenpolitik nicht unwesentlich mit und konnte sich international unter anderem als Vorsitzender der Internationalen Kambodscha-Konferenz bewähren. Betreffend der Neutralität strebte Pahr eine stärkere Fixierung des außenpolitischen Status‘ an.⁵⁵ Der hier kurz skizzierte Hintergrund des Agierens der Außenminister ist geprägt von internationalen Rahmenbedingungen, österreichischen außenpolitischen Orientierungen der einzelnen Regierungen, aber auch stark von innerparteilichen oder innerhalb der Regierung vorstatten-gehenden personellen Verhältnissen.

2.2.3. Begegnungsort Österreich/Wien

Österreich präsentierte sich in der Zeit des Kalten Krieges mit neu gewonnenem Selbstbewusstsein als neutraler Begegnungsort zwischen Ost und West. Besonders

„Wien kann für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine Reihe wichtiger internationaler Kongresse verweisen, die es berechtigt erscheinen lassen, die Bundeshauptstadt Wien als eine international anerkannte Kongressstadt zu bezeichnen.“⁵⁶

⁵⁵ Vgl. Gehler (2005), S. 375ff.

⁵⁶ Rathkolb (2006), S. 68.

Gerne wurde auf die historischen Bezüge des Wiener Kongresses von 1815 verwiesen. Die Stellung Wiens als diplomatisch-politischer Treffpunkt und Sitz internationaler Organisationen geht aber auf die Entwicklung des 20. Jahrhunderts zurück.

*„Österreich und Wien wurden mit der Schweiz (und Genf) zu einem der wichtigsten, klassischen koexistenziellen Begegnungsplätze“.*⁵⁷

Die Zusammenkunft von US-Präsident John F. Kennedy und UdSSR-Regierungschef Nikita Chruschtschow 1961 war für Österreich die erste reale Möglichkeit sich als geeigneter und junger, neutraler Ort für (Gipfel-)Treffen zwischen Konfliktparteien im Kalten Krieg zu präsentieren sowie als Sitz für internationale Organisationen anzubieten.⁵⁸ Wien zeigte sich als glanzvolle, friedliche und mit reichem kulturellem Erbe bestückte Stadt⁵⁹ und bot als Gedächtnisort der Diplomatie auch die perfekte Kulisse für die Konferenzen zur Rechtskodifikation der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts.⁶⁰ 1961 wurde das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und das Diplomatenrecht unterzeichnet, 1963 das Pendant dazu über die konsularischen Beziehungen und das Konsularrecht. Mit diesen Ereignissen zu Beginn der 1960er Jahre bot Wien selbst die Möglichkeit sich mit identitätsstiftenden Momenten weiter als Erinnerungsort⁶¹ im kollektiven (österreichischen) Gedächtnis zu verankern – als Stadt der Begegnung, als Ort der friedlichen Auseinandersetzung, als Großstadt mit Tradition in friedlicher Mission. Vor allem die Symbolträchtigkeit des Wiener Gipfels 1961 war *„Anlass, sinnstiftende Narrationen über die Stadt zu transportieren und zwischen verschiedenen Positionen bzw. Traditionen zu verhandeln.“*⁶² Die erneute Positionierung Wiens als erfolgreiche Kongressstadt (auch nach 1815) wurde als Chance für das gesamte Österreich gesehen sich wieder international positiv in Szene zu setzen und sich seiner Tradition als Ort historischer Gespräche bewusst zu werden.⁶³ Der Erinnerungsort Wien hatte im Verlauf des Kalten Krieges wiederholt die Gelegenheit sich die historische Vergegenwärtigung von Ereignissen mit Symbolcharakter⁶⁴

⁵⁷ Kreisky 1981, zit. Nach: Kramer, in: Dachs (2006), S. 813.

⁵⁸ Vgl. Karner (2011), S. 9.

⁵⁹ Vgl. Frey, Eric: Konferenzplatz Wien: Vienna as an International Conference Site, in: Bischof, Günter/Plasser, Fritz (2011) Hg.: Global Austria. Austria's Place in Europe and the World, Contemporary Austrian Studies, uno Press, New Orleans, S. 150.

⁶⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 458.

⁶¹ Im Sinne Pierre Noras Arbeiten zum Begriff Erinnerungs- bzw. Gedächtnisort - „Les lieux de memoire“.

⁶² Sommer, Monika (2005) Hg.: Die Augen der Welt auf Wien gerichtet: Gipfel 1961 Chruschtschow-Kennedy, veröffentlicht im Rahmen der Sonderausstellung „John F. Kennedy“ im Wien Museum, Studienverlag, Innsbruck, S. 64.

⁶³ Vgl. Sommer, Monika: Wien zwischen „Drittem Mann“ und „Weltstadt“. Wienerisches und Österreichisches beim Wiener Gipfel 1961, in: Karner (2011), S. 509. sowie Sommer (2005), S. 63ff.

⁶⁴ Vgl. dazu u.a. Brix, Emil (1997) Hg.: Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Böhlau, Wien u.a., S. 9 und Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Zsolnay, Wien, S. 313.

im Ausgestaltungsprozess der Neutralität zu Nutze zu machen, wie beispielsweise während der Strategic Arms Limitation Talks in den 1970er Jahren mit dem Höhepunkt der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages 1979 durch UdSSR-Staatsoberhaupt Leonid Breschnew und US-Präsident Jimmy Carter.

Ab 1957 baute die IAEA (International Atomic Energy Agency) ihren Sitz in Wien auf, die UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) folgte ab 1967 und im Laufe der 1960er Jahre siedelten sich weitere Organisationen, wie 1965 die OPEC (Organisation erdölexportierender Länder), an und schufen so die Grundlage für Wien als dritte UNO-Hauptstadt. Der OPEC-Sitz war vor allem für Staaten der arabischen Welt und südlichen Halbkugel relevant. Wien löste damit seinen primären Fokus auf Europa und den Ost-West-Konflikt und begann sich einer globaleren Vermittlungstätigkeit anzunehmen.⁶⁵ Damit wurde der neutrale Status Österreichs unterstrichen und schließlich die „Rückkehr“ Österreichs in die internationale Gemeinschaft markiert. Das Projekt Vienna International Center (VIC) wurde zunächst von der ÖVP unter Bundeskanzler Klaus in Gang gesetzt, wurde in den 1970er Jahren allerdings hauptsächlich mit Kreisky assoziiert und gab so wiederum der ÖVP Raum „to launch a negative campaign against their own baby“⁶⁶. Die innenpolitische Debatte zwischen Regierung und Opposition drehte sich hauptsächlich um die Wirtschaftlichkeit des VIC und mündete schließlich in ein von der ÖVP initiiertes Volks-begehren – mit der bislang höchsten Beteiligungsrate seit Beginn der Zweiten Republik – gegen das so genannte Konferenzzentrum 1982, das allerdings im Endeffekt nicht erfolgreich war. In den späten 1970er Jahren hatte sich Wien ohnehin bereits als attraktiver Konferenzort etabliert.⁶⁷

„Diese internationale diplomatische Plattform in einem neutralen Land lag zweifellos im Interesse beider globaler Kontrahenten.“⁶⁸

⁶⁵ Vgl. Rathkolb (2006), S. 69f.

⁶⁶ Frey, in: Bischof/Plasser (2011), S. 151.

⁶⁷ Vgl. ebd. S. 149ff.

⁶⁸ Führer, Hans Rudolf: Neutral zwischen den Blöcken: Österreich und die Schweiz, in: Rauchensteiner, Manfred (2010): Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Böhlau, Wien, S. 229.

2.3. Österreich zwischen Ost und West: Historische und politische Einordnung

Wichtig für die Analyse der österreichischen Besuchsdiplomatie bzw. der Besuchsdiplomatie in Österreich ist die außen- und innenpolitische Verortung Österreichs im Kalten Krieg. In diesem Kapitel wird daher ein Überblick über den zeitlichen und räumlichen Kontext Österreichs im internationalen Spannungsverhältnis zwischen Ost und West geboten. Obwohl der zeitliche Fokus der Arbeit auf den Jahren 1960-1983 liegt, ist der Hintergrund der Jahre 1945-1960 (siehe Punkt 2.3.1), in denen quasi das Fundament für die kommenden Jahrzehnte bzw. für die Entwicklung der innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen gelegt wurde, für das Verständnis von Bedeutung. Ebenso wird ein kurzer Ausblick auf die Jahre nach 1983 gegeben.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges änderte sich die politische Ordnung in Europa grundlegend. Der beginnende „Kalte Krieg“ zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion sowie die Polarisierung der jeweiligen Systemvorstellungen prägten von nun an auch den (außenpolitischen) Handlungsspielraum Österreichs. Darüber hinaus ist die Entstehung, Entwicklung und Etablierung der Neutralität Österreichs, einer der wichtigsten Determinanten der Zweiten Republik, ohne die die Machtverhältnisse im Ost-West-Konflikt nicht erklärbar. Österreichs Außenpolitik in der Zweiten Republik kann unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Helmut Kramer benennt dazu vier Determinanten: Erstens ist die Außenpolitik Österreichs von der wirtschaftlichen und politischen Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der ökonomischen und gesellschaftlichen Aufwärtsentwicklung geprägt. Der flexiblen und initiativen Außenpolitik der verschiedenen Regierungen der Zweiten Republik gelang es, die außenpolitischen Basisziele (Erlangung und Sicherung der Unabhängigkeit, wirtschaftliche Versorgung und Wettbewerbsfähigkeit sowie internationales Ansehen) in einem sich rasch verändernden internationalen Umfeld zu realisieren. Zweitens ist die Außenpolitik Österreichs seit 1955 von der Maxime der Neutralität gekennzeichnet, die eine bestimmende Konstante im Kalten Krieg darstellte. Die österreichische Neutralitätspolitik war von Anfang an als eine „aktive Neutralität“ konzipiert, auch wenn diese erst während der Ära Kreisky zu ihrer Blütezeit gelangen sollte. Österreich war ähnlich wie andere europäische neutrale Staaten bemüht, rasch in internationalen Organisationen als Mitglied aufgenommen zu werden. Mit dem Aufbau des internationalen Konferenzzentrums und als Begegnungsstätte zwischen verfeindeten

Konfliktparteien im Kalten Krieg konnte sich Österreich nachhaltig auf dem internationalen Parkett etablieren. Drittens ist die Außenpolitik Österreichs jene eines Kleinstaates. Dies impliziert eine Konzentration der außenpolitischen Ressourcen und Energien auf für den Kleinstaat wichtige Politikfelder, die Kooperationsbereitschaft auf internationaler Ebene mit Staaten mit ähnlichen und komplementären Interessenslagen zusammenarbeiten zu wollen sowie die Favorisierung multilateraler Außenpolitik. Und schließlich viertens: Eine Darstellung österreichischer Außenpolitik der Zweiten Republik kann nicht ohne die Berücksichtigung der politischen und strukturellen Veränderungen des internationalen Systems erfolgen. Neben politischen Strukturbrüchen, wie dem Anfang und dem Ende des Kalten Krieges, ist auch die zunehmende Komplexität internationaler Politik mit der Erweiterung der Zahl der außenpolitischen Akteure sowie ihrer Aktionsebenen zu beachten.⁶⁹

2.3.1. 1945-1960: Staatsvertrag, Neutralität und der Balanceakt nach innen und außen

Österreich, das im Sinne der 1943 vereinbarten Moskauer Deklaration nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands als unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt werden sollte, geriet in der Nachkriegszeit durch den sowjetischen Machtausbau in Osteuropa rasch zwischen die Fronten des sich aufbauenden Kalten Krieges.⁷⁰ Als „*Laboratorium, wo man den Prozess des Kampfes zweier Systeme beobachten kann*“⁷¹ bezeichnet, bestimmte das Interessenskalkül der vier alliierten Besatzungsmächte – USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – die österreichische (Außen-)Politik bis 1955. Die „Vier im Jeep“ wurden zu einem Symbol für eine mehr oder weniger funktionierende Viermächte-Verwaltung.⁷²

„Das neutrale Österreich bot aber jenseits der Vorbildwirkung sehr wohl Möglichkeiten, die jeweiligen politischen Systeme gewissermaßen in die Auslage zu legen. Der kommunistische Osten [...] konnte demonstrieren, dass der politische Wettbewerb auch abseits des Suprematiestrebens möglich war, wie umgekehrt der Westen die Vorzüge einer pluralistischen Demokratie und vor allem jene der freien Marktwirtschaft [...] vorstellen konnte.“⁷³

⁶⁹ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 807f.

⁷⁰ Vgl. Müller, Wolfgang: Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2009, online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/32264/kalter-krieg-neutralitaet-und-politische-kultur-in-oesterreich> (zuletzt besucht am 2.12.2012)

⁷¹ 1946 in einem sowjetischen Bericht bezeichnet, zit. nach: ebd.

⁷² Steininger, Rolf: Sowjetische Österreichpolitik 1945-1955: Der Weg zum Staatsvertrag, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (2006) Hg.: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, S. 53.

⁷³ Rauchensteiner, Manfred: Die Rahmenhandlung – eine Einführung, in: ders. (2010), S.7.

Dieser Dominanz der beiden Großmächte stand der österreichische Wunsch nach einer nachhaltig gesicherten Souveränität entgegen⁷⁴, der sich in den vielschichten Staatsvertragsverhandlungen bis zu dessen Unterzeichnung 1955 äußerte. Die politische Kondition für ein völkerrechtliches Abkommen zum Abzug der Besatzungsmächte war die „immerwährende Neutralität“.

Relativ rasch akzeptierte der „Ballhausplatz“, als Synonym für die Außenpolitik Österreichs, die aufkeimende Bipolarität. Österreich war allerdings aus existenziellen Gründen wenig daran interessiert, sich an der offenen Konfrontation zu beteiligen. Hauptziel Österreichs war es, den Gebietsstand zu wahren und wieder staatliche Souveränität zu erreichen.⁷⁵

„Politik als ‚Kunst des Möglichen‘ war im Zeichen des Kalten Krieges zu einem guten Teil der Tradition der österreichischen Außenpolitik geschuldet.“⁷⁶

In den ersten zehn Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war Österreichs Außenpolitik überwiegend das Ergebnis der inneren Verhandlungen mit den Besatzungsmächten – von einer Außenpolitik, wie wir sie heute verstehen, kann in dieser Zeit kaum gesprochen werden. Viel eher musste das Außenministerium unter Gruber versuchen, eine Diplomatie nach innen zu betreiben, um einen Ausgleich zwischen den Besatzungsmächten zu erreichen. Vor allem die Beziehung zur Sowjetunion schränkte die Gestaltungsmöglichkeiten der klassischen österreichischen Nachbarschaftspolitik zunächst ein.⁷⁷

Innenpolitisch war die Nachkriegszeit von Konsensfindung geprägt. Nachdem sich Ende April 1945 eine provisorische Regierung unter der Führung des Sozialdemokraten Karl Renner mit Beteiligung der christlichen Demokraten sowie den Kommunisten gebildet hatte, regierte die „Große Koalition“ aus ÖVP und SPÖ von 1947 bis 1966. Die ÖVP stellte in dieser Zeit die Bundeskanzler Leopold Figl (1945-1953) und Julius Raab (1953-1961), die SPÖ die Vizekanzler Adolf Schärf (1945-1957) und Bruno Pittermann (1957-1966). Eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der „klugen Außenpolitik“⁷⁸ der Nachkriegsjahre war der gemeinsame Willen der Großen Koalition zur Überwindung des Besatzungszustandes. Österreichs Politik der Balance entfaltete sich in einer Zeit, in der die Welt zunehmend von bipolaren Teilungstendenzen determiniert war. Diese ließ Österreich wichtige

⁷⁴ Vgl. Filzmaier/Gewessler/Höll/Mangott (2006), S. 11.

⁷⁵ Vgl. Gehler (2005), S. 28.

⁷⁶ Ebd. S. 28.

⁷⁷ Vgl. ebd. S. 43 sowie S. 996.

⁷⁸ Kramer, in: Dachs (2006), S. 809.

Schritte in Richtung Staatsvertragsunterzeichnung machen. Das „Instrument“ zur Erreichung des omnipräsenten Zieles der Wiedererlangung der Souveränität war die „*Quasi-Bündnisfreiheit*“⁷⁹, die sich von der Idee der Allianzfreiheit hin zur Neutralität entwickeln sollte, jedoch immer mit einem starken Fokus auf eine ökonomische Westanbindung ausgerichtet war. Es wäre allerdings falsch zu behaupten, es hätte keine Spannungen zwischen den Regierungsparteien gegeben. Die Auseinandersetzungen zwischen ÖVP und SPÖ drehten sich hauptsächlich um konkrete politische Probleme, wie etwa die Südtirol-Frage. Außerdem sorgte die Dominanz konservativer Außenamts-Beamter für Unmut in der SPÖ. Vizekanzler Schärf gab aber die versöhnliche Leitlinie vor, dass die Außenpolitik eine gemeinsame sein sollte. So entstanden geschickte Zusammenschlüsse, die schussendlich auch dem Verhältnis zu den Alliierten dienlich waren.⁸⁰

Die wirtschaftliche Westanbindung Österreichs zog eine gewisse politische Westorientierung nach sich. Im April 1948 unterzeichnete Österreich gegen alle Einwände der Opposition das OEEC-Abkommen (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa) in Paris. Österreich erhoffte sich von der Mitgliedschaft in der für die Verteilung der Marshallplan-Mitteln zuständigen Organisation Vorteile, nicht zuletzt setzte die Emanzipation von den Besatzungsmächten wirtschaftliche Stabilität des Landes voraus. Während der gesamten Wirksamkeit des European Recovery Programme (ERP) hatte Österreich innerhalb der OEEC eine Sonderstellung. So erhielt Österreich trotz der großen sowjetischen Besatzungszone außerordentlich hohe Beiträge an US-Fördermitteln. Die USA wollten damit den geostrategisch wichtigen Grenzraum Europas sicher und stabil halten. Durch die Stagnation der Staatsvertragsverhandlungen in den frühen 1950er Jahren erreichte die Westorientierung Österreichs bis zu diesem Zeitpunkt ihren Höchststand. Grubers Außenpolitik war größtenteils von den sich verschlechternden Ost-West-Beziehungen sowie von der Südtirol-Problematik geprägt. Aber auch in Richtung Osten wurde Österreich aktiv. Ohne direkte kommunistische Regierungsbildung sollte eine selbständigere Ostpolitik möglich werden. In Ansätzen, wie etwa die Kontroverse um die „Figl-Fischerei“ zeigte, wurde versucht stärker KPÖ-Funktionäre in die Außenpolitik zu integrieren.⁸¹ Mit dem Einsetzen der Tauwetterpolitik nach Stalins Tod 1953 entspannte sich die Beziehung zwischen Österreich und der Sowjetunion. Bewusst entschied sich Österreich bereits ab 1952 eine schrittweise „Befreiung“

⁷⁹ Gehler (2005), S. 996

⁸⁰ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 809.

⁸¹ Vgl. Gehler (2005), S. 51ff.

von den Besatzungsmächten im Rahmen der Vereinten Nationen durchzuführen.⁸² Doch erst 1955, nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages, wurde Österreich Vollmitglied in der UNO.

Durch eine relativ flexible Außenpolitik in der Nachkriegszeit schaffte es Österreich auch in schwierigen Phasen auf einer klaren Linie zu bleiben. Frei nach dem Schweizer Modell galt für Österreich der Leitsatz *„überall gute Freude zu haben und sich nicht einseitig zu binden“*⁸³, wie es Bundespräsident Theodor Körner 1952 formulierte. Eine weitere Bestrebung österreichischer Außenpolitik war es, möglichst viele diplomatische Beziehungen zu Staaten und internationalen Akteuren erfolgreich aufzubauen. Nachdem 1946 in Moskau, Washington, Paris und London diplomatische Vertretungen eröffnet wurden, bestanden 1950 bereits 25 österreichische Auslandsrepräsentationen.⁸⁴ Österreich baute also nach und nach als selbständiger Staat diplomatische Beziehungen und Vertretungsbehörden im Ausland auf – bei neutralen Ländern dauerte dieser Prozess länger, bei Staaten wie Deutschland stellte sich der Aufbau aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre deutlich schwieriger heraus, da nicht der Eindruck eines zu raschen Annäherungsprozesses entstehen hatte dürfen.⁸⁵ 1950 begann die diplomatische Präsenz Österreichs mit einer „Verbindungsstelle“ in Bonn, aber erst nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 konnte der Ministerrat die Errichtung einer Botschaft⁸⁶ beschließen, ohne dabei gleichzeitig eine verpflichtende Vertretung in Ostberlin eröffnen zu müssen.⁸⁷ Profilierte sich Österreich als internationale Konferenzstadt in den 1960er und intensiv in den 1970er Jahren, bemühte sich Außenminister Gruber bereits in den frühen 1950er Jahren, Österreich als Begegnungsort für den Ost-West-Dialog anzubieten – wie beispielsweise im (missglückten) Versuch, eine Vier Mächte-Konferenz 1953 in Wien abzuhalten.⁸⁸

⁸² Vgl. ebd. S. 997.

⁸³ Vgl. Stourzh, Gerald: Der österreichische Staatsvertrag und die Voraussetzungen seines Zustandekommens, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (1981) Hg.: 25 Jahre Österreichischer Staatsvertrag, Wien, S. 74, zit. nach: Kramer, in: Dachs (2006), S. 89.

⁸⁴ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 809ff.

⁸⁵ Vgl. Lütgenau, Stefan: Widersprüchliche Gemeinsamkeiten. Das deutsche Österreichbild, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 167.

⁸⁶ Zuvor hatte es in der BRD nur Verbindungsstellen gegeben, die erst 1949 konsularische Rechte erhielten.

⁸⁷ Vgl. Agstner, Rudolf: „Einer Ubikation im Stadtgebiet von Bonn wäre der Vorzug zu geben.“ Österreichs Vertretungsbehörden in Deutschland, in: Gehler, Michael/Böhler, Ingrid (2007) Hg.: Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart, Studienverlag, Innsbruck, S. 87ff.

⁸⁸ Vgl. Gehler, S. 80.

Die Debatte um die Unterzeichnung des Staatsvertrages war mit der Neutralitätsfrage eng gekoppelt. Zunächst passte das Prinzip der Neutralität allerdings weder in das Konzept der USA, noch in jenes der Sowjetunion unter Stalin.⁸⁹ Erst nach dessen Tod änderte sich im Zuge der Tauwetterpolitik die Lage. Die Neutralitätsvorstellungen Österreichs und der Sowjetunion unterschieden sich gravierend voneinander. Das sowjetische Konzept sah eine „totale“ Neutralität vor, die sämtliche Lebensbereiche umfassen und eine aktive Friedensverpflichtung zur internationalen Entspannung inkludieren sollte. Außerdem war nach sowjetischer Doktrin Neutralität „fortschrittlicher“ als eine nicht neutrale westliche Demokratie.⁹⁰ In diesem Sinne verlangte Molotov eine vertragliche Neutralisierung Österreichs im Staatsvertrag.⁹¹ Eine derartige Neutralisierung war für die Regierung in Washington allerdings undenkbar. Präferiert wurde stattdessen eine bewaffnete Neutralität nach Schweizer Vorbild⁹², obwohl das Instrument der Neutralität durch das strikte „Freund-Feind-Schema“ und die amerikanische „containment“-Politik keinen positiven Stellenwert hatte.⁹³ US-Außenminister John Foster Dulles sah aber ein, „*that if the Austrians regained their sovereignty for the prize of neutrality, he could not stop them*“⁹⁴. Die österreichische Regierung versicherte der sowjetischen Führung im April 1955, dass eine „Neutralität“ im Schweizer Sinne angestrebt werde.⁹⁵ Eine „*selbst proklamierte, international anerkannte, nicht durch internationale Verträge auferlegte Neutralität*“⁹⁶ wurde sowohl von der Sowjetunion als auch von den USA als akzeptable Kompromisslösung angesehen. Zusätzlich wäre eine solche Art der Neutralität keine bloße Bekräftigung der österreichischen Unabhängigkeit, sondern förderte den allgemeinen Frieden in Europa. Dennoch hatten die USA zunächst Angst vor einer Neutralisierung Österreichs – zuvor war Ende der 1940er Jahre der Versuch eines territorialen Schulterschlusses der westlichen Bundesländer mit der deutschen Bizone am Widerstand Frankreichs und der Sowjetunion sowie nicht zuletzt auch Österreichs gescheitert.⁹⁷ Das Verhältnis zwischen Österreich und den USA besserte sich aber spätestens in den 1960er

⁸⁹ Vgl. Soutou, Georges-Henri: Der österreichische Staatsvertrag in der internationalen Politik 1955, in: Suppan, Arnold (2005) Hg.: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Historische Kommission, Wien, S. 23.

⁹⁰ Vgl. Müller (1-2/2009).

⁹¹ Vgl. Steiniger, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (2006), S. 537ff.

⁹² Vgl. Soutou, in: Suppan (2005), S. 25.

⁹³ Vgl. Kramer, in Dachs (2006), S. 813.

⁹⁴ Bischof, Günter: „Recapturing the Initiative“ and „Negotiating from Strength“: The Hidden Agenda of the „Short Treaty“ Episode, in: Suppan (2005), S. 247.

⁹⁵ Vgl. Luif, Paul (1995): On the road to Brussels. The political dimension of Austria's, Finland's and Sweden's accession to the European Union, Braumüller, Wien, S. 128f.

⁹⁶ Soutou, in: Suppan (2005), S. 22

⁹⁷ Vgl. Gehler (2005), S. 68.

Jahren⁹⁸, da im Unterschied zu anderen neutralen Ländern die österreichische Form der Neutralität im Endeffekt mit relativem Verständnis gesehen wurde. Zusätzlich wurde die Neutralität von den USA und den westeuropäischen Ländern immer im Kontext des Staatsvertrages gesehen. Damit galt die österreichische Neutralität zwar als akzeptierbar, aber für das Konzept der Europäischen Gemeinschaften nicht als integrierbar.⁹⁹ Durch die Erfahrungen der Besatzungszeit war das österreichische Selbstverständnis von Neutralität zunächst allerdings noch ein „*sehr verhaltenes, defensives und reaktives*“¹⁰⁰.

Die Neutralität Österreichs wurde im andauernden Kalten Krieg stetig weiterentwickelt. Großteils aber akzeptierten die beiden großen Kontrahenten, USA und Sowjetunion, die Rolle der Neutralen, die als Pufferstaaten, als Brücke zwischen Ost und West oder einfach als „something between“ bezeichnet wurden – nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass die Großmächte die Neutralen als Angehörige ihrer jeweiligen Allianz betrachteten oder sie zumindest in ihre Machtsphären zu integrieren versuchten.¹⁰¹ Die Lage zwischen den beiden Blöcken beförderte den neutralen Status in verschiedenen europäischen Ländern. Die österreichische Außenpolitik war im Gegensatz zu anderen neutralen europäischen Staaten von relativ breiter Flexibilität gekennzeichnet. Dies ermöglichte Österreich einerseits die Wahrnehmung vorteilhafter Optionen, wie die Einbindung in den Marshallplan, ließ aber auch den Spielraum offen, Bindungen nicht zu einseitig zu präferieren.¹⁰² Die Teilnahme am ERP war sowohl außen- als auch innenpolitisch ein Drahtseilakt. Trotz der bereits vor 1955 existierenden „neutralen Haltung“ Österreichs sympathisierte der Ballhausplatz heimlich mit den westlichen Sicherheitsvorkehrungen.¹⁰³ Die frühe ökonomische Westanbindungstendenz missfiel der Sowjetunion, da beispielsweise das ebenso neutrale Finnland (mit anderen Prämissen) nicht in den Marshallplan integriert war. Die Kontroversen um die westlichen Restriktionen des Handels mit Osteuropa im Rahmen des COCOM (Coordinating Committee of Western Nations on Technology Transfer) machen deutlich, welche hohe politische Brisanz die wirtschaftlichen Liberalisierungsschritte hatten. Nach der Gründung der EGKS (Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) bzw. der EWG (Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) und den ersten fehlgeschlagenen Integrationsversuchen seitens Österreichs,

⁹⁸ Vgl. ebd. S. 22ff

⁹⁹ Vgl. Gehler, Michael: Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage 1955-1972 in: Suppan/Stourzh/Müller (2005), S. 842.

¹⁰⁰ Gehler, (2005), S. 79.

¹⁰¹ Vuollo, Mirka, Annika (1996): Der Wandel der finnischen Neutralitätspolitik. Außen-, sicherheits- und integrationspolitische Tendenzen 1970-1995, SH-Verlag, Vierow (1996), S. 16.

¹⁰² Vgl. Filzmaier/Gewessler/Höll/Mangott (2006), S. 11.

¹⁰³ Vgl. Gehler (2005), S. 54.

wurde 1960 die EFTA (European Free Trade Association) als „mildere“ Form der Integration von Österreich zusammen mit Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden und der Schweiz gegründet. Dem Europarat, der damals durchwegs westlich ausgerichtet war, trat Österreich erst nach dem Ende der Besatzung 1956 bei und beteiligte sich an den ökonomischen Zusammenschlüssen Weltbank, Währungsfonds und GATT (General Agreement on Tariffs and Trade).

Der österreichische Staatsvertrag, der am 15. Mai 1955 zwischen Vertretern der vier Besatzungsmächte und Österreich¹⁰⁴ abgeschlossen wurde, stellt für Österreich eines der wichtigsten – wenn nicht sogar das wichtigste – Ereignis der Nachkriegsgeschichte dar. Die letzten Monate vor der Staatsvertragsunterzeichnung können als Beispiel für den Erfolg einer souveränen Außenpolitik eines Kleinstaates gesehen werden, der primär auf den Interessensausgleich zwischen Ost und West bedacht war und sich gleichzeitiger ideologisch, ökonomisch und kulturell in den „Westen“ integrierte.¹⁰⁵ Der Schritt, der zugleich auch einen Schnitt darstellte, zwischen der „unfreien“ Besatzungsphase und der Zeit danach – „*dem Ausklinken aus dem Kalten Krieg*“¹⁰⁶ (zumindest offiziell) – war groß. Bis dahin stellte Österreich einen der ersten Krisenherde des Ost-West-Konfliktes seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Nach dem Ende der Besatzung und der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde der Kalte Krieg in der Bevölkerung nur mehr punktuell wahrgenommen (am „nahesten“ war der Konflikt sicherlich während der Ungarnkrise 1956 und der sowjetischen Militärintervention in der Tschechoslowakei 1968). In der Öffentlichkeit herrschte die weitverbreitete Meinung vor, dass der Kalten Krieg ein Konflikt sei „*mit dem wir nichts zu tun haben*“¹⁰⁷.¹⁰⁸ Wenn sich auch Österreich zumindest an der politischen Oberfläche aus dem schwelenden Konflikt „ausklinkte“, so wirkte die Ost-West-Polarisierung dennoch auch in Österreich weiter. Das neutrale Land musste sich einerseits im bipolaren Gefüge einordnen und andererseits bestimmte die geopolitische Großwetterlage zu einem nicht unerheblichen Teil Österreichs außenpolitischen Handlungsspielraum.

¹⁰⁴ Die neun Vertragsunterzeichner waren Molotow, Iljitschow, Macmillan, Wallinger, Dulles, Thompson, Pinay, Lalouette und Figl.

¹⁰⁵ Vgl. Rathkolb, Oliver: Österreich als Teil der US-Geopolitik 1950-1970, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 25.

¹⁰⁶ Müller (1-2/2009)

¹⁰⁷ Manfred Rotter (1990), in: Müller (1-2/2009).

¹⁰⁸ Müller (2009).

Der Staatsvertrag war „[...] ein Ereignis, auf das die Österreicher zehn Jahre gewartet hatten. Im Rückblick stellt sich die Frage, warum es so lange gedauert hatte.“¹⁰⁹ Michael Gehler spricht dabei von vier Phasen der Staatsvertragsverhandlungen: 1) 1945-1946: „Wartephase“, bis zur Klärung innenpolitischer und Südtirol betreffender Fragen 2) 1947-1949: „heiße Phase“, charakterisiert durch eine Intensivierung der Verhandlungen inklusive der sowjetischen Bereitschaft zu Konzessionen 3) 1950-1953: „State-Male-Phase“: in der es zu einer Stagnation und schließlich zum Stillstand der Gespräche kommt – ausgelöst durch die Hinhaltetaktik der Westmächte und der sowjetischen Obstruktionspolitik 4) 1953-1955: „Neuorientierungsphase“, mit erfolgreichem Vertragsabschluss nach der neuen Ausrichtung der Sondierungsgespräche.¹¹⁰

In Europa wird neben der Schweiz auch Österreich als Land mit einer immerwährenden, de jure Neutralität bezeichnet. Eine völkerrechtliche Verpflichtung ist dafür die Basis und bedeutet neben einem neutralen Verhalten in allen Kriegen auch in Friedenszeiten Beziehungen und Verpflichtungen zu vermeiden, die die Neutralität im Kriegsfall verhindern könnten. Die Rechte und Pflichten in Friedenszeiten sind allerdings nicht rechtlich kodifiziert und ergeben sich nur aus dem Völkergewohnheitsrecht. Wie bereits erwähnt, war die politische Kondition zum Abschluss des Staatsvertrages eine Neutralitätserklärung Österreichs. Der Ballhausplatz hatte sehr früh die Maxime entwickelt, dass die Neutralität kein Bestandteil des Staatsvertrages sein dürfte – das Ziel war eine freiwillige Neutralität, aber keine Neutralisierung, wie es aus Moskau gefordert wurde.¹¹¹ Das Bundesverfassungsgesetz, in dem die Neutralität verankert ist, wurde allen Staaten, die zu diesem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen zu Österreich hatten, bekannt gegeben.¹¹² Diese Erklärung wurde einen Tag nach dem Abzug der letzten alliierten Soldaten, im Nationalrat verabschiedet und enthält folgende explizit genannte Verpflichtungen. 1) „immerwährend“, d.h. in allen zukünftigen Kriegen, neutral zu bleiben; 2) die Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen; 3) den Verzicht Österreichs, sich an militärischen Bündnissen zu beteiligen, sowie die Verpflichtung, die Errichtung militärischer Stützpunkte durch fremde Staaten auf seinem Gebiet nicht zuzulassen.¹¹³ Bundeskanzler Raab betonte, dass die österreichische Neutralität eine rein „militärische Neutralität“ sei, die keine

¹⁰⁹ Steiniger, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (2006), S. 537.

¹¹⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 42.

¹¹¹ Vgl. Soutou, in: Suppan/Stourzh, Müller (2005), S. 24ff.

¹¹² Vgl. Luif (1995), S. 129ff.

¹¹³ Vgl. Ucakar, Karl/Gschiegl, Stefan (2010): Das politische System Österreichs und die EU, Facultas, Wien, S. 67.

ökonomischen oder kulturellen Verbindlichkeiten nach sich ziehe. Somit war „*die Haltung Wiens im Kalten Krieg [...] politisch, aber nicht moralisch neutral.*“¹¹⁴ In der Frage nach Österreich als „*geheimen Verbündeten des Westens*“¹¹⁵ stellt die Staatsvertragsunterzeichnung ebenso einen Schnitt dar. Oliver Rathkolb argumentiert dazu, dass Österreich für die Zeit nach 1955 nicht nur ideologisch sondern auch militärisch mit dem Westen verbündet war, wie etwa die massiven finanziellen US-Unterstützungen zur Ausrüstung des österreichischen Bundesheeres beweisen.¹¹⁶ Gleichzeitig war Österreich aber nie formell in ein westliches Sicherheitssystem eingebunden. Die Sowjetunion sah dies mit Genugtuung, wurde allerdings auch nicht müde auf die Klauseln des Staatsvertrages hinzuweisen.¹¹⁷ Es zeigte sich außerdem, dass die österreichischen Neutralitätsauffassungen und Neutralitätsinterpretationen nicht einfach umzusetzen waren. Zwischen dem innenpolitischen Antikommunismus und den Bemühungen der außenpolitischen Verbesserung zur Sowjetunion traten Diskrepanzen auf, die die Bundeskanzler Klaus und Kreisky mit Besuchsreihen in „Volksdemokratien“ auszugleichen versuchten.¹¹⁸ Ab Ende der 1960er Jahre begann sich daher jenes Neutralitätsverständnis zu etablieren, dass in den 1970er Jahren eine Quasi-Gleichsetzung von Außen- und Neutralitätspolitik bedeutete.¹¹⁹ Das Völkerrechtsbüro des Außenministeriums spielte dabei als Interpretationsinstanz der Neutralität im Laufe des Kalten Krieges immer wieder eine Schlüsselrolle.¹²⁰

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages endete für Österreich jene außenpolitische Phase, die nahezu ausschließlich vom Willen der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit bestimmt war.¹²¹ In den Jahren nach der Staatsvertragsunterzeichnung begann Österreich seine noch junge Neutralität zu profilieren. Diese hinderte Österreich nicht daran, sich rasch im Rahmen der Vereinten Nationen zu engagieren. Der „Staatsvertrags-Außenminister“ Figl erklärte bereits im Rahmen der Staatsvertragsunterzeichnung „*in aktiver Mitarbeit in den weltumfassenden Vertragsorganisationen alles daranzusetzen, um (s)einen Beitrag für die internationale Verständigung zu leisten*“¹²². Die zunehmend internationale Ausrichtung der Außenpolitik war auch den gescheiterten Assoziierungsbestrebungen an die EWG geschuldet.

¹¹⁴ Soutou, in: Suppan/Stourzh, Müller (2005), S. 31.

¹¹⁵ z.B. Gehler (2005), S. 87.

¹¹⁶ Vgl. Rathkolb, Oliver (1997): *Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953-1963*, Böhlau, Wien, S. 120ff, zit. nach: Gehler (2005), S. 87.

¹¹⁷ Vgl. Gehler (2005), S. 89.

¹¹⁸ Vgl. Müller (2009).

¹¹⁹ Vgl. Luif (1995), S. 129ff.

¹²⁰ Skuhra, Anselm: *Österreichische Sicherheitspolitik* in: Dachs (2006), S. 844.

¹²¹ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 811.

¹²² Ebd. S. 811.

So wurde „die fehlende Europäisierung durch Internationalisierung und Globalisierung der österreichischen Außenpolitik“¹²³ kompensiert. Die Neutralität machte im Ost-West-Konflikt politisch auch mehr „Sinn“, als im regionalen Kerneuropa: „Die ‚Welt‘ war für Österreich wichtiger als ‚Europa‘“.¹²⁴

In der Phase nach der Staatsvertragsunterzeichnung hatte sich Österreich zwar aus freien Stücken zu einer „immerwährenden Neutralität“ nach Schweizer Vorbild verpflichtet, strebte aber de facto nach der 17-jährigen Isolation von der weltpolitischen Bühne eine risikofreudigere und dynamischere Neutralitätsauffassung und Neutralitätspolitik an.¹²⁵ Die Ungarn- und Libanonkrise in den Jahren 1956 bzw. 1958 bot Österreich eine erste Chance außenpolitisch im Rahmen der Neutralität zu agieren. Während 1956 durch Flüchtlingsaufnahme humanitäre Hilfe im Sinne einer „milden“ Neutralität geleistet wurde und letztlich auch Neutralitätsvorbehalte seitens Großbritannien und den USA aus dem Weg geräumt wurden¹²⁶, war die Auseinandersetzung um die US-Überflüge von einer zunehmenden „Verschweigerung“ der Neutralität während der Libanonkrise gekennzeichnet. Österreich musste gleichzeitig erkennen, dass seine Neutralität nicht als Exportartikel dienen konnte, sondern einen gewissen Exklusivitätsstatus aufweisen sollte.¹²⁷ Im weiteren Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entfernte sich Österreich somit zusehends vom Schweizer Neutralitätsmodell.¹²⁸ Das entschiedene Auftreten Österreichs vor den Vereinten Nationen sowie die „Außenpolitik von unten“ durch die Unterstützung der Bevölkerung während der Ungarnkrise, steigerten das Image Österreichs im Westen – die Beziehungen zur Sowjetunion wurden hingegen auf eine schwere Probe gestellt.¹²⁹

¹²³ Gehler (2005), S. 998.

¹²⁴ Ebd. S. 999.

¹²⁵ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 811.

¹²⁶ Vgl. Rahtkolb, in Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 29.

¹²⁷ Gehler (2005), S. 181.

¹²⁸ Vgl. ebd. S. 1000.

¹²⁹ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 812.

2.3.2. 1960er Jahre: Außenpolitische Handlungsräume von der „Großen Koalition“ bis zur ÖVP-Alleinregierung

Nach den Nationalratswahlen bzw. den Koalitionsverhandlungen von 1959 traten die Konfliktlinien zwischen den beiden Großparteien zu Tage. Bereits 1960 trat die Bundesregierung zurück, um wenig später ohne weitere Nationalratswahlen nahezu in der gleichen Besetzung die Regierungsgeschäfte wieder aufzunehmen. 1961 wiederholte sich dieses Spiel abermals, wobei Raab sein Amt an Nachfolger Alfons Gorbach (1961-1964) übergab. Das „dritte Lager“, der VdU, konnte sich zwar innenpolitisch festigen, war allerdings bis auf wenige personelle Ausnahmen außenpolitisch kaum relevant.¹³⁰ Obwohl Innenpolitik öffentlich Priorität hatte, stellten die ersten drei Minister im ab 1959 neuen eigenständigen Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Bruno Kreisky (1959-1966), Lujo Tončić-Sorinj (1966-1968) und Kurt Waldheim (1968-1970), die Weichen für die außenpolitischen Rahmenbedingungen für das kommende Jahrzehnt. Vor allem Waldheim nahm *„in der Gleichsetzung von Außen- und Neutralitätspolitik sowie der Relativierung der militärischen Landesverteidigung in der Sicherheitspolitik bereits Elemente der Neutralitätskonzeption der Außenpolitik der Kreisky-Ära vorweg“*¹³¹. Interessanterweise baute dies wiederum auf den bereits teilweise entwickelten Strukturen der Zeit auf, in der Kreisky noch das Amt des Außenministers inne hatte.¹³² Waldheim erweiterte das Neutralitätskonzept um eine sicherheitspolitische Komponente, die schließlich wiederum in der Ära Kreisky zur aktivsten Phase der Neutralitätspolitik führte und Österreich damit ein höheres internationales Profil und Ansehen garantieren sollte.¹³³ Waldheim war daher folgender Meinung:

*„Denn der Grad der äußeren Sicherheit eines kleinen neutralen Landes hängt nicht nur von der strikten Einhaltung der Neutralität, sondern auch von der Bedeutung ab, die der Aufrechterhaltung dieser Neutralität von den anderen Staaten beigemessen wird.“*¹³⁴

Das zunehmende außenpolitische Selbstbewusstsein Österreichs und die „Emanzipation“ von den Signatarmächten, führten allerdings auch zu Verstimmungen mit den USA, die die Neutralität im Sinne ihres „Freund-Feind-Schemas“ für wenig positiv hielten und abermals eine „Neutralisierung“ Österreichs befürchteten. Die Spannungen entluden sich während der

¹³⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 287.

¹³¹ Kramer, in: Dachs (2006), S. 816.

¹³² Vgl. Höll, Othmar: The Foreign Policy of the Kreisky Era, in: Bischof, Günter/Pelinka, Anton (1994) Hgg.: The Kreisky Era in Austria, Contemporary Austrian Studies 2, Transaction Publ., New Brunswick, S. 37.

¹³³ Vgl. Fischer, Thomas (2009): Neutral power in the CSCE, Nomos, Baden-Baden, S. 68.

¹³⁴ Waldheim, Kurt: Die Vereinten Nationen und Österreich, in: Bielka, Erich/Jankowitsch Peter/Thalberg, Hans (1983) Hgg.: Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Europaverlag, Wien, S. 235, zit. nach: Gehler (2005), S. 452.

Libanonkrise, als amerikanische Transportflugzeuge ohne Autorisierung durch die österreichischen Behörden den Luftraum überschritten. Für die 1960er Jahre kann insgesamt angemerkt werden, dass – abgesehen von der hohen Wertschätzung Wiens als politischen und diplomatischen Treffpunkt zwischen Ost und West – Österreich an Beachtung durch die USA verlor¹³⁵ und insgesamt ab Mitte der 1960er Jahre aus dem Interessenszentrum der USA rückte.¹³⁶

Kreisky trug jene Politik Raabs mit, die auf Normalisierung bzw. Verbesserung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten abzielte. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, mit denen Österreich historische und kulturelle Gemeinsamkeiten geteilt hatte, wurden durch die kommunistischen Machtübernahmen unterbunden. Raab und Kreisky mussten daher ein im Westen nicht sofort auf Gegenliebe stoßendes Konzept entwickeln um die Nachbarschaftspolitik neu zu gestalten. Dieses ab Mitte der 1960er Jahre Form angenommenes Modell, scherte die einzelnen Länder nicht (wie damals im Westen üblich) über einen Kamm, sondern behandelte diese eigenständig und separat.¹³⁷ Vermittlungsversuche, wie etwa in der Deutschland- bzw. Berlin-Frage 1958 und 1960, scheiterten am ins Stocken geratenen Prozess zwischen Ost und West.

„Die Ballhausplatz-Diplomatie war ihrer Zeit voraus und nahm den Entspannungsprozess der 1970er Jahre mit diesen Bemühungen vorweg. Die Zeit war für eine großangelegte Détente noch nicht reif [...].“¹³⁸

Die zentralen Handlungsfelder von Kreisky als Außenminister (und später zum Teil als Bundeskanzler) waren: 1) Die Sicherstellung der österreichischen Unabhängigkeit sollte durch eine aktiv Außen- und Neutralitätspolitik gewährleistet werden um somit Österreich als aktiven Player in der Entspannungspolitik einzubringen. 2) Obwohl Kreisky westlich-demokratisch gesinnt war, verschloss er sich nie Gesprächen mit politischen Vertretern des Ostens. 3) Kreiskys Politik war eine Politik der Détente, die sowohl Entspannung an Österreichs Grenzen bringen sollte als auch an einer Normalisierung der innereuropäischen und internationalen Beziehungen interessiert war. 4) Kreisky versuchte sich konsequent als Vermittler zwischen Ost und West – er wollte mit und zwischen beiden Mächtesystemen einen friedlichen Dialog forcieren und die Kommunikationskanäle zwischen Ost und West offen halten. 5) Österreich sollte sich wirtschaftspolitisch in Europa integrieren,

¹³⁵ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 813.

¹³⁶ Vgl. Rathkolb, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 33.

¹³⁷ Vgl. Jankowitsch, Peter: Das Problem der Äquidistanz, in: Rauchensteiner (2010), S. 466.

¹³⁸ Gehler (2005), S. 205.

ohne jedoch an einer supranationalen Vergemeinschaftung teilhaben zu müssen und somit Neutralitätspolitische Erklärungsnotwendigkeiten zu vermeiden. 6) Kreisky versuchte die ungelöste Nahost-Problematik, die er als eine Quelle für den schwelenden Weltkonflikt ausmachte, zu entschärfen und setzte Initiativen zur Etablierung eines Nord-Süd-Dialogs.¹³⁹ Parallel dazu begannen sich die unterschiedlichen Konfliktkonstellationen (Nahost, Ost-West, Nord-Süd) immer mehr zu überkreuzen. Die „positive neutrality“, die Kreisky als Grundlage seines außenpolitischen Handlungsbereiches implementierte, wurde nicht von allen westlichen Mächten goutiert. Die USA betrachteten die „zig-zags between the U.S. and the USSR“¹⁴⁰ mit Argwohn.¹⁴¹ Kreiskys Motto in Bezug auf den Ost-West-Konflikt war es, so Othmar Höll,

„dass Österreich auf ein möglichst großes Vertrauen im Westen und ein möglichst kleines Misstrauen im Osten hinarbeiten sollte.“¹⁴²

Kreiskys Außenpolitik in der ersten Hälfte der 1960er Jahre konnte mit relativ breiter innerparteilicher Unterstützung rechnen – obwohl in integrationspolitischen Fragen eine einheitliche Linie kaum zu erzielen war.¹⁴³ Der spätere Außenminister Waldheim plädierte in diesem Zusammenhang:

„Was wir brauchen ist eine ruhige und der innenpolitischen Polemik entrückte Außenpolitik [...]“¹⁴⁴

Eine außenpolitisch dominante Frage der 1960er Jahre war somit auch die österreichische Haltung zur europäischen Integration. Zwischen den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ kam es in der Zeit der „Großen Koalition“ bis 1966 in Fragen der EWG-Annäherung zu unterschiedlichen Auffassungen, die sich größtenteils aus den unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Leitbildern von Europapolitik – die pro-EWG ÖVP stand der EWG-skeptischen SPÖ gegenüber – ergaben.

„In der politischen Sprache jener integrationspolitisch umstrittenen Zeit wurde zwischen ‚roter‘ EFTA und ‚schwarzer‘ EWG oder zwischen ‚Klein-‘, (‚Kern-‘) und ‚Großeuropäern‘ aus propagandistischen und politisch-ideologischen Gründen unterschieden.“¹⁴⁵

¹³⁹ Vgl. ebd. S. 291ff. sowie Kerschbaumer, Dagmar (2003): Bruno Kreisky. Sein internationales Engagement als österreichischer Außenpolitiker, Dipl., Wien, S. 163.

¹⁴⁰ Kofler, Martin: Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg, Studien-Verlag, Innsbruck, S. 38 zit. nach: Gehler (2005), S. 297.

¹⁴¹ Vgl. Gehler (2005), S. 297.

¹⁴² Höll, in: Bischof/Pelinka (1994) S. 34, zit. nach: Gehler (2005), S. 293.

¹⁴³ Vgl. Gehler (2005), S. 292.

¹⁴⁴ Vortrag Waldheim „Perspektiven der österreichischen Außenpolitik“ 7.11.1968, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, herausgegeben von der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Verlag für Geschichte und Politik Wien, 8. Jg., Heft 6, 1968, S. 361.

¹⁴⁵ Gehler (2005), S. 292.

Aus neutralitätspolitischen Gründen hatte Österreich zunächst beschlossen sich nicht an der EWG zu beteiligen. Damit wurde jene europäische Integrationspolitik Österreichs sichtbar, die bis in die 1990er Jahre vorherrschte – Integration ja, aber nur begrenzt.¹⁴⁶ Nach der Gründung des „Gegenstücks“ EFTA begannen die neutralen Länder ihre Annäherungspolitik an die EWG zu koordinieren. Dies ging maßgeblich auf Kreisky zurück, der bereits 1961 Beratungen über eine mögliche Assoziierung geführt hatte. Nachdem sowohl Schweden als auch die Schweiz ihre Assoziierungsbestrebungen zurückzogen, führte Österreich unter Drängen der ÖVP¹⁴⁷ die Gespräche im „Alleingang“ weiter – wegen massiver sowjetischer Kritik musste hingegen der Begriff „Assoziierung“ fallen gelassen werden. Ab 1965 wurden Verhandlungen über dieses „Arrangement besonderer Art“, wie es von nun an hieß, geführt. Schlussendlich scheiterten die österreichischen Interessen, die verstärkt ab 1966 artikuliert wurde, aber 1967 an der akut gewordenen Südtirol-Problematik und am Veto Italiens, an der Gegnerschaft der Sowjetunion sowie dem darauf Rücksicht nehmenden Frankreich. Langfristig gesehen, war der österreichische Alleingang dennoch nicht ganz ohne Nutzen, da durch diese Vorarbeit der Prozess zum Abschluss der Freihandelsverträge 1973/4 zwischen den EFTA-Staaten und der EG beschleunigt werden konnten. Der Freihandelsvertrag zwischen Österreich und der EG war allerdings weniger weitreichend als die Assoziierungsbestrebungen der 1960er Jahre.¹⁴⁸

In den Koalitionsverhandlungen nach den Nationalratswahlen 1962 kam es zu einer außenpolitischen Kontroverse. Die ÖVP forderte das Außenressort ein – Kreisky blieb zwar Außenminister, musste allerdings sämtliche Integrationsfragen an Handelsminister Fritz Bock abtreten, der entgegen Kreiskys defensiver Integrationspolitik einen anderen Weg einschlug. Als Josef Klaus 1964 Bundeskanzler wurde, begann ein außenpolitischer Orientierungsprozess, der in der Ära Kreisky zu seiner vollen Entfaltung kommen sollte. Mit dem Amtsantritt der ÖVP Alleinregierung 1966 war die Zeit der Großen Koalition der Nachkriegsjahre somit erst einmal zu Ende. Dies führte innen- und außenpolitischen zu Veränderungen in der politischen Kultur Österreichs, die nicht zuletzt von 1966-1970 auch in der schmaler werdenden Basis für eine aktive Außen- und Neutralitätspolitik sichtbar wurde.

¹⁴⁶ Vgl. Pelinka, Anton/Rosenberger Sieglinde (2007): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, WUV, Wien, S. 254f.

¹⁴⁷ ÖVP-Handelsminister Fritz Bock war hierbei eine der treibenden Kräfte, indem er verstärkt das Argument der ökonomischen Notwendigkeit einer Westintegration hervorhob; hingegen die Kreisky-SPÖ neutralitätspolitische Bedenken äußerte.

¹⁴⁸ Vgl. Luif, Paul (2007): Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, Böhlau, Wien, S. 64ff.

Dies äußerte sich beispielsweise in der Beurteilung der Vorgangsweise während des Prager Frühlings bzw. der CSSR-Krise 1968. Sowohl die Oppositionsparteien als auch die Massenmedien kritisierten Klaus als zu wenig entschieden in der Verurteilung des Vorgehens des Warschauer Paktes.¹⁴⁹ Ab 1966 regierte die ÖVP alleine. Die Außenpolitik bis 1970 konzentrierte sich auf folgende drei Felder: Erstens auf die vergeblichen Versuche zur integrationspolitischen Annäherung an die EWG; zweitens auf die letztlich erfolgreiche bilaterale Konfliktlösung zwischen Österreich und Italien bezüglich Südtirols; drittens auf die Krisenbewältigung im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Prager Frühlings durch den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten 1968 in der CSSR sowie viertens auf die multilaterale Friedenspolitik globaler Reichweite.¹⁵⁰ Mit diesen Themenfeldern rückte die Außenpolitik stärker in den Mittelpunkt der innenpolitischen und somit letztlich auch öffentlichen Aufmerksamkeit. War die Zeit der Großen Koalition von weitgehendem Konsens geprägt, gestalteten sich vor allem die Ereignisse des Jahres 1968 als zwischenparteilich sehr konfliktreich. Reinhard Meier-Walser zufolge ist die ÖVP-Alleinregierungsphase außenpolitisch von nachstehenden acht Maximen bestimmt: 1) Neutralitätsverpflichtung 2) Selbstwahrnehmung Österreichs als Teil der „freien Welt“ 3) Aufrechterhaltung kontinuierlicher vertrauensvoller Beziehungen zu allen Mächten sowie die Stabilisierung des Friedens in Europa und der Welt 4) Prinzip der Vertragstreue 5) Fortführung der EWG-Verhandlungen 6) Wiederaufnahme der Südtirol-Verhandlungen 7) Verbesserung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten 8) multilaterale Friedenspolitik durch Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen – besonders unter Waldheim.¹⁵¹

Generell unterhielt die Regierung Klaus gegenüber allen Staatsvertragsmächten gute Beziehungen. Trotz der CSSR-Krise und der EWG-Annäherung wurden die Beziehungen zur UdSSR stetig intensiviert.¹⁵² Die „Ostpolitik“, die von Außenminister Kreisky weiterentwickelt wurde, setzten seine beiden Nachfolger Tončić-Sorinj und Waldheim erfolgreich fort. Der Weg zur Entspannungspolitik in den späteren KSZE-Verhandlungen sowie der neu gewonnene Handlungsspielraum der „*austrospezifischen Form von Ostpolitik*“¹⁵³, die sogar Vorbild für die Ostpolitik der BRD in den 1970er Jahren war, waren „Kinder“ der 1960er Jahre.¹⁵⁴ Parallel dazu wurde mit der eigenständigen österreichischen Ostpolitik der

¹⁴⁹ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 815f.

¹⁵⁰ Vgl. Meier-Walser (1988), S. 194 sowie Gehler (2005), S. 330.

¹⁵¹ Vgl. Gehler (2005), S. 330f.

¹⁵² Vgl. Meier-Walser (1988), S. 294.

¹⁵³ Gehler (2005), S. 298.

¹⁵⁴ Ebd. S. 1000f.

Loslösungsprozess von der bundesdeutschen Außenpolitik fortgeführt. Die Ostpolitik erhielt allerdings durch die Niederschlagung des Prager Frühlings einen Dämpfer. Dies hatte eine gewisse Neuorientierung der österreichischen Außenpolitik zur Folge. Vor allem Waldheim setzte stärker auf multilaterale Beziehungen mittels Propagierung einer global angelegten Sicherheitspolitik. Des Weiteren verringerte Österreich sein integrationspolitisches Engagement und gestaltete sein Neutralitätsverständnis auf eine zunehmend „politische“ Neutralität um.¹⁵⁵ Als außenpolitische Erfolge der 1960er Jahre können die Entschärfung der Habsburgkrise sowie der günstige Verlauf der Südtirol-Verhandlungen bezeichnet werden.¹⁵⁶ Letzteres konnte unter anderem durch die Internationalisierung der Frage vor den Vereinten Nationen durch Außenminister Kreisky entschärft werden, wobei sich Italien und Österreich schließlich 1969 auf einen „Operationskalender“ zur Durchführung der ausgehandelten Maßnahmen, einigen konnten. Das intensiver werdende Engagement Österreichs im Rahmen internationaler Organisationen, wie beispielsweise UNO und Europarat, war stark auf menschenrechtliche Aspekte ausgerichtet. Österreich wollte der internationalen Staatengemeinschaft bewusst zeigen, dass es bereit war, einen aktiven Beitrag zur Friedenserhaltung zu leisten. Im Rahmen von peace-keeping-operations ab den 1960ern beteiligte sich das neutrale Österreich beispielsweise an Missionen im Kongo oder Zypern. Dieses Engagement half Österreich indessen auch eigene Interessen (wie z.B. die Südtirolfrage) effektiver vor der UNO zu präsentieren.¹⁵⁷ In den 1960er Jahren baute Österreich bzw. Wien seine internationale Stellung weiter aus. Österreichs außenpolitisches Selbstverständnis bzw. die Hoffnung auf die angestrebte internationale Wahrnehmung determinierten das außenpolitische Selbstverständnis des kleinen Österreichs: als „Brückenfunktion“ sowie als „*Schaufenster der westlichen Demokratien vis-à-vis dem Osten*“¹⁵⁸

„Empirical evidence shows that the success of neutrality depends on its acceptability in the eyes of other countries, especially the great powers. Such a positive attitude is facilitated by a neutral's credibility, including its ability and resolve to defend itself, if necessary by military means; by its usefulness as a 'bridge-builder' in international conflicts, for example by mediation or participation in peacekeeping operations; and the readiness of other states, in particular great powers, to renounce possession of neutral territory. In this context, the geo-strategic function neutrals can serve are of crucial importance.“¹⁵⁹

¹⁵⁵ Vgl. ebd. S. 299 sowie S. 351f.

¹⁵⁶ Vgl. ebd. S. 1000f.

¹⁵⁷ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 813ff.

¹⁵⁸ Gehler (2005), S. 297.

¹⁵⁹ Neuhold, Hanspeter: Austrian Foreign and Security Policy: Squaring the Circle between Permanent and Neutrality and other Pillars of Austria's International Status, in: Suppan, Arnold/Müller, Wolfgang (2009) Hgg.: „Peaceful Coexistence“ or „Iron Curtain“, Lit.-Verlag, Wien, S. 86.

2.3.3. 1970er Jahre: Die Ära Kreisky – Stabilisierung, Internationalisierung und Détente

Das Jahr 1970 markiert innenpolitisch eine markante Änderung. Erstmals in der Zweiten Republik wurde Österreich unter Führung der SPÖ regiert – unterstützt zunächst in der Zeit der Minderheitenregierung bis 1971 von der FPÖ, später bis 1983 mit absoluter Mehrheit. Die so genannte „Ära Kreisky“ hatte begonnen.

Hatte sich das neutrale Österreich zunächst auf der Ebene der internationalen Beziehungen vor allem auf die Unterzeichnerstaaten des Staatsvertrags sowie die unmittelbaren Nachbarstaaten fokussiert, erweiterte sich der Radius der Außenpolitik spätestens in der Amtszeit Bundeskanzlers Bruno Kreiskys (1970-1983) auf eine globale Perspektive. Damit änderte sich auch das Neutralitätsverständnis des Kleinstaates, der sich zusehends als Brücke zwischen Ost und West zu verstehen gab und eine betont aktive Neutralitätspolitik betrieb. Österreich hatte sich damit eine „free-rider-Position“ geschaffen, die durch eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten und einer gleichzeitigen Parallelität von Schritten der System-schließung und Systemöffnung gekennzeichnet war.¹⁶⁰ Die Kreisky Ära kann nach Höll in drei außenpolitische Phasen eingeteilt werden. Die erste Phase von 1970-1975 ist durch die Ausläufer der Rekonstruktion der politischen Eigenständigkeit und Stabilisierung Österreichs sowie durch die Vorbereitung auf eine globaler orientierte Außenpolitik charakterisiert. Von 1975-1981 markiert die zweite Phase die Öffnung des außenpolitischen Handlungsraumes, auf die in der dritten Phase von 1981-1983 eine regressive außenpolitische Haltung im Kontext der sich bereits teilweise verschlechternden internationalen Lage folgte.¹⁶¹ Der strukturelle Kontext dieser „Aktivierung der österreichischen Außenpolitik“¹⁶² wurden durch internationale und gesellschaftliche Veränderungen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre geschaffen: Die Entspannungsphase zwischen den USA und der Sowjetunion ermöglichte eine größere Entfaltung für neutrale Staaten. Die Verstärkung der Aufmerksamkeit für Länder der „Dritten Welt“ sowie schließlich auch gesellschaftliche Veränderungen innerhalb Österreichs hin zu mehr Weltoffenheit sind ebenfalls Charakteristika der 1970er Jahre.¹⁶³

¹⁶⁰ Vgl. Filzmaier/Gewessler/Höll/Mangott (2006), S. 12f.

¹⁶¹ Vgl. Höll, in: Bischof/Pelinka (1994), S. 35.

¹⁶² Kramer, in: Dachs (2006), S. 816.

¹⁶³ Vgl. ebd. S. 816.

Die Wurzeln, die Waldheim unter anderem aufgrund der gescheiterten EWG-Assoziation ab 1968 mit einer zunehmenden auf Internationalisierung ausgerichteten Außenpolitik gelegt hatte, entfalteten sich in den 1970er Jahren zu einer sehr aktiven Ausformung der Neutralität.

„Active neutrality thereby essentially meant promoting Austria as a mediator and venue for international negotiations.“¹⁶⁴

Über Kreisky, der dieses Prinzip politisch lebte, schreibt der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger:

„[Kreisky verstand es, Anm.] als kluger und einfühlsamer Bundeskanzler die formelle Neutralität seines Landes zu einer Einflussposition weit über die Größen desselben auszuweiten.“¹⁶⁵

Mit dieser Aktivität wurde die außenpolitische Maxime „Neutralität“ weiter gefasst und der Kleinstaat Österreich verortete – und nicht unterordnete – sich selbst auf der politischen Landkarte des Kalten Krieges. Mit der Profilierung Kreiskys als Vermittler zwischen Ost und West und neuerdings auch zwischen Nord und Süd bzw. im Nahen Osten erlangte dieses Prinzip volle Blüte. In der Ära Kreisky erreichte die aktive Neutralitätspolitik sicherlich einen Höhepunkt, wenn nicht sogar zu einer Überhöhung der Neutralität – wobei anzumerken ist, dass Neutralität grundsätzlich ein außenpolitisches Mittel ist, *„sie hat aber die Tendenz, zum Selbstzweck oder gar zum Mythos zu werden.“¹⁶⁶* Das Interesse am Nord-Süd-Verhältnis und an einer Lösung des Nahost-Problems stand außerhalb der gemeinsamen SPÖ-ÖVP-Linie in außenpolitischen Fragen und war stringent in Kreiskys globales Sicherheitsdenken eingebunden. Damit erweiterte Kreisky das auf Ost-West-Fragen reduzierte neutralitätspolitische Konzept Österreichs.¹⁶⁷

„Österreich wollte und sollte aus erkämpfter außenpolitischer Anerkennung, erworbenem internationalen Prestige und gesteigertem Vermittlungsrenommee als neutraler Begegnungsort zwischen den verfestigten Blöcken West und Ost Sicherheit gewinnen.“¹⁶⁸

Das neutrale Österreich konnte seine „Brückenfunktion“ als „Stätte internationaler Begegnungen“ und als „Gedächtnisort des Ausgleichs“¹⁶⁹ auch in den 1970er Jahren mehrfach im Kontext der aktiven neutralitätspolitischen Verortung unter Beweis stellen, da viele internationale Begegnungen und Konferenzen in Österreich, hauptsächlich Wien,

¹⁶⁴ Fischer (2009), S. 68.

¹⁶⁵ Kramer, in: Dachs (2006), S. 820

¹⁶⁶ Führer, in: Rauchensteiner (2010), S. 244.

¹⁶⁷ Vgl. Rathkolb (2006), S. 65.

¹⁶⁸ Gehler (2005), S. 452.

¹⁶⁹ Ebd. S. 452.

stattfanden – wie beispielsweise das Treffen Kissinger-Gromyko in Wien sowie die Zusammenkunft von Ford und Sadat in Salzburg 1975 oder auch die Strategic Arms Limitation Talks (SALT), die von 1972 bis 1979 abgehalten wurden.¹⁷⁰ Mit der Unterzeichnung des SALT II-Abkommens durch Carter und Breschnew 1979 erreichte Österreich als Ort für Gipfeltreffen seinen vorläufigen Höhepunkt.

„Dass der Abschluss der zweiten Verhandlungsrunde zwischen den USA und der UdSSR im Bezug auf die Abrüstungsgespräche mit der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages in Wien stattfand, war ein Beispiel für die internationale Anerkennung Österreichs und somit auch der Anerkennung der von Bruno Kreisky verfolgten aktiven Neutralitätspolitik.“¹⁷¹

Der Gipfel bedeutete somit eine Bestätigung der Rolle Österreichs auf internationaler Ebene, wobei Österreich auch als „Diener zweier Herren“ angesehen wurde.¹⁷²

Durch seine „bestimmende und beherrschende Persönlichkeit“¹⁷³ prägte Kreisky seine Jahre als Bundeskanzler wie wohl kein anderer Politiker der Zweiten Republik. Durch die Erlangung dreier absoluter Mehrheiten (1971, 1975, 1979) regierte die SPÖ mit breiter Zustimmung und gestaltete somit einen relativ langen Zeitraum, der nicht zuletzt auch durch innen- und gesellschaftspolitische Änderungen und Reformen retrospektiv charakterisiert wurde. Kreisky steht international als Synonym für das politische Konzept des „österreichischen Weges“ und der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik.¹⁷⁴ Kreisky verband in seinem Lebenslauf immer wieder Neues mit Altem und Weltoffenheit mit einem wohltdosierten Hauch an Habsburg-Nostalgie.¹⁷⁵ Seine Vorliebe für Außenpolitik setzte sich auch in seiner Zeit als Bundeskanzler fort.

„In allen Jahren seiner administrativen und regierungspolitischen Tätigkeit nahm die Außenpolitik für Kreisky eine essentielle Rolle ein, wenn sie nicht sogar den absoluten Vorrang hatte.“¹⁷⁶

Als „Hobbyaußenminister“¹⁷⁷ und international anerkannter politischer Mediator, verstand Kreisky es, sowohl das Selbstbild als auch die Außenwirkung Österreichs durch außen-

¹⁷⁰ Vgl. Vocelka, Karl (2002): Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, Heyne, München, S. 236.

¹⁷¹ Kerschbaumer (2003), S. 164.

¹⁷² Vgl. Molden, Berthold: „Die Ost-West-Drehscheibe“. Österreichs Medien im Kalten Krieg, in: Rauchensteiner (2010), S. 743.

¹⁷³ Gehler (2005), S. 1003.

¹⁷⁴ Vgl. Breuss, Susanne/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas (1995): Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich, Sonderzahl, Wien, S. 169.

¹⁷⁵ Vgl. Röhrlich, Elisabeth (2009): Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm, V&R unipress, Göttingen, S. 152.

¹⁷⁶ Gehler (2005), S. 291.

¹⁷⁷ „Ayathollah Kreisky. US-Geiseln im Iran“, in: Profil (3/1981) zit. nach: Röhrlich (2009), S. 14.

politisches Engagement zu schärfen. Analog dazu sollte durch die internationale Profilierung innenpolitisch die Identifikation der ÖsterreicherInnen mit der Zweiten Republik bestärkt werden.¹⁷⁸ Die sich wechselseitig beeinflussende Beziehung zwischen Innen- und Außenpolitik wird in der Ära Kreisky besonders deutlich.

Die Außenminister seiner Amtszeit Rudolf Kirchschräger (1970-1974), Erich Bielka-Karltreu (1974-1976) und Willibald Pahr (1976-1983), mussten sich das Amt mit dem dominierenden Kreisky teilen.

„There are ironic anecdotes in which Kreisky has stated that he would not interfere in foreign policy matters, with the exceptions of the East-West affairs, the North-South relations and the Middle East conflict as well as development policy, meaning that almost nothing was left for the foreign ministry.“¹⁷⁹

Kreisky mischte sich zwar kaum in das außenpolitische Tagesgeschäft des Ministeriums ein, war aber dennoch der Repräsentant der österreichischen Außenpolitik seiner Zeit¹⁸⁰ und erreichte eine *„über die reale politische Bedeutung des Landes in Europa und der Welt weit hinausgehende außenpolitische Aktivität“¹⁸¹*. Einer *„Verselbständigung des österreichischen Neutralitätsgedankens“¹⁸²* wurde aufgrund der Popularität Kreiskys mit Gelassenheit entgegnet. Mit Waldheim, der von 1971-1982 zwei Amtsperioden lang das Amt des UNO-Generalsekretärs bekleidete und sich *„in diese Politikkonzeption des Ballhausplatzes ideal“¹⁸³* einfügte, ergab sich somit ein Duo, das das (außenpolitische) Ansehen Österreichs in der Welt unumstritten erhöhte.

Als Außenminister legte Kirchschräger Wert auf die Außen- und Friedenspolitik, Unabhängigkeit in Entscheidungen, die österreichische Vermittlerrolle sowie die Bereitschaft zu humanitären Aktivitäten. Zentrale Handlungsräume seiner Amtszeit waren Nachbarschafts- und Europapolitik sowie der Aufbau von bilateralen Beziehungen von zunächst noch nicht anerkannten Staaten – wie etwa China (Anerkennung 1971) oder die DDR (Anerkennung 1972). Kirchschrägers Verhältnis zur Innenpolitik war seinerseits von präventiver Informationspolitik gekennzeichnet. Im Gegensatz zum oftmals Kritik hervorrufenden Kreisky galt Kirchschräger außenpolitisch als konsens- und kontinuierlich orientiert und war ein

¹⁷⁸ Vgl. Röhrlich (2009), S. 15.

¹⁷⁹ Höll, in: Bischof/Pelinka (1994), S. 35f.

¹⁸⁰ Ebd. S. 36.

¹⁸¹ Gehler (2005), S. 1002.

¹⁸² Ebd. S. 447.

¹⁸³ Ebd. S. 452.

entschiedener Gegner jeglicher Geheimdiplomatie.¹⁸⁴ Nachdem Kirchschräger 1974 das Amt des Bundespräsidenten übernahm, wurde Bielka sein Nachfolger im Außenministerium. Bielka setzte die bisherige Neutralitätspolitik fort und sah sich in der Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts in Europa verankert. Er engagierte sich für

„die Entemotionalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und für den Abbau der auf mangelndes Wissen oder oberflächliche Vorurteile zurückgehende Selbstüberheblichkeit gegenüber anderen Völkern und Rassen“¹⁸⁵.

Die zweijährige Amtszeit Bielka wurde als eine Art „Übergangslösung“ begriffen – seine Nachfolge mit Willibald Pahr als Außenminister ab 1976, war in enger Kooperation mit ihm geregelt.¹⁸⁶ Pahr agierte „im Schatten des Sonnenkönigs“¹⁸⁷ Kreisky, der der eigentliche Chef der österreichischen Außenpolitik war.

„In der Regel kamen die Anstöße und Ideen für die österreichische Außenpolitik vom Bundeskanzler. Pahr griff diese auf und setzte sie um.“¹⁸⁸

Den außenpolitischen Weg seiner Vorgänger führte Pahr größtenteils (bis 1983) weiter. Mit Kreisky eng verbunden, verstand Pahr die österreichische Außen- und Neutralitätspolitik ebenso hauptsächlich als Sicherheitspolitik, die die österreichische Unabhängigkeit bewahren sollte und auch im Engagement im Rahmen von friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO ausgedrückt wurde. Die Leitlinien, die Pahr dafür konstatierte, waren Neutralität, Mitgliedschaft in der UNO und Zugehörigkeit zur demokratischen Staatenwelt.¹⁸⁹ Pahr verfolgte eine Außenpolitik der „drei Kreise“, bestehend aus dem engsten Kreis der österreichischen Außenpolitik mit den Nachbarstaaten, dem Kreis der Europapolitik im Sinne der Beteiligung an Europarat und der KSZE sowie dem größten Kreis der Weltpolitik. In der Phase der aktiven Neutralität agierend, strebte Pahr dennoch *eine „stärkere Fixierung, ja eine forcierte Maximalisierung des außenpolitischen Status“¹⁹⁰* an. In Kooperationen mit den N+N, den neutral and non-aligned countries, konnte Pahr neue außenpolitische Aktionsräume schaffen. Persönliche Anliegen Pahrs waren die Verbesserung der Rechtssituation der Menschenrechte sowie die Modernisierung der österreichischen Verfassung. Obwohl während der Amtszeit Pahrs noch nicht von einer substanziellen Demokratisierung der Außenpolitik die Rede sein konnte, erlaubte die Veröffentlichung des Außenpolitischen Berichts ab 1976

¹⁸⁴ Vgl. ebd. S. 374ff.

¹⁸⁵ Ebd. S. 377.

¹⁸⁶ Vgl. ebd. S. 376ff.

¹⁸⁷ Ebd. unter anderem S. 378

¹⁸⁸ Ebd. S. 387.

¹⁸⁹ Vgl. Außenpolitischer Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten 1979, Wien 1980, S. 7.

¹⁹⁰ Gehler (2005), S. 386.

Einblicke in die Prioritäten- und Schwerpunktsetzung der österreichischen Außenpolitik. Die Außenminister

„sollten als neutrale, parteilose, gutbürgerliche und unpolitische Vertreter einer umfassend konzipierten und innerstaatlich konsensual angelegten Außenpolitik wirken und wahrgenommen werden. Während Kirchschräger durchaus selbstständig agierte, erfüllte Pahr die ihm von Kreisky zugeordnete Funktion nahezu perfekt.“¹⁹¹

Summa summarum: Kreiskys Außenminister sollten als lagerübergreifende Repräsentanten Österreichs tätig sein.¹⁹²

Die österreichische Außenpolitik und ihre Akteure bemühten sich in den 1970er Jahren diplomatische Beziehungen in sämtliche Richtungen und in verschiedenartiger Intensität sowie in unterschiedlicher Art und Weise aufzubauen bzw. zu pflegen. Angefangen von bereits gut funktionierenden bilateralen Beziehungen über die Nachbarschaftspolitik und bis hin zu multilateralem Agieren im Rahmen von internationalen Organisationen spannte sich ein breiter Bogen von außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Für diese Untersuchung ist die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der DDR im Jahre 1972 von besonderer Wichtigkeit. Österreichs „Eisbrecherfunktion“ kam auch in Bezug auf die DDR zum Tragen und wurde durch die „Neue Ostpolitik“ der BRD begünstigt. Doch auch schon vor der diplomatischen Anerkennung der DDR bestanden, vornehmlich wirtschaftliche, Kontakte mit der DDR. Zunächst basierte der bilaterale Handel auf Kompensationsbasis und wurde auf privater Basis abgewickelt (einerseits durch Firmen mit enger KPÖ-Nähe und andererseits durch sowjetische Unternehmen in Österreich).¹⁹³ Zudem hatte in Wien ein DDR-Handelsbüro bestanden, das nach der Anerkennung zu einer Botschaft aufgewertet wurde.¹⁹⁴

In den ersten Jahren legte die SPÖ-Alleinregierung einen außenpolitischen Schwerpunkt auf den europäischen Raum. 1972 gelang es Österreich zusammen mit anderen europäischen Neutralen mit der Europäischen Gemeinschaft ein Freihandelsabkommen abzuschließen, das nun vollkommen mit dem Neutralitätsstatus vereinbar war. Durch den Abschluss der Ostverträge der BRD lockerte sich die zuvor noch skeptische Haltung der Sowjetunion in der Frage der EG-Annäherung. Für Österreich bedeutete das Abkommen, dass bis Ende der 1970er Jahre in vielen Bereichen des Außenhandels zu den EG-Ländern keine Zölle mehr

¹⁹¹ Ebd. S. 387.

¹⁹² Vgl. ebd.(2005), S. 379ff sowie 452f.

¹⁹³ Vgl. Graf, in: zeitgeschichte (2/2012), S. 75ff.

¹⁹⁴ Vgl. Agstner, in: Gehler/Böhler (2007), S. 101.

bestanden¹⁹⁵ und „vollendete die Formel einer ‚Westintegration‘ ohne Beitritt“¹⁹⁶. Neben der Annäherung an die EG, die Beteiligung an multilateraler Diplomatie sowie das Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen, setzte die SPÖ-Regierung unter Kreisky im Laufe der 1970er Jahre eigenständige Initiativen.

„Es wurde versucht, den Status und die politische Unabhängigkeit des Neutralen für Beiträge zum Abbau der Gegensätze und Spannungen in der Welt, insbesondere im Nord-Süd-Konflikt, zu nützen.“¹⁹⁷

Dabei hatten die außenpolitischen Verantwortlichen keine Berührungsängste – so erhielt Österreich beispielsweise 1970 als erstes europäisches neutrales Land einen „Gaststaus“ beim Gipfeltreffen der Blockfreien-Bewegung. Kreisky startete auch in drei von ihm angeführten „fact-finding-missions“ der Sozialistischen Internationalen von 1974-1976 Vermittlungsversuche zwischen Israel und der arabischen Welt. Dabei trat Kreisky ab Mitte der 1970er Jahre zusehends für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein. Dies sollte eine schwere Belastung für die Beziehungen zwischen Österreich und den USA darstellen. Als Österreich 1980 die PLO als erstes westliches Land offiziell anerkannte und 1982 der libysche Diktator Ghadaffi in Wien empfangen wurde, verstärkte sich diese Tendenz weiter. Österreich beteiligte sich auch nicht am durch die sowjetische Intervention in Afghanistan hervorgerufenen US-Boykott anlässlich der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau. Trotz der Anspannung zwischen USA und Österreich stand das Verhältnis zwischen den beiden Ländern

„nicht nur im Zeichen hoher Wertschätzung und freundschaftlicher Kontakte, sondern war von US-Seite auch von der Würdigung der Rolle Österreichs in der Mitwirkung am Dialog zwischen Ost und West und der österreichischen Flüchtlingspolitik geprägt“¹⁹⁸.

Wie auch in der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran, so versuchte Österreich im der Afghanistan-Krise zu vermitteln – diese Bemühungen blieben jedoch unter dem Strich erfolglos.¹⁹⁹

Kreisky gelang es dennoch, eine von den USA losgelöste Außenpolitik zu definieren, die sowohl im Rahmen des KSZE-Prozesses als auch im Kontext der ersten nicht-ständigen Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat 1973/74 ein hohes Maß an internationaler

¹⁹⁵ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 816f.

¹⁹⁶ Pelinka/Rosenberger (2007), S. 256.

¹⁹⁷ Kramer, in: Dachs (2006), S. 818

¹⁹⁸ Schröck, Alexander: Die US-Perzeption Österreichs in der Détente und Post-Détente-Ära, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 51.

¹⁹⁹ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 818f.

Aufmerksamkeit erreichte und eine Aufwertung Österreichs unter der Mehrzahl der kleinen Länder mit sich brachte. Ebenso bewirkte die Kreisky'sche Außenpolitik die nachhaltige Erhöhung des Ansehens Österreichs in der arabischen Staatenwelt. Gegenüber der Sowjetunion und ihren „Verbündeten“ betrieb die österreichische Außenpolitik der 1970er Jahre Pragmatismus – handelspolitische Gründe waren hierfür maßgeblich. Dennoch fanden Reformbewegungen und Oppositionsbewegungen innerhalb der Sowjet-Zone vor allem in Hinblick auf die KSZE-Reihe ihre Beachtung. Insgesamt kann gesagt werden, dass Österreich unter Bruno Kreisky außenpolitisch seinen Höhepunkt an Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten erreichte.²⁰⁰

Bis Anfang der 1980er Jahre galt in Österreich das Prinzip der außenpolitischen „Bipartisan-Policy“. Diese Politik von parteiübergreifenden, überparteilichen Kompromissfindungen begann spätestens 1982/83 zu erodieren. Versuchte die Kreisky-SPÖ Mitte der 1970er Jahre in Richtung ÖVP das Prinzip der außenpolitischen Konsensfindung anzuwenden, änderte sich dies mit der zunehmenden oppositionellen Kritik. Die ÖVP beanstandete die Zuwendung zu den „neutralistischen blockfreien Staaten“, die Vernachlässigung der Beziehungen zu EG²⁰¹ sowie das Abstimmungsverhalten Österreichs im Rahmen der UNO durch das die westliche Verankerung in Frage gestellt werden würde.²⁰² Ein weiteres Konfliktfeld zwischen den beiden Großparteien war die Haltung zum Konflikt im Nahen Osten – Kreiskys Nahost-Politik wurde etwa mit Schlagwörtern wie „antiisraelisch“ oder „antiamerikanisch“ konnotiert.²⁰³ Der damalige ÖVP-Parteiboss Alois Mock kritisierte 1980 beispielsweise, dass Österreichs Außenpolitik der 1970er Jahre ihre klaren Konturen verloren hätte und sich nunmehr durch Sprunghaftigkeit, persönliche Interessen und Neigungen sowie diplomatisches Spektakel charakterisierte.²⁰⁴ Außerdem wurde Außenminister Pahr seitens der bürgerlichen Opposition vorgeworfen, auf „Äquidistanz“ im Ost-West-Konflikt“ zu gehen.²⁰⁵ Pahr verteidigte sich dazu retrospektiv:

„Wir haben auch immer großen Wert darauf gelegt, darauf hinzuweisen, dass sich unsere Neutralität nicht auf ideologische Fragen beziehen kann und daher auch nicht

²⁰⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 1003f.

²⁰¹ Die starke Forcierung der aktiven Neutralitätspolitik seitens der Kreisky-SPÖ in den 1970er Jahren, änderte sich erst ab Mitte der 1980er Jahre langsam und allmählich in Richtung EG. Vgl. dazu Kriechbaumer, Robert (2004): Die Ära Kreisky. Österreich 1970-1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Böhlau, Wien u.a., S. 265ff.

²⁰² Vgl. Kriechbaumer (2004), S. 265ff.

²⁰³ Vgl. Gehler (2005), S. 1003f.

²⁰⁴ Vgl. Kriechbaumer (2004), S. 267.

²⁰⁵ Vgl. Gehler (2005), S. 1003f.

*als Äquidistanz zwischen den damals dominierenden Machblöcken [...] verstanden werden darf.*²⁰⁶

Tatsächlich änderte sich mit dem SPÖ-Regierungswechsel auch mittelfristig jene Muster von außenpolitischem Eurozentrismus und einseitigem Transatlantismus, die die alte Ballhausplatz-Diplomatie unter Gruber oder Figl gekennzeichnet hatte. Die neue Erkenntnis war,

*„dass Neutralität nicht nur für einen Erdteil Geltung beanspruchen dürfe und Neutralitätspolitik auch aktiv, offensiv und global gestaltet werden könne“*²⁰⁷.

Versuche der Reagan-Administration zu Beginn der 1980er Jahre Österreichs Neutralitätspolitik aus Sicht der USA wieder zurück zur ideologischen Mitte zu führen, schlug sich beispielsweise im Druck nieder, die Technologietransfer-Restriktionen im Rahmen des COCOM Richtung Osten auch tatsächlich strikt einzuhalten. Die Kluft zwischen der republikanischen Administration und der sozialdemokratischen Bundesregierung weitete sich zusehends. Durch besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Reagan und Kreisky konnten die bilateralen Probleme allerdings gemildert werden.²⁰⁸

Gehler kristallisiert aus den Ausführungen Rathkolbs acht Elemente der Außenpolitik unter Kreisky heraus: 1) Internationalismus basierend auf einer breitgefächerten Verankerung Österreichs in der Staatengemeinschaft inklusive dem Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen sowie den Abrüstungs- und Entspannungsverhandlungen 2) Identifikation mit der westlichen Welt, die das kompromisslose Bekenntnis von demokratischen Werten voraussetzte 3) Implementierung der *„friedlichen Koexistenz“*²⁰⁹, die als Instrument in den Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa diente, aber nie den gleichen Stellenwert wie die globalen außenpolitischen Anliegen Kreiskys erreichte 4) Profilierung Österreichs als außenpolitischer Akteur im Sinne einer Kommunikatorenrolle im Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt bei gleichzeitiger Vermeidung der Geheimdiplomatie der ehemaligen Großen Kabinette 5) Ermöglichung und Beibehaltung des Entspannungsprozess in Europa zur Unterstützung der Verbesserung der Lebensbedingungen sowie zur Stärkung der Opposition in den kommunistischen Staaten 6) Wien als Begegnungsstätte zwischen Ost und West sowie Nord und Süd unter der Forcierung der Errichtung des Internationalen Konferenzzentrums

²⁰⁶ Pahr, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 5.

²⁰⁷ Gehler (2005), S. 1003.

²⁰⁸ Vgl. Schröck, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 40ff.

²⁰⁹ Kreiskys Auffassung der friedlichen Koexistenz, die zuvor im West aufgrund ihrer Janus-Köpfigkeit eher negativ gesehen wurde, bekam in den 1970er Jahren eine zunehmend positive Konnotation und/oder wurde sogar zum „Mainstream“. Vgl. Müller, Wolfgang: Peaceful Coexistence, Neutrality, and Bilateral Relations across the Iron Curtain: Introduction, in: Suppan/Müller (2009), S. 25.

1979, das auch wirtschaftlich von Interesse für die Bundeshauptstadt war²¹⁰ 7) aktive Neutralitätspolitik, die vor allem durch die Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt ihren Ausdruck fand und schließlich 8) Aktivierung eines internationalen Bewusstseins für den Nord-Süd-Konflikt und Parteinahme für die Entwicklungsländer.²¹¹ Für Kreisky war Außenpolitik ein wichtiger identitätsbildender Faktor, der auch vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen zu betrachten sei – „*Österreichische Außenpolitik...eine nationale Politik im besten Sinne des Wortes*“²¹². Eine von Deutschland losgelöste Politik, die selbstbewusst und

*„in einer vernünftigen Relation zu seinen Möglichkeiten steht, die jedoch dem Land eine Reputation gibt, die über das Maß seiner tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Potenz hinausgeht. In diesem Sinne sollte die österreichische Neutralitätspolitik keineswegs zu sehr vom ‚Strom der Weltpolitik‘ abweichen sowie eine Politik sein, die alternative Szenarien entwickelte.“*²¹³.

Ab Ende der 1970er Jahre wurde ein verstärktes Interesse an Außenpolitik seitens verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen sowie im Rahmen der öffentlichen Meinungsbildung bemerkbar. Es ist erstaunlich, dass trotz des seit den frühen 1970er Jahren außergewöhnlichen Nationalstolzes der Österreicher, ihre Beachtung für die internationale Position ihres Landes vergleichsweise gering ausfällt. War die gespannteste Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit in außenpolitischen Fragen in der Besatzungszeit gegeben, erwachte das Interesse in unregelmäßigen Abständen – meist aber im Zusammenhang mit internationalen Krisen oder einer als waghalsig wahrgenommenen Außenpolitik (wie beispielsweise während der Ungarn- oder CSSR-Krise).²¹⁴ Kreisky war in diesem Zusammenhang folgender Ansicht:

*„Am allerwichtigsten für die Außenpolitik ist eine im allgemeinen aufgeklärte öffentliche Meinung – ganz gleichgültig, ob sie pro oder kontra eingestellt ist, weil nur sie in der Lage ist, komplizierte Zusammenhänge zu begreifen.“*²¹⁵

Meinungsumfragen zu Beginn der 1980er Jahre zeigen eine besonders ausgeprägte österreichische Identität. Dies ist einerseits auf die Konnotation der Neutralität als Garant für Wohlstand, Sicherheit und internationale Reputation zurückzuführen und andererseits ein Zeichen für den innenpolitischen Erfolg der Kreisky'schen Außen- und Neutralitätspolitik.²¹⁶

²¹⁰ 1982 waren bereits 4.000 Personen in internationalen Organisationen in Wien tätig – aus: Pahr, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 11.

²¹¹ Vgl. Gehler (2005), S. 1004f.

²¹² Protokoll der Abteilungsleitersitzung auf Schloss Wartenstein 6.7. 1961, SBKA, Material BMAA, S. 17, zit. nach: Rathkolb (2006), S. 68.

²¹³ Rathkolb (2006), S. 68

²¹⁴ Vgl. Molden, in: Rauchensteiner (2010), S. 690.

²¹⁵ Kreisky zit. nach: ebd. S. 731f.

²¹⁶ Vgl. Rathkolb (2005), S. 29 sowie S. 55.

Die Phase der Détente, die schließlich in der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im August 1975 gipfelte, sah Österreich als eine Möglichkeit an, weiterhin geopolitische „man vrierf hig“ zu bleiben.²¹⁷ Mit der KSZE-Schlussakte wurde ein Prozess eingeleitet, der trotz der Konfliktkonstellationen der darauffolgenden Jahre Perspektiven und vor allem Voraussetzungen für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abr stung schuf. Obwohl die Konferenz von der Initiative der Sowjetunion ausging, beteiligen sich nach anfänglicher Skepsis des Westens²¹⁸ alle europäischen Staaten (außer Albanien) sowie die USA und Kanada. Während der Teilung Europas stellte die KSZE somit ein wichtiges Dialogforum im Kalten Krieg dar.²¹⁹ Österreich wollte als Mediator agieren und sah die Chance gegeben, erstmals als neutrales Land an einer europäischen Sicherheitskonzeption mitzuwirken. Dabei konnte im KSZE-Prozess die aktive  sterreichische Neutralitätspolitik profiliert werden. In den 1970er Jahren kam es zu regelmäßigen Nachfolge-Botschaftstreffen in Wien, die ebenfalls zur Rolle Österreichs als Vermittler in Europa positiv beitrugen.²²⁰ Die aus der Konferenzreihe entstandene OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) bzw. ihre wichtigsten Institutionen sind heute in Wien angesiedelt. Zur Rolle Österreichs als internationaler Treffpunkt und Vermittler formulierte Außenminister Pahr folgendes:

„Es wird immer wieder behauptet, dass es zwischen Staaten keine Freundschaften, sondern nur Interessen gibt. In Bezug auf die Großmächte und Staaten, die sich als solche betrachten, stimmt das sicherlich. Aber auch sonst hat diese Behauptung viel für sich. [...] Wichtig ist es, sich so zu verhalten, dass man für andere nützlich ist. Dies haben wir in jeder denkbaren Hinsicht zu tun versucht: als großzügiger Gastgeber für internationale Treffen, Konferenzen und internationale Organisationen, als Vermittler in humanitären [...] und politischen Angelegenheiten [...].“²²¹

Mit der Verschärfung des Ost-West-Konflikts ab Ende der 1970er Jahre verschlechterten sich die für die neutralen Länder günstigen internationalen Rahmenbedingungen. Österreich wurde zur „*diplomatic postbox*“²²² degradiert und auch innenpolitisch geriet die aktive Neutralitätspolitik in dieser Zeit weiter unter Kritik – der SPÖ-Regierung wurde abermals „Neutralismus“ vorgeworfen und das SP -Neutralit tskonzept als „*totale Gleichsetzung von Außenpolitik mit*

²¹⁷ Vgl. Fischer (2009), S. 49.

²¹⁸ Vgl. Liedermann, Helmut: Österreichs Rolle beim Zustandekommen der KSZE, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 491 ff.

²¹⁹ Vgl. Ceska, Franz: Détente and KSZE-Prozess – Österreich zwischen Helsinki (1975) und Madrid (1983), in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 509.

²²⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 457.

²²¹ Pahr, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 14f.

²²² K. Bachmann, zit. nach: Müller, in: Suppan/Müller (2009), S. 25.

*Neutralitätspolitik*²²³ seitens der Opposition abgelehnt.²²⁴ In diesem Kontext ist auch das von der ÖVP 1982 initiierten Volksbegehren gegen die Errichtung des Internationalen Konferenzentrums im Komplex des Vienna International Centers zu erwähnen. Im gleichen Jahr musste sich Österreich mit den Folgen der US-Vorwürfe des illegalen Technologietransfers nach Osteuropa auseinandersetzen – seitens der ÖVP war dies „*ausschließlich die Schuld der neutralistischen Außenpolitik*“²²⁵ der SPÖ-Regierung. Die Schnittstellenfunktion im Kalten Krieg ermöglichte es Österreich im Handel zwischen Ost und West gewisse Spielräume wahrzunehmen. Obwohl der Technologietransfer in den Osten durch die COCOM-Ausfuhrbeschränkungen stark eingeschränkt war, entwickelten österreichische Firmen Mittel und Wege das für technisch hoch entwickelte Produkte geltende westliche Embargo zu umgehen und stellten somit eine Anlaufstelle für Ostblock-Staaten dar, mit westlichen Firmen – trotz des Eisernen Vorhangs – in Kontakt zu treten.²²⁶ Der verdeckte Technologietransfer wurde stark von US-amerikanischer Seite kritisiert und gerne von der ÖVP aufgegriffen um sich außenpolitisch von der SPÖ abzugrenzen. Die unterschiedlichen Haltungen der beiden Parteien im Zusammenhang mit der weiteren EWG-Annäherung verstärkte die innenpolitisch-außenpolitische Kontraststellung.²²⁷ Im Wahlkampf 1983 vermied es die Opposition dennoch das durchaus positive Image Kreiskys als Außenpolitiker in Frage zu stellen – gelang es Kreisky doch, in in- und ausländischen Medien sowie in der öffentlichen Meinung als Außenpolitiker von internationalem Rang Unterstützung und Ansehen zu gewinnen.²²⁸ Das Ende der Ära Kreisky 1983 markiert sowohl innen- als auch außenpolitisch einen Bruch. Die global orientierte Außenpolitik wurde langsam aber stetig von einer „*Reorientierung auf Europa*“²²⁹ abgelöst.

²²³ Khol 1981, zit. nach: Kramer, in: Dachs (2006), S. 819.

²²⁴ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 819.

²²⁵ Michael Graff (ÖVP-Generalsekretär) 1982 in: Die Presse vom 15.12.1982, zit. nach: Kramer, in: Dachs (2006), S. 819.

²²⁶ Vgl. Komlosy, Andrea: Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“ S. 75ff sowie Stolzlechner, Roman: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR und die Bedeutung der KPÖ Firmen S. 153, beide in: Enderle-Burcel, Gertrude/Stiefel, Dieter (2006) Hgg.: Zarte Bande. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Studienverlag, Innsbruck/Wien.

²²⁷ Vgl. Rathkolb (2005), S. 284ff.

²²⁸ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 819f.

²²⁹ Ebd. S. 820.

2.3.4. 1980er Jahre und Ausblick: Österreich zwischen internationalen Brüchen und europapolitischer Integration

In den 1980er Jahren verschob sich nicht nur das internationale Kräfteverhältnis, sondern auch die österreichische Neutralitätsauffassung in Richtung eines „realistischeren“ Verständnisses. Vom „idealistischen“ Prinzip der Neutralität war nur mehr wenig zu vernehmen – stattdessen wurde die (west-)europäische Integration zunehmend interessant.²³⁰ Die ÖVP, die in den 1980er Jahren der Kreisky-SPÖ „Euroneutralismus“ und eine „Neutralitätsmythologisierung“ vorwarf, war in Österreich dabei die treibende Kraft.²³¹

Von 1983-1986 regierte eine Koalitionsregierung aus SPÖ und FPÖ. In dieser Periode veränderten sich die Prioritäten der österreichischen Außenpolitik in Richtung Europa bzw. europäischer Integration. Die außenpolitische Leitlinie des Nachfolgers Kreiskys als Bundeskanzler, Fred Sinowatz, war weniger global ausgerichtet und deckte sich weitgehend mit jener der ÖVP, die für eine „realistischere“ Außen- und Neutralitätspolitik eintrat. Österreich agierte zunehmend in einem eingeschränkteren Handlungsfeld und begann seine thematischen Schwerpunkte anders festzulegen. Dieser Prozess wurde ab 1987 mit der SPÖ-ÖVP Regierung fortgesetzt.²³² Die nahezu Gleichsetzung der aktiven Neutralitätspolitik mit der Außenpolitik Österreichs unter Kreisky hatte dazu geführt, dass in den 1970er Jahren kaum über Integrationsfragen öffentlich diskutiert wurde. Dies änderte sich spätestens mit dem Ende der Ära Kreisky und der SPÖ-Alleinregierung. Die außenpolitische Ausrichtung Österreichs verlagerte sich stärker in Richtung europäische Integration. Der außenpolitische Konsens zwischen den Parteien wurde zusehends brüchig und vor allem die ÖVP, die sich später als „Europapartei“ definieren sollte, strebte eine stärkere Hinwendung nach Westeuropa an – ohne jedoch einen EG-Beitritt zu fordern. Die FPÖ tat dies interessanterweise bereits 1964, änderte ihre europafreundliche Haltung aber radikal in den 1990er Jahren.²³³ Politische und wirtschaftliche Krisen, wie die Waldheim-Affäre (während dessen die österreichisch-amerikanischen Beziehungen ihren Tiefpunkt erreichten²³⁴) oder die Milliardenverluste der Verstaatlichten Industrie, verstärkten zusätzlich den integrationspolitischen Druck.²³⁵ Nach Kampagnen für einen EG-Beitritt, in denen die Industriellen-

²³⁰ Vgl. Luif (1995), S. 140

²³¹ Vgl. Skuhra, in: Dachs (2006), S. 844.

²³² Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 820f.

²³³ Vgl. Luif (2007), S. 71ff.

²³⁴ Vgl. Schröck, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 47f.

²³⁵ Vgl. Gehler (2005), S. 523.

vereinigung mit Studien federführend tätig war, und erfolgreichen innerparteilichen Willensbildungsprozessen in SPÖ und ÖVP, die ab 1987 eine Große Koalition bildete, konnte schließlich Außenminister Mock im Juli 1989, d.h. noch vor dem Fall der Berliner Mauer, das offizielle Beitritts-gesuch an Brüssel richten.²³⁶ Betrachtet man die Chronologie der Ereignisse verwundert es wenig, dass die Sowjetunion Bedenken gegenüber einer österreichischen Mitgliedschaft äußerte.

Um eine mögliche Stärkung der europäischen Neutralen zu erwirken, gab es ab 1986 regelmäßige Treffen.²³⁷ Doch das sich wandelnde Neutralitätsverständnis ließ die Handlungsmöglichkeiten gering erscheinen. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus und der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 änderten sich die (außen-)politischen Determinanten für Österreich. Die Umgestaltungen im globalen Kontext brachten für Österreichs Außenpolitik prioritäre Verschiebungen. Die Neutralität, der bisherige Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik, wurde dabei von der politischen Integration in den EU-Raum verdrängt.²³⁸ Im Zuge der irakischen Invasion in Kuwait kommt es zur letzten großen Re-Interpretation der Neutralität im Kalten Krieg. Durch die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen musste Österreich seine Rechtslage im Import- und Exportbereich von Waffenmaterial anpassen. (Österreich war zu diesem Zeitpunkt noch dazu nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates.)²³⁹ Der Vorrang von UN-Recht gegenüber dem Neutralitätsrecht bedeutete eine weitere wesentliche Interpretationsveränderung und steht damit am Übergang von einem integralen zu einem differentiellen Neutralitätsverständnis.²⁴⁰

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlor die österreichische Neutralitätspolitik ihren Referenzrahmen. Vom Mittel zum Zweck zur Erreichung der Unabhängigkeit, über die Gewährleistung von Entscheidungsautonomien bis hin zur Aushandlung von Privilegien, reicht die gesamte Bandbreite österreichischer Neutralitätsfunktionen. Nicht zuletzt aber spielte die Neutralität auch in der EG/EU-Debatte als Zustimmungs- oder Ablehnungsgrund eine wichtige Rolle. Mit dem Ende des „langen Weges nach Europa“²⁴¹, dem EU-Beitritt Österreichs 1995, wurde eine neue Phase der Neutralitätspolitik eingeleitet, der einen

²³⁶ Vgl. Luif (2007), S. 71ff.

²³⁷ Vgl. Skuhra, in: Dachs (2006), S. 844.

²³⁸ Vgl. Filzmaier/Gewessler/Höll/Mangott (2006), S. 12.

²³⁹ Vgl. Luif (2005), S. 144.

²⁴⁰ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 824f.

²⁴¹ In Anlehnung an Michael Gehler

„mentalen Wandel“ und einen tiefgreifenden historischen „Bruch“ darstellt.²⁴² Gleichzeitig scheint die Rolle Österreichs sowohl als Eisbrecher als auch als „diplomatischer Briefkasten“ obsolet geworden zu sein.²⁴³ Die politische und mediale Debatte um den Nutzen und die Zeitgemäßheit der immerwährenden Neutralität in Österreich hat aber selbst nach mehr als fünfzehn Jahren EU-Mitgliedschaft immer noch Konjunktur.

²⁴² Vgl. Thomas Angerer nach Luif, Paul: Österreich und die Europäische Union, in: Dachs (2006), S. 880f.

²⁴³ Vgl. Müller, in: Suppan/Müller (2009), S. 29.

3. Österreichs besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West

Wie in Kapitel 1 ausgeführt, gibt es zur Besuchsdiplomatie in Österreich bzw. zur österreichischen Besuchsdiplomatie im Ausland keine kohärente Studie. Ausgehend von dieser Problemstellung wurde eine Datenbank zur quantitativen Analyse zusammengestellt sowie Forschungen in österreichischen Archiven zur qualitativen Untermauerung der Beantwortung der Fragestellung durchgeführt. Auf formaler Ebene werden die Daten auf die Rahmenbedingungen, Strukturen und Ergebnisse untersucht. Die Grundlage dafür bildet die Datensammlung sowie offizielle Quellen aus den Archiven. Die „informelle“ Ebene besteht aus in Archiven, biographischen Notizen und Texten recherchierten Informationen zu den Verhandlungsprozessen, Bewertungen der Performances auf der politischen Bühne und Inszenierungen, Hintergründen („behind the scenes“), zu „offen-Geblienen“, Fortlauf und Wirkung sowie etwaigen „Besonderheiten“²⁴⁴.

²⁴⁴ Besonderheiten, d.h. was macht diesen Besuch abseits der gewöhnlichen ministeriellen Aufzeichnungen erwähnenswert?

3.1. Quantitative Darstellung der Besuchsdiplomatie in Österreich

Die Basis für die Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit ist die im Rahmen des Forschungsprozesses erstellte Datenbank, bestehend aus einem Verzeichnis aller relevanter²⁴⁵ Besuche ausländischer Akteure von 1960 bis 1983 in Österreich sowie auf die vier Schwerpunktländer USA, UdSSR, BRD und DDR beschränkte Zusammenstellung österreichischer Besuche im Ausland. Der Zeitraum ist determiniert vom Anfang weitgehender und verlässlicher besuchsdiplomatischer Dokumentation zu Beginn der 1960er Jahre bis zum Jahr 1983, dem Ende der Ära Kreisky, die weitläufig als „Höhepunkt“ außenpolitischer Aktivität in Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Die in der Datenbank enthaltenen Informationen stammen aus den zusammengetragenen Aufzeichnungen und der Dokumentation der Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik, herausgegeben von der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, sowie dem jährlichen Außenpolitischen Bericht des Österreichischen Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Zusätzliche und ergänzende Hinweise stammen aus den gesichteten Archivmaterialien im Archiv der Bruno Kreisky Stiftung und aus dem Österreichischen Staatsarchiv. Die quantitative Analyse der gesammelten Rohdaten wurde einerseits nach Kategorien gegliedert und andererseits jeweils in sinnvolle Korrelationen gesetzt, wie in diesem Teil auch graphisch zu sehen sein wird.

Die Datenbank besteht aus mehreren Kategorien:

- Akteure²⁴⁶: Wer trifft wen in welcher Funktion?
- Begegnungsort: Wo treffen sich die handelnden Akteure?
- Zeitraum: Zeitpunkt und Dauer des Besuches
- Besuchsgrund – Anlass: offizieller, inoffizieller oder privater Besuch, Abkommen etc.
- Besprechungsverlauf – Prozess: Welche Themengebiete werden während des Besuchs bzw. während der Besprechungen und Verhandlungen behandelt?
- Ergebnisse und Folgen: Welche Ergebnisse werden der Öffentlichkeit präsentiert? Welche (politischen) Folgen und „Nachwirkungen“ hat der Besuch?

²⁴⁵ Als „relevant“ angesehen wurden Besuche – unterschiedlichen Anlasses – durchgeführt von Staats- und Regierungschefs, Außenminister oder sonstiger Minister, sofern diese für die bilateralen Beziehungen von Bedeutung waren.

²⁴⁶ Den unterschiedlichen politischen Bezeichnungen der verschiedenen Ländern Rechnung tragend, wird hier der verallgemeinernde Terminus „Akteur“ verwendet.

Im analysierten Untersuchungszeitraum von 1960 bis 1983 gab es insgesamt weit über 600 relevante Besuche ausländischer Akteure in Österreich. Die Gründe bzw. die Anlässe dafür waren unterschiedlich und reichen von offiziellen und inoffiziellen Besuchen bis hin zu Arbeitstreffen und Besprechungen.

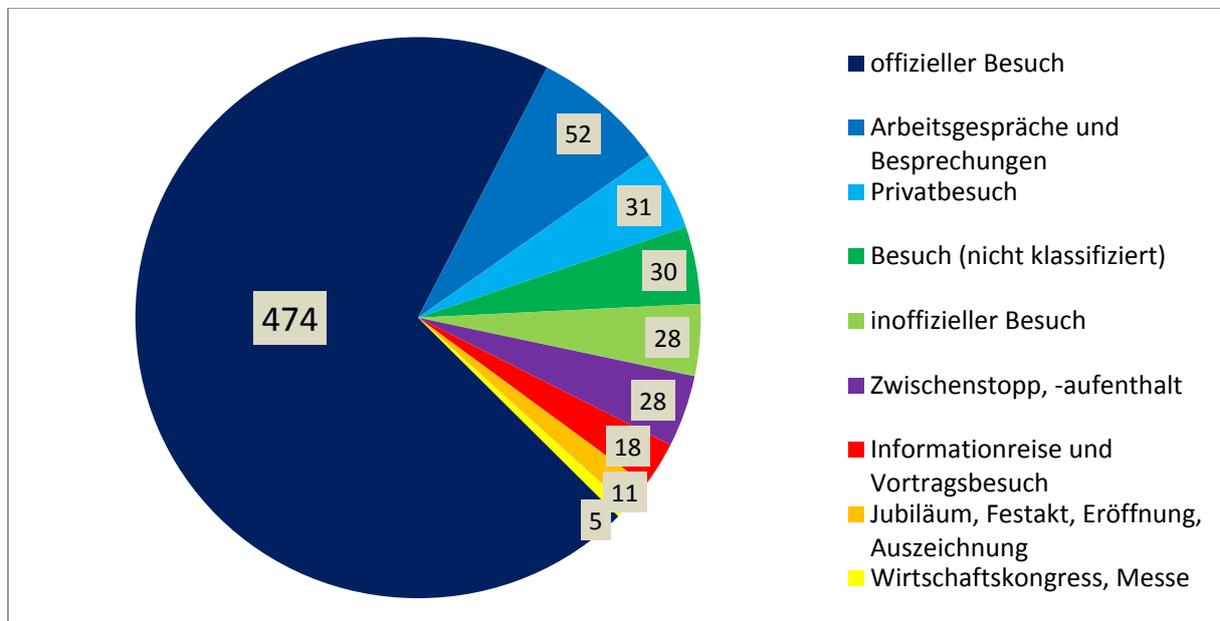


Abbildung 1: Anlässe für Besuche ausländischer politische Akteure in Österreich

In Abbildung 1 wird ersichtlich, dass die Klassifizierung „offizieller Besuch“ mit Abstand der häufigste „Grund“ für ausländische Staats- und Regierungschefs oder Minister war, nach Österreich zu reisen. Wie schon die Bezeichnung erkennen lässt, wird diese Art von Besuchen auf offizieller, staatlicher Ebene mit allen protokollarischen Feinheiten – von der Einladung und Begrüßung, über den Verlauf der Gespräche und dem begleitenden Besuchs- und Besichtigungsprogramm bis hin zum obligatorischen Schlusskommuniqué – durchgeführt. Die Delegationen bestehen zumeist mindestens aus dem Staatsoberhaupt oder dem Regierungschef und dem Außenminister²⁴⁷, und werden oft von den jeweiligen PartnerInnen begleitet (z.B.: Besuch des schwedischen Königspaares Gustav und Silvia, begleitet von Außenminister Ola Ullsten 1979). Neben dieser stark inszenierten Form eines Besuches waren inoffizielle Besuche, allgemeine Arbeitsgespräche, Besprechungen, Informationsreisen oder Besuche anlässlich von Jubiläen oder Festakten weniger formell (ausgenommen bei letzterem) aber auch weit weniger häufig (aufgezeichnet) im untersuchten Zeitraum

²⁴⁷ Die hier und im weiteren Verlauf des Kapitels bewusst verwendeten männlichen Formen der Funktionsbezeichnungen inkludieren auch ihre weiblichen Pendanten, wobei letztere die absolute Ausnahme darstellen.

(z.B.: der Privatbesuch des Schahs von Persien Reza Pahlevi 1968, der inoffizielle Besuch des ungarischen Außenministers János Péter 1971 oder die Besuche von Vertretern der USA, UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs anlässlich des 20-jährigen Staatsvertragsjubiläums 1975). Vor allem in der Regierungszeit Bruno Kreiskys gab es eine zusätzliche, kurze Form eines Besuches, dem Zwischenstopp eines Akteurs auf dem Weg in ein anderes Land. Zumeist waren diese Zwischenaufenthalte inhaltlich mit dem eigentlichen Reiseziel verschränkt (z.B.: US-Präsident Richard Nixons Gespräche mit Bundeskanzler Kreisky 1974 in Salzburg unter anderem zum Nahost-Konflikt auf dem Weg in den Nahen Osten).

Von 1960 bis 1983 konnten Besuche aus insgesamt 93 verschiedenen Ländern dokumentiert werden. Die Reichweite umspannt dabei alle Kontinente, Staaten unterschiedlicher Größe sowie politischer Orientierung und umfasst eine Bandbreite von einmaligen bis hin zu zahlreichen (40 und mehr) Besuchen. In Abbildung 2 sind die 15 häufigsten Herkunftsländer dargestellt.

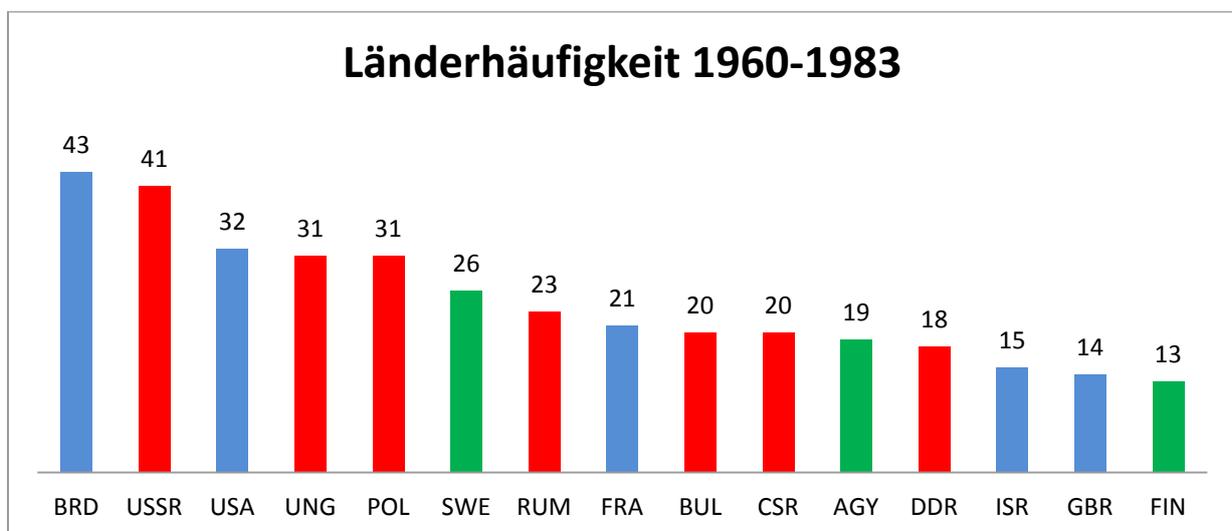


Abbildung 2: Besuchsdiplomatische Länderhäufigkeiten in Österreich von 1960-1983
(Zugehörigkeiten: Blau: „Westen“, Rot: „Osten“, Grün: Neutrale/Blockfreie)

Besuche aus der Bundesrepublik Deutschland führen die Liste gefolgt von jenen aus der UdSSR und den USA an. Dass die meisten Österreich besuchenden politischen Akteure aus der BRD kamen, verwundert angesichts der ökonomischen und politischen Stärke des „großen Nachbarn“ (Stichwort: „*verfreundete Nachbarn*“²⁴⁸) und der engen Kontakte – nicht nur aber auch – auf Politikerebene wenig. Die Dichte an ministeriellen Besuchen, Treffen und

²⁴⁸ In Anlehnung an den Titel des von Gabriele Matzner-Holzer verfassten Buches über das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland.

Konferenzen ist hierfür ebenso bezeichnend. Offizielle besuchsdiplomatische Treffen mit der DDR (12.) waren in Österreich grundsätzlich erst nach der staatlichen Anerkennung 1972 durchführbar. Die trotz der verspäteten Möglichkeit zu offiziellen Besuchen relativ hohe Anzahl an Begegnungen, reflektiert die Intensität der Beziehungen mit der DDR ab Mitte der 1970er Jahre. Von allen Signatarmächten des Staatsvertrages war die Besuchsanzahl aus der Sowjetunion am höchsten (UdSSR (2.), USA (3.), Frankreich (8.) und Großbritannien (14.)). An der absteigenden Reihenfolge wird auch die mehr oder weniger große Nähe Österreichs zu den vier wichtigen Ländern der österreichischen Nachkriegszeit deutlich. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Österreich, denen seitens der Moskauer Führung großes Interesse beigemessen wurde, basierten bis zum Ende des Kalten Krieges politisch hauptsächlich auf Staatsvertrag und Neutralitätsgesetz (die Sowjetunion wurde auch nicht müde, dies bei Besuchen und Abschlusskommunikés zu konstatieren) und wirtschaftlich auf Handelskooperationen, die für beide Staaten nutzbringend waren. Letztlich blieben die in regelmäßigen Abständen stattfindenden Begegnungen zwischen österreichischen und sowjetischen Politikern allerdings meist im Rahmen von protokollarisch durchorganisierten offiziellen Staatsbesuchen. Hingegen entwickelte sich das Verhältnis zwischen Österreich und den westlichen Signatarstaaten auf unterschiedlichen Ebenen verschränkter, auch wenn sich die Intensität angesichts der Fülle anderer Kontakte im Laufe der Zweiten Republik verringern sollte.²⁴⁹ Interessanterweise rangieren die politisch dem „Osten“/Ostblock zurechenbaren Länder Ungarn (4.) und Polen (4.) weit oben, ebenso wie Rumänien (7.), Bulgarien (9.) und die Tschechoslowakei (9.). Die Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Staaten waren für Österreich im Kontext der Nachbarschaftspolitik nicht nur aufgrund der betonten historischen Verbundenheit, sondern auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen bedeutend. Der Besuchskontakt mit neutralen europäischen Ländern wie Schweden (6.) und Finnland (15.) stellten für Österreich eine zentrale Vernetzungsfunktion mit „Gleichgesinnten“ – vor allem im Zusammenhang mit europäischen Assoziations- und Integrationsbestrebungen – dar. Das Engagement Österreichs im Nahen Osten, das vor allem während der Ära Kreisky erwähnenswert ist, spiegelt sich teilweise auch in den Besuchen ägyptischer (11.) und israelischer (13.) Politiker wider.

Fasst man die besuchsdiplomatischen Aktivitäten in Österreich in Ländergruppen zusammen, so ergibt sich folgendes in Abbildung 3 zu sehendes Bild:

²⁴⁹ Vgl. Lobova, Ludmilla: Die Moskauer Perzeption politischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen in Österreich in den 80er und 90er Jahren, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 136, sowie: Jankowitsch, in: Rauchensteiner (2010), S. 462.

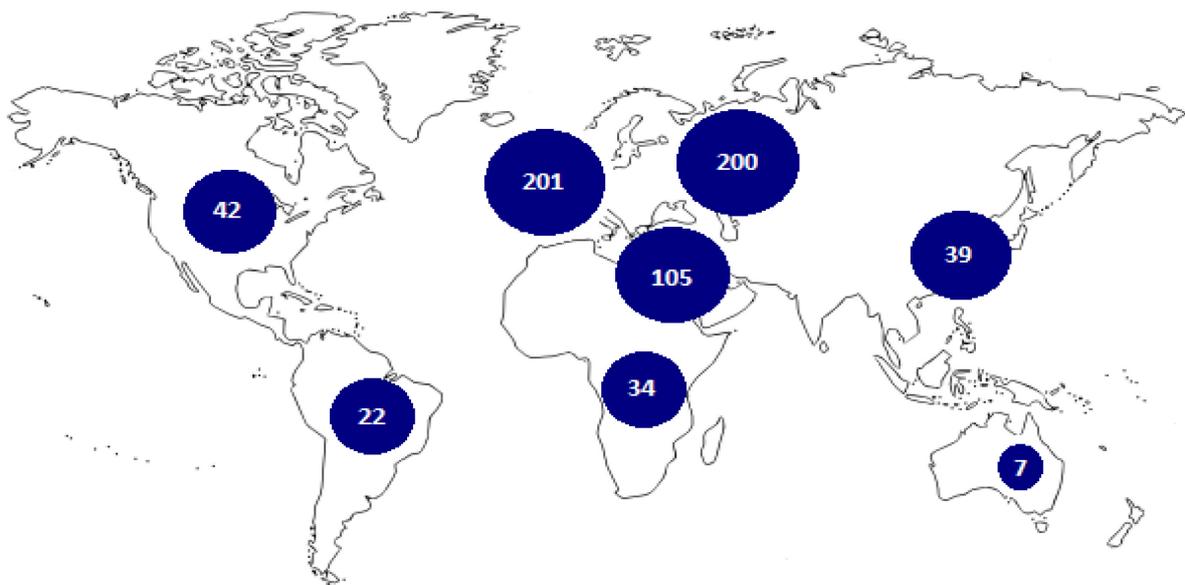


Abbildung 3: nach Regionen zusammengefasste Häufigkeit der Besuche in Österreich

Erklärung: Die Länder wurden in folgende Kategorien eingeteilt: **Nordamerika** (der geographisch nördliche Teil des amerikanischen Kontinents, Mexiko sowie die dem Commonwealth angehörenden Staaten im karibischen Raum), **Südamerika** (der geographisch südliche Teil des amerikanischen Kontinents, die Karibik sowie die Länder Zentralamerikas), **Europa** (europäische Staaten, die ideologisch gesehen im Kalten Krieg dem „Westen“ zugeordnet wurden sowie die europäischen Neutralen), **„Osten“**²⁵⁰ (ost- und südosteuropäische Staaten sowie Russland), **Naher Osten** (im heutigen Sprachgebrauch plus Mittlerer Osten; geographisch: von den Maghreb-Staaten über die arabische Halbinsel bis an den Hindukusch / die arabischen Staaten Nordafrikas sowie Vorder- und Zentralasiens inklusive Israel); **Afrika** (afrikanische Sub-Sahara-Staaten inklusive dem Sudan), **Asien** (Ost- und Südostasien inklusive Indien) und **Australien & Ozeanien** (Australien und Neuseeland).

Der Schwerpunkt liegt eindeutig auf dem europäischen Raum, Osteuropa mit der Sowjetunion im weitesten Sinne sowie dem Großraum Naher Osten, der hier von Nordafrika über die arabische Halbinsel bis nach Afghanistan bestimmt wird. Innerhalb der einzelnen Ländergruppen gibt es ebenso Schwerpunkte, die sich weitestgehend mit den häufigsten Herkunftsländern (vgl. Abbildung 2) decken. Aus Südamerika, Afrika und Asien (geographische Bereiche aus denen es viele einmalige, aber wenige zahlreiche Besuche gab), gibt es jeweils mit Nicaragua, Peru und Argentinien bzw. Venezuela, dem Sudan²⁵¹, Senegal und Niger sowie mit Indien, Indonesien und Thailand eine Vielzahl an weiteren Staaten.

Vergleicht man die Ländergruppen in jeweils fünf-Jahres-Schritten²⁵² im Zeitraum 1960 bis 1983 ergibt sich folgendes Bild in Abbildung 4:

²⁵⁰ „Osten“ wird hier als Raumkategorie verwendet, die der sowjetischen Einflussphäre in Ost- und Südosteuropa während des Kalten Krieges Rechnung trägt.

²⁵¹ in seiner damaligen Größe

²⁵² ausgenommen 1980-1983

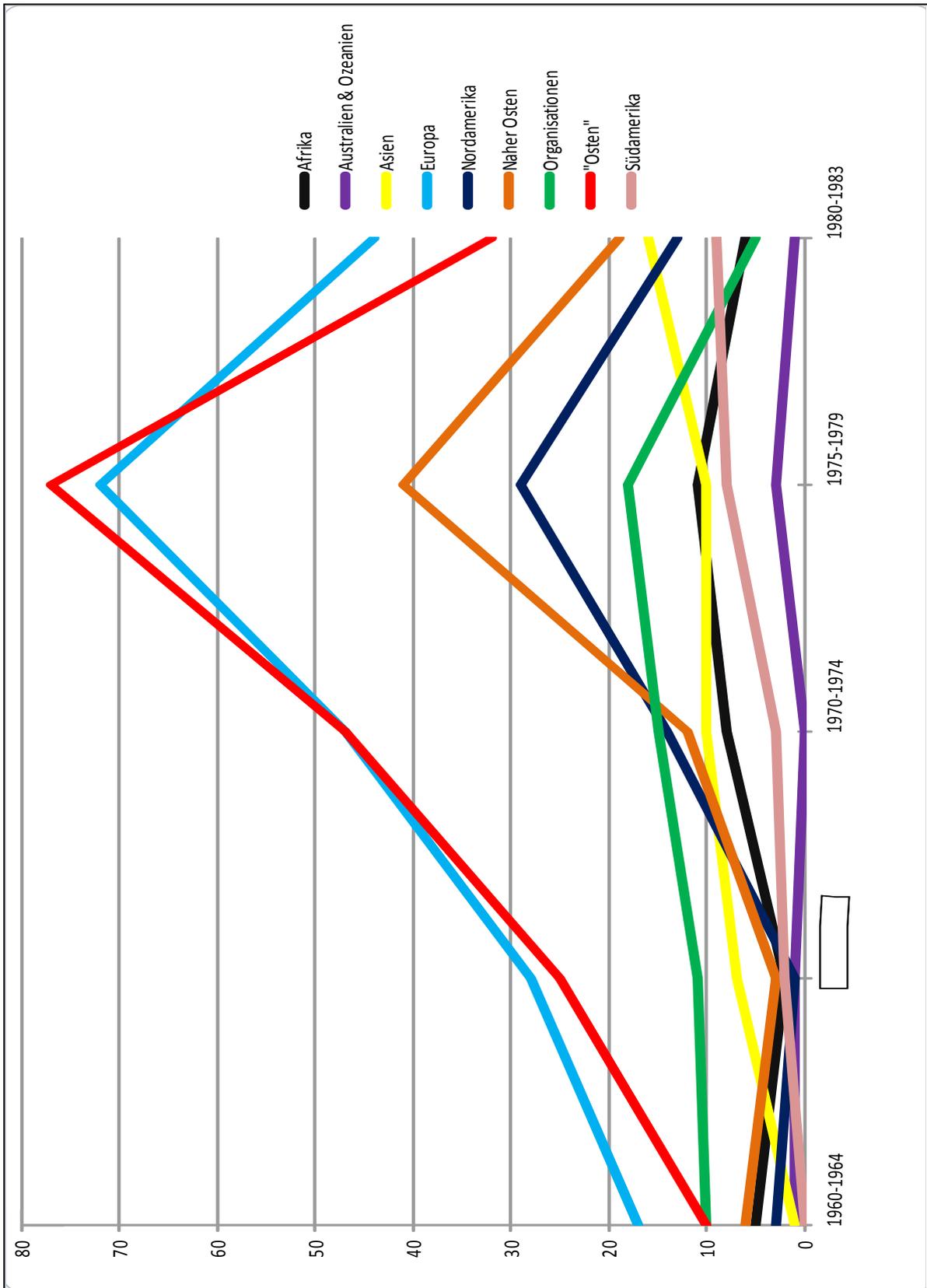


Abbildung 4: Darstellung der besuchtsdiplomatischen Entwicklung von 1960-1983

Die zu erwartende Spitze an Besuchen wurde ab Mitte der 1970er Jahre erreicht, als Kreiskys aktive Neutralitäts- und Vermittlungspolitik prosperierte und sich der Radius der österreichischen Außenpolitik global erweiterte. Jeweils die Anfänge der 1970er und 1980er Jahre charakterisierten sich insgesamt durch eine durchschnittliche Besuchsintensität und -frequenz, wobei der Trend 1970-1974 aufsteigend und 1980-1983 absteigend war. Zuvor kennzeichneten sich die 1960er Jahre durch eine generelle geringe Anzahl an Besuchen. Stiegen die Besuche aus außereuropäischen Staaten bis Ende der 1960er Jahre nur gering, unterlagen west- und osteuropäische Länder spätestens ab 1965 einer starken Aufwärtsdynamik. Die außenpolitischen Schwerpunkte der ÖVP-Alleinregierung lagen ohnedies auf der Südtirolfrage, der Verbesserung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten sowie auf multilateralem Engagement. Der Fokus auf „Europa“ in den 1960er Jahren kann somit unter anderem durch die außenpolitische Orientierung auf die Nachbarschaftspolitik einerseits und die EWG-Annäherungsbemühungen erklärt werden. Mit dem Ausklang der Détente und der Verschärfung des Ost-West-Konflikts Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre änderten sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen Österreichs. Die sich allgemein verschlechternde internationale Lage hatte eine regressivere österreichische außenpolitische Haltung zur Folge. Gleichzeitig endet 1983 die Ära Kreisky, was zu innen- und personalpolitischen Veränderungen führen sollte.

Im Allgemeinen kann für alle Ländergruppen ein Anstieg der Besuchsintensität von 1960 bis Ende der 1970er Jahre konstatiert werden. Ab 1980 (hier bis 1983) verringert sich die Besuchshäufigkeit in Österreich allmählich. Besuche aus Europa und aus Osteuropa bzw. der Sowjetunion waren über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg am häufigsten. Waren in den Zeiträumen 1960-1975 die meisten Besuche von Akteuren (west)europäische Staaten, änderte sich dies von 1975-1979, als die Besuchsdiplomatie aus Osteuropa und der Sowjetunion besonders stark war. Dies liegt einerseits der aktiven österreichischen Nachbarschaftspolitik und der allgemeinen sehr hohen Besuchsfrequenz in diesem Zeitraum zugrunde. Die starke Interaktion mit diesen beiden unmittelbar Österreich und seine politische Situation betreffenden und zugleich auch sehr unterschiedlichen Räumen, ist ein Zeichen für das Interesse Österreichs Brückenschläge innerhalb Europas zu bilden und so die Kommunikationskanäle zwischen Ost und West offen zu halten. Vor allem in der ersten Phase der SPÖ-Alleinregierung setzte man außenpolitisch stark auf den europäischen Raum, was auch in der besuchsdiplomatischen Analyse deutlich wird. Die Außenminister Bielka bzw. Pahr traten neben dem außenpolitisch dominierenden Kreisky für die Aufrechterhaltung des

Gleichgewichts in Europa ein bzw. verfolgte Pahr eine Politik der drei Kreise, die sich aus Nachbarschafts-, dann Europa- und schließlich Weltpolitik zusammensetzte. Ziel der Außenpolitik der 1970er Jahre war es aber auch, diplomatische Beziehungen in sämtliche Richtungen und in verschiedener Intensität zu pflegen. Neutralität sollte nicht mehr nur auf einen Erdteil anwendbar sein, sondern aktiv, offen und global verstanden werden. Darunter fällt sowohl das Nord-Süd-Engagement als auch jenes im Nahen Osten. Die Besuchsdiplomatie von Ländern des weitgefassten Begriffs Naher Osten bildete sich in ähnliche Weise, wie die vorhin genannten Ländergruppen, aus. Nahm die Besuchintensität während der Regierungszeit der ÖVP-Alleinregierung ab, stiegen die Anzahl der Besuche anschließend kontinuierlich und erreichten ihre absolute Spitze in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Dies kann eindeutig auf das Engagement Bundeskanzler Kreiskys in der Nahost-Lösung zu vermitteln zurückgeführt werden. Interessanterweise sinken die Besuche aus Nordamerika ebenfalls zunächst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre um dann linear bis Mitte der 1970er Jahre zu steigen. Besuche afrikanischer Staats- und Regierungschefs sowie Minister reihen sich in die allgemeinen Trends mit einem Höhepunkt Ende der 1970er Jahre ein; ebenso die wenigen Besuche aus Australien bzw. Ozeanien. Alleinig die Zusammenstellung von politischen Besuchen aus Asien und Südamerika erreichen ihre Spitze erst in den 1980er Jahren. Besuche von Vertretern internationaler Organisationen entwickeln sich über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg relativ konstant.

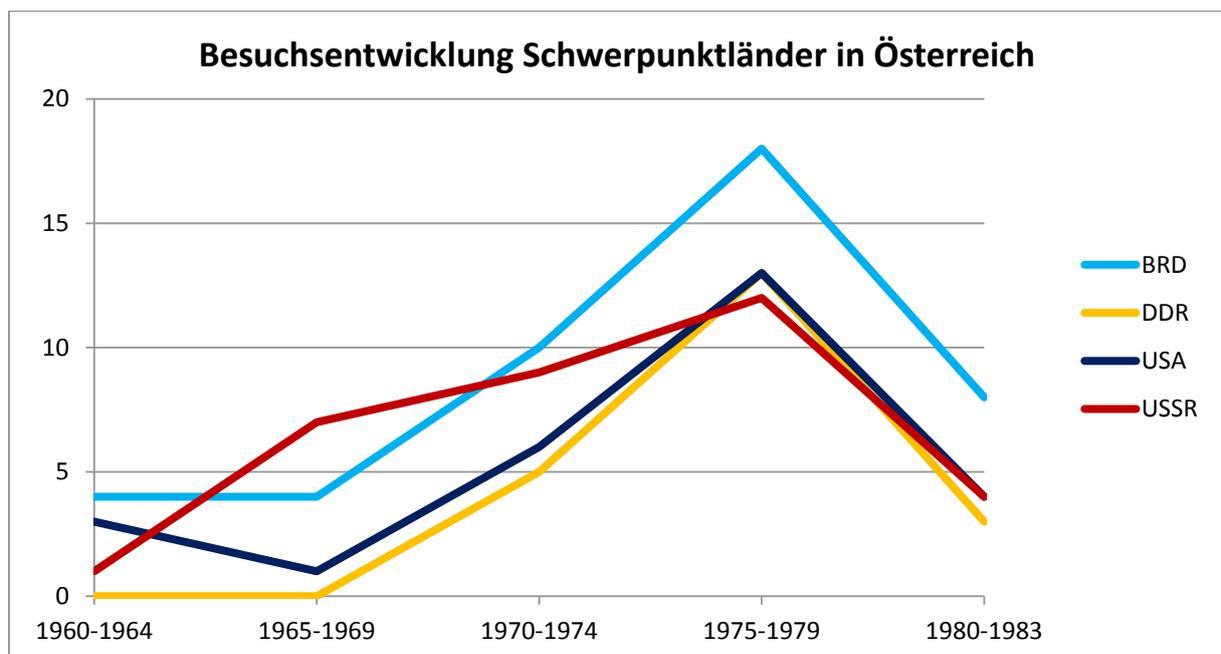


Abbildung 5: Besuchsdiplomatische Entwicklung der USA, UdSSR, BRD und DDR in Österreich von 1960-1983

Die Besuche aus den USA, der UdSSR, BRD und DDR in Österreich von 1960 bis 1983 erreichen ihren jeweiligen Höhepunkt Mitte bis Ende der 1970er Jahre. Die Entwicklung verläuft bei den amerikanischen sowie deutschen Besuchen bis dorthin monoton steigend und relativ parallel zu einander. Allerdings nahmen US-amerikanische Politiker-Besuche in Österreich in den 1960er Jahren eher ab. Obwohl sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach Verhärtingen im Zuge der österreichischen Emanzipation von den Staatsvertragsmächten Ende der 1950er Jahre wieder zu bessern schienen und die Wahl der Neutralität im Endeffekt auf Verständnis stieß, fand diese Entwicklung keinen Widerhall in einem regen Besuchs Austausch. Vielmehr nahm das Interesse der USA an Österreich – abseits der Wertschätzung Wiens als diplomatischen Begegnungsort – langsam ab. Im Falle der BRD waren die gegenseitigen Besuchskontakte auf Politikerebene seit den 1970er Jahren sehr dicht und kaum noch überschaubar. Zu offiziellen Besuchen kamen noch eine ganze Reihe an mehr oder weniger privaten Besuchen im jeweiligen Nachbarland sowie Teilnahmen an Parteiveranstaltungen der jeweiligen Schwesternparteien hinzu.²⁵³ Die Besuchshäufigkeit politischer Vertreter der DDR ist anders zu betrachten, da erst ab 1972 offizielle Besuche möglich waren. Dass die Beziehungen nicht bereits früher einen offiziellen Status erhielten, war sehr zum Missfallen der UdSSR. Die Beziehungen zur DDR erlangten allerdings von 1975-1979 das gleiche Niveau wie jenes der USA. Auch sowjetische Besuche erreichten Mitte der 1970er Jahre ihren Höhepunkt, zuvor stellten diese Ende der 1960er Jahre die meisten Besuche dar. Unter Berücksichtigung der innenpolitischen Konstellationen ist erkennbar, dass die Priorisierung nachbarschaftspolitischer und UdSSR-Beziehungen, die bereits unter Raab begann, in der Amtszeit Klaus' und Kreiskys auch in der Besuchsdiplomatie ihren Widerhall fand. Als Kreisky Außenminister war, trug er die Politik Klaus' mit, die Nachbarschaftspolitik neu zu gestalten. Während sich Außenminister Tončić-Sorinj zunächst hauptsächlich auf die Lösung der Südtirolfrage konzentrierte, dominierte Bundeskanzler Klaus die Nachbarschaftspolitik. Außenminister Waldheim nahm mit der Gleichsetzung von Außen- und Neutralitätspolitik Elemente Kreiskys vorweg, der wiederum nachbarschaftliche Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion als eine Art Ausgleich zum westlichen Engagement pflegte. Sowohl Klaus als auch Kreisky versuchten Diskrepanzen mit der Sowjetunion durch Besuchsreihen in den umliegenden Volkdemokratien zu entschärfen und sich so dem Dialog mit „dem Osten“ nicht zu verschließen – das Konzept der friedlichen Koexistenz bot dazu die passende Grundlage.

²⁵³ Vgl. Lütgenau, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 200.

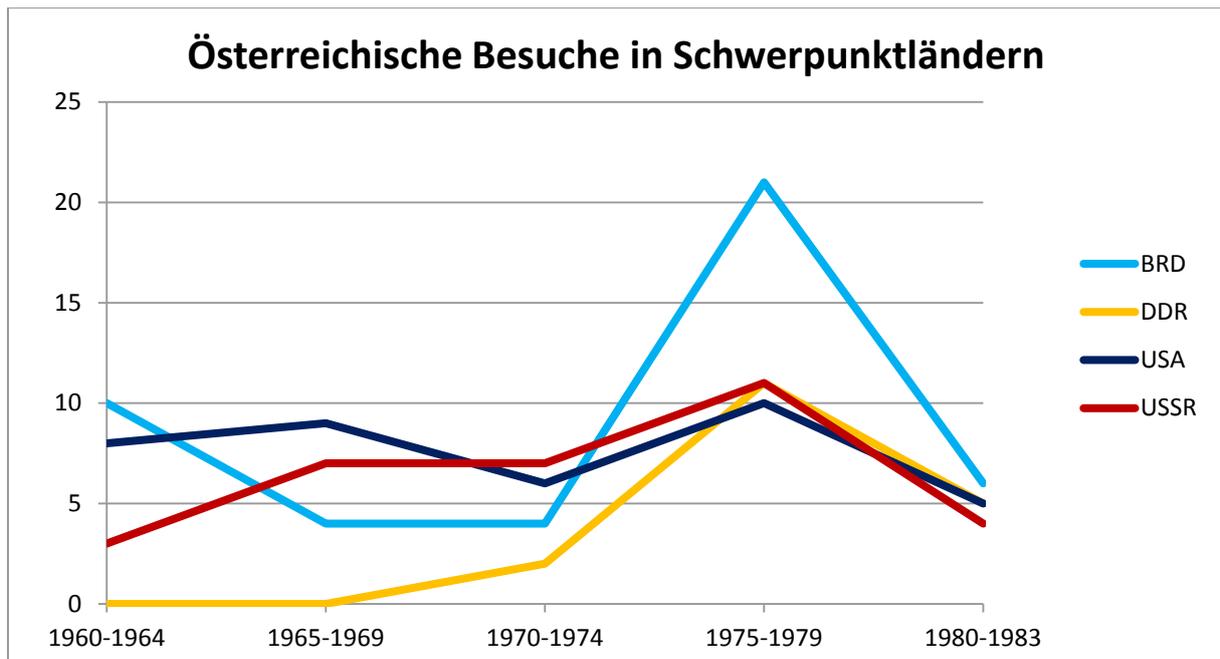


Abbildung 6: Entwicklung der Österreichischen Besuchen in den USA, der UdSSR, BRD und DDR von 1960-1983

Betrachtet man die Besuche österreichischer Politiker in den vier Schwerpunktländern, USA, UdSSR, BRD und DDR in Verbindung, dann wird ersichtlich, dass, wie in den zuvor dargestellten Korrelationen, die jeweilige Spitze eindeutig im Zeitraum zwischen 1975 und 1979 liegt. Waren Besuche in der BRD zu Beginn der 1960er Jahre von allen Ländern am häufigsten, sanken diese von 1965-1969, stiegen dann aber stark in den 1970er Jahren an, um schließlich 1980 wieder abzufallen. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre waren Besuche in den USA von allen Schwerpunktländern am häufigsten. Österreichische Besuche in den USA bewegten sich über den gesamten Zeitraum hinweg in einer Art Wellenbewegung. Im Gegensatz dazu stehen Besuche in der Sowjetunion, die kontinuierlich anstiegen und in den 1970er Jahren in ihrer Anzahl jene in den USA übertrafen. Die SPÖ-Regierung betrieb gegenüber der UdSSR aus hauptsächlich handelspolitischen Gründen Pragmatismus. Grundsätzlich sahen die Supermächte Österreich als Angehöriger der jeweiligen Allianz bzw. versuchten es ihrer Einflussosphäre anzunähern. Für Österreich war es daher wichtig, (enge) besuchsdiplomatische Verbindungen zu den beiden Großmächten zu unterhalten um so aktiv die Beziehungen mitzugestalten. Die DDR wird erst mit Beginn der 1970er Jahre für Österreich besuchsdiplomatisch interessant. Der damalige Außenminister Kirchschräger setzte neben dem Schwerpunkt auf Nachbarschafts- und Europapolitik, auf den Aufbau von bilateralen Beziehungen von zunächst noch nicht anerkannten Staaten, wie unter anderem der DDR. Die Häufigkeit österreichischer Akteure, die auf politischen Besuchen in der DDR waren, stieg ab der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in den 1970er Jahren steil an.

Der Vergleich zwischen Abbildung 5 und 6 ergibt für den besuchtsdiplomatischen Austausch zwischen Österreich und der UdSSR sowie der DDR ein relativ ausgeglichenes Bild. Das Ansteigen und Fallen der Besuchsintensität entwickelte sich in den jeweiligen Zeiträumen ähnlich. Wurden Besuche aus den USA in Österreich in ihrer Anzahl stetig mehr, wiesen österreichische Besuche in den USA eine stärkere Auf- und Abwärtsbewegung auf. Besuche in und aus der BRD erreichten ihre jeweilige (mit Abstand zu den anderen Ländern) größte Häufigkeit von 1975-1979, während die Besuchtsdiplomatie in den 1960er Jahren im Vergleich zu den anderen Ländern deutlich geringer war.

Die Handlungsebene, die Kontakte und die protokollarischen Bestimmungen determinieren sich durch die Funktionen der diplomatischen Akteure im jeweiligen Heimatland. In Abbildung 7 sind die Besuche quantitativ und nach Positionen kategorisiert veranschaulicht.

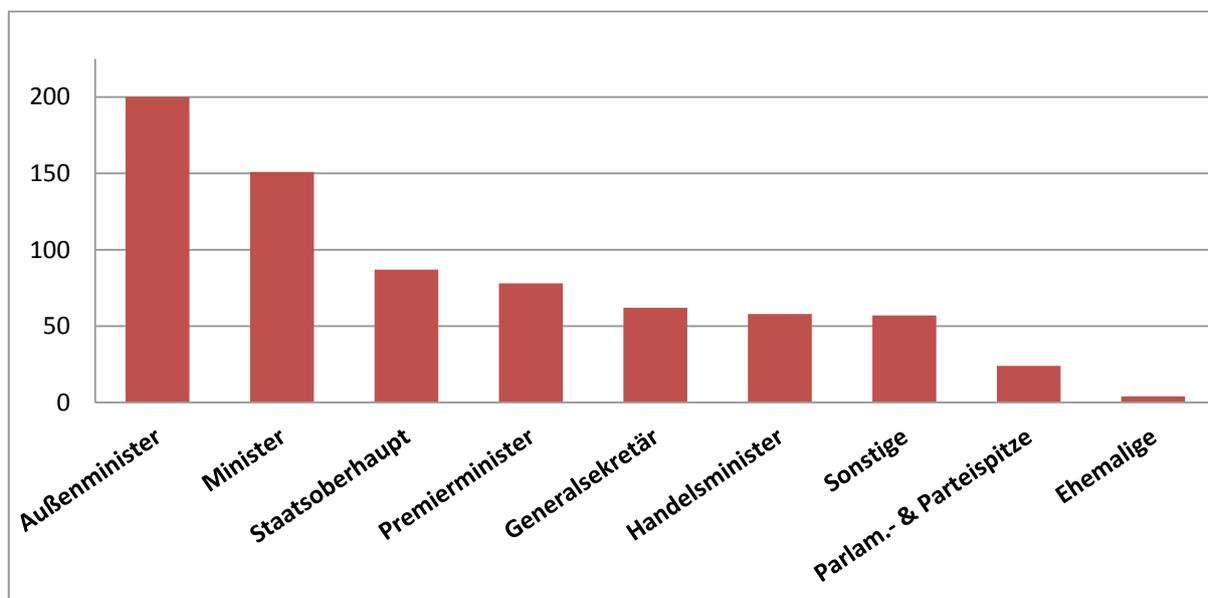


Abbildung 7: Positionen der Österreich besuchenden Akteure

Erklärung: Die Positionen enthalten auch die jeweiligen Stellvertreter. Bei Doppelfunktionen wurde die ranghöhere gewählt (außer Außenminister). Die Kategorie „Staatsoberhaupt“ enthält Präsidenten, monarchische Spitzen etc.; der Bereich „Premierminister“ inkludiert u.a. Ministerpräsidenten, Regierungschefs und (Bundes-) Kanzler; Außenhandelsminister und Wirtschafts- und Industrieminister etc. wurden der Kategorie „Handelsminister“ zugeteilt; „Parlaments- und Parteispitze“ umschließt Parlamentspräsidenten und international bedeutende Parteichefs. Das allgemeine Feld „Minister“ integriert jegliche für die Besuchtsdiplomatie relevante Besuche auf der Ministerebene (z.B. Verteidigungs-, Landwirtschafts-, Kultur oder Wissenschaftsminister). Die Kategorie „Generalsekretär“ bezeichnet Spitzenvertreter internationaler und europäisch-supranationaler Organisationen. Die Klassifizierung „Ehemalige“ beinhaltet ehemalige aber noch in der diplomatischen Chronik aufgeführte Spitzenpolitiker; „Sonstige“, alle in den obigen Rubriken nicht verorteten besuchtsdiplomatischen Akteure.

Zusätzlich zu den Besuchen ausländischer Politiker, kamen auch die Spitzenvertreter internationaler Organisationen, um in Österreich mit hauptsächlich dem Bundespräsidenten,

Bundeskanzler oder Außenminister zusammenzutreffen. Die Generalsekretäre der Vereinten Nationen (speziell Kurt Waldheim von 1972-1981) oder die Führungsakteure von UN-(Sonder-)Organisationen statteten Österreich vornehmlich im Rahmen von Vortragsreisen einen Besuch ab und stellen die größte Gruppe innerhalb der nicht ausdrücklich staatlichen Akteure dar. Eine weitere nicht unerhebliche Anzahl an Besuchen führten Vertreter von EGKS, EWG bzw. EG und EFTA sowie dem Europarat durch. Vor allem im Vorfeld der österreichischen Assoziationsbestrebungen sowie der EWG-EFTA-Annäherung intensivierte sich der Besuchsverkehr in diesem Bereich.

3.2. Analyse der besuchsdiplomatischen Interaktionen Österreichs mit den USA, der UdSSR, BRD und DDR

In Kapitel 3.2. werden die Ergebnisse der Auswertung der Primärmaterialien präsentiert. Die Struktur wurde auf der Basis der innenpolitischen Verhältnisse und Regierungskonstellationen erstellt, die die formalen Gestaltungsräume für das außen- und somit auch besuchsdiplomatische Handeln umrahmen. Die Unterschiede der außenpolitischen Orientierung der einzelnen Regierungen können somit leichter sichtbar gemacht werden. Zäsuren aber auch Kontinuitäten über diese Einteilung hinweg, müssen dabei „mitgedacht“ werden. In jeder Phase werden die besuchsdiplomatischen Interaktionen mit den vier Schwerpunktländern, USA und UdSSR als die globalen Rahmenbedingungen vorgebenden Konstanten während des Ost-West-Konflikts sowie ihre europäischen deutschen „Vertreter“ BRD und DDR dargestellt. Die erste zu betrachtende Zeitspanne ist jene von 1960 bis Mitte der 1960er Jahre. Während dieser Zeit regierte die Große Koalition unter der Führung der ÖVP, beginnend mit dem Übergang der Bundesregierungen Raab III und Raab IV.²⁵⁴ Abgesehen von den unmittelbaren „Nachwirkungen“ der Staatsvertragsunterzeichnung ist diese Phase geprägt von der Formierung und Ausbildung der österreichischen Stellung im internationalen Gefüge. Während der zweiten hier untersuchten Phase von 1966-1970 regierte die ÖVP ohne Koalitionsbeteiligung anderer Parteien. Diese Phase kann bei Betrachtung der jungen Zweiten Republik über einen größeren Zeitraum hinweg als außenpolitischer Übergang bezeichnet werden, da viele Prämissen, die in der dritten analysierten Phase, der SPÖ-Alleinregierung während der Ära Kreisky von 1970-1983, ihren Ursprung Ende der 1960er Jahre haben. Die Periode der 1970er Jahre ist für diese Untersuchung schwergewichtig. Die globale und auf Vermittlungstätigkeit ausgerichtete Außenpolitik war der perfekte Nährboden für den Begegnungsort Österreich. Nicht zuletzt stellt die Ära Kreisky den „Höhepunkt“ der Besuchsdiplomatie dar, wie bereits in Kapitel 3.1 gezeigt werden konnte. In diesem Kapitel werden nun die gesammelten Archivmaterialien in die Analyse mit eingebettet, wobei vor allem die Kategorien „Besprechungsverlauf“ (Welche Themengebiete werden besprochen?) sowie „Ergebnisse und Folgewirkungen“ (Welche Ergebnisse konnten erzielt werden? Welche „Nachwirkungen“ – positiv und negativ – folgten einem Besuch?).

²⁵⁴ Der Anfang wurde hier ebenfalls mit 1960 festgelegt, um im Einklang mit der quantitativen Analyse, für die ab 1960 repräsentative Daten und Dokumentationen zur Verfügung stehen, vergleichend zu arbeiten.

Besuche ausländischer Staatsgäste in Österreich wurden bis ins kleinste Detail geplant. Dies wird auch in den Aufzeichnungen ersichtlich. Ein nahezu minutliches Skript sollte für einen reibungslosen Ablauf Sorge tragen. Darin sind unter anderem sowohl mögliche Wetterszenarien, Kleiderordnung, Redelisten, Wagenfolgen als auch Visualisierungen zur Stell- und Sitzordnung enthalten. Einem (offiziellen) Besuch gehen unzählige Besprechungen über zeremoniellen Fragen, Besuchsorte, Besprechungsthemen und mögliche Konflikte, Kontroversen im Vorfeld oder besondere Wünsche voraus. Für dieses Gesamtpaket an Planung sind in diesem Zusammenhang die jeweiligen Protokollabteilungen essentiell. Protokoll ist definiert als:

„rules of diplomatic procedure, notably those designed to accord to the representatives of sovereign states and others, as well as different classes of officers within them, the treatment in all official dealing to which their recognized status entitles them. Public occasions present the most testing times for such rules, and it is of this reason that a state’s chief of protocol has in the past sometimes been known as its ‚master of ceremonies‘.“²⁵⁵

Das Protokoll ist zentriert auf Normen für gutes Benehmen auf der Basis bestimmter Regeln und umfasst hauptsächlich die Art und Weise wie Staats- und Regierungschefs oder Minister behandelt und die Besuche organisiert werden sowie die Kommunikation untereinander. In diesem Zusammenhang sind auch diplomatisch-protokollarische Gesten wichtig. Die Protokollabteilungen in den Außenministerien legen gewisse Protokollregeln für das Land und die involvierten Personen sowie Hierarchien fest. Das Protokoll kann dabei helfen, gewisse „Spielregeln“ für einen Besuch festzulegen, aber dennoch bleiben Unterschiede in Konventionen und Zeremonien. Besuche – egal ob „incoming“ oder „outbound“ sind daher ein Test für jedes Protokoll.²⁵⁶ Die Aufgabe von Botschaften ist es, vor Besuchen über diese interkulturellen Unterschiede zu informieren, um Gepflogenheiten eines Landes nicht zu verletzen. Dies ist nicht zuletzt auch wichtig, um bei Besprechungen und Diskussionen die unterschiedlichen politischen Verhandlungskulturen mit berücksichtigen zu können. Die Verbindung von Diplomatie und Kultur²⁵⁷ kommt hierbei zum Tragen und kann Verhandlungen über die Faktoren Verhandlungsverständnis und -orientierung, Risiko und Akzeptanz, Protokollfokussierung oder „proper behavior“ und schließlich formeller oder informeller Entscheidungsfindungsstil beeinflussen.²⁵⁸ Genau auf diese Schwierigkeiten

²⁵⁵ Berridge, G.R./James, Alan (2004): A Dictionary of Diplomacy, Palgrave, Abasingstoke, S. 217, zit. nach: Rana, Kishan S. (2011): 21st Century Diplomacy. A Practitioner’s Guide, Continuum, London u.a., S. 229.

²⁵⁶ Vgl. Rana (2001), S. 235ff.

²⁵⁷ culture = „a set of shared and enduring meanings, values, and beliefs that characterize national, ethnic or other groups and orient their behavior“ (Faure und Sjösted, 1993, S. 3, zit. nach Beach (2012), S. 183.)

²⁵⁸ Vgl. Beach (2012), S. 183.

müssen sich diplomatische Akteure bei Besuchen vorbereiten und einlassen können, wie folgendes Zitat andeutet:

„[...] diplomats are facilitators of consensus, that they have internalized the need to think with the other's head, and that unlike other professionals, they base their craft not on the unchangeable certainty of fixed rules, but on the rule of uncertainty and the art of navigating in fog.“²⁵⁹

In den gemeinsamen Abschlusskommuniqués bzw. den Verhandlungen dazu bei offiziellen Besuchen können diese unterschiedlichen Verhandlungskulturen zum Tragen kommen. Dabei werden sprachliche Feinheiten und ihre Bedeutungen ausgelotet und versucht mittels dieser Art von Kommunikation politische Wirklichkeiten zu konstruieren.²⁶⁰ Der Unterzeichnung der Schlusserklärung gehen oft harte Verhandlungen um einzelne kleine Formulierungen und Begriffe voraus, bei denen jedes Wort auf die Waagschale gelegt und in alle Richtungen hin geprüft wird.²⁶¹ Die Kommuniqués zeichnen zusätzlich oft die bilateralen Leitlinien bis zum nächsten High-Level-Meeting vor.

„Die Bedeutung eines solchen – oft erst nach tagelangen Verhandlungen zustande gekommenen und stets von den höchsten Funktionären beider Staaten unterfertigten Kommuniqués für die bilateralen Beziehungen zwischen Staaten kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“²⁶²

3.2.1. 1960 – 1966: Konsensorientierung und außenpolitische Öffnung

Zu Beginn des Betrachtungszeitraumes 1960 steht ein großer Staatsbesuch, der zwar beispielhaft für die Einbettung in den internationalen Kontext, die intensiven Vorbereitungen, den Verlauf sowie auch für etwaige politische Nachwirkungen von Besuchen stehen kann, der aber dennoch – sowohl in der Dokumentation als auch in seine Struktur – fast schon ein Unikum darstellt. Von 30. Juni bis 8. Juli 1960 stattet der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow Österreich einen offiziellen Besuch ab. Dem Besuch wurde größte internationale Aufmerksamkeit zuteil – war es doch die erste westliche Auslandsreise Chruschtschows nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz. Der Brisanz dieses Besuchs

²⁵⁹ Nowotny, Eva: Diplomats: Symbols of Sovereignty become Managers of Interdependence: The Transformation of the Austrian Diplomatic Service, in: Bischof, Günter/Pelinka, Anton/Gehler, Michael: Austrian Foreign Policy in Historical Context, Contemporary Austrian Studies Vol. 14, Transaction Publ., New Brunswick u.a., S. 25.

²⁶⁰ Vgl. Frevert (2006), S. 20.

²⁶¹ Vgl. Haymerle, Heinrich: Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, in: Bielka/Jankowitsch/Thalberg (1983), S. 168.

²⁶² Ebd. S. 168.

entsprechend waren die Vorbereitungen enorm. Als Termin wurde Ende Juni/Anfang Juli fixiert, weil die Staatsoper nur bis Ende Juni spielte, sich österreichische Staatsbesuche im Juli oder August nicht eignen würden und schließlich wollte Chruschtschow nicht zur „sauren-Gurken-Zeit“ nach Österreich kommen.²⁶³ Auch in der Sowjetunion wurde dem bevorstehenden Besuch Aufmerksamkeit geschenkt. In der Prawda wurden mehrere Artikel dazu veröffentlicht, darunter einer, der den Besuch als wichtiges Ereignis bezeichnete, auf das sich breite Schichten des österreichischen Volkes freuen und der es ermöglichen würde, die Beziehungen zu festigen sowie den weltbekannten Ruf als gute Gastgeber zu bestätigen. Seitens der österreichischen Behörden wurden Pressevorbereitungen getroffen, die der sowjetischen Botschaft zu wenig weit gingen, und Sprachregelungen erteilt, in denen unter anderem folgendes zu lesen war:

„Bei dem Besuch Chruschtschews handelt es sich um eine Höflichkeitsvisite mehr protokollarischer Natur und es sind auch keinerlei Verhandlungen über irgendein bestimmtes Thema vorgesehen. Es liegt aber in der Natur derartiger Staatsbesuche, dass sie zu einer zwanglosen Erörterung sowohl bilateraler als auch internationaler Fragen Gelegenheit geben.“²⁶⁴

Das Besuchsprogramm selbst war dicht und enthielt neben Treffen mit der (außenpolitischen) Spitze Österreichs auch Besichtigungen von Industriebetrieben in den Bundesländern, Kranzniederlegungen (z.B. im KZ Mauthausen) sowie kulturelle Abendgestaltungen (z.B. ein Empfang im Schloss Schönbrunn).²⁶⁵ Im Vorfeld gab es über einen Vortrag vor der österreichisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft in der Hofburg heftige Diskussionen im Ministerrat, ob der Forderung nach Übertragung Chruschtschows Rede auf den Heldenplatz stattgegeben werden könne. Außenminister Kreisky sprach sich strikt gegen eine Übertragung aus, um Chruschtschow nicht die Möglichkeit eine Massenkundgebung gegen deutsche und US-amerikanische Politiker – noch dazu an einem für Österreich so sensiblen Ort – abhalten zu können. *„Man muss den Russen sehr freundlich zeigen, wie weit die Freundschaft reiche“²⁶⁶*, so Kreisky. Innenminister Josef AFRITSCH hingegen befürchtete, dass mit Kreiskys Vorschlag Ruhe und Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden würden und Kommunisten Kundgebungen abhalten könnten. In der Folge wandte sich auch Bundeskanzler Raab gegen die sowjetische Forderung, merkte aber beschwichtigend an *„schliesslich wollen wir ja etwas von den Russen“²⁶⁷*.²⁶⁸ Diese Intention wurde in den Besprechungen, die sich hauptsächlich

²⁶³ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 70.033/6/60

²⁶⁴ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 78.761-6(Pol)60

²⁶⁵ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ:78.761-6(Pol)60

²⁶⁶ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 78.761-6(Pol)60

²⁶⁷ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 78.761-6(Pol)60

²⁶⁸ SBKA/VII.1/UdSSR/Box1/Konvolut Chruschtschow-Besuch

um wirtschaftliche und energiepolitische Fragen (mit Hauptaugenmerk auf den Warenaustausch und Öllieferungen) sowie um sicherheitspolitische Auslegungen von Neutralität, drehten deutlich.²⁶⁹ Chruschtschow gab außerdem während einer Diskussion im Kanzleramt über Abrüstungsfragen diesbezüglich sein Erfolgsrezept zum Besten: „*ras, dwa, tri*“ und alle Waffen würden im Wasser versenkt werden.²⁷⁰ In einem Gespräch zwischen den Außenministern Gromyko und Kreisky kam die Frage der Annäherung an die europäische Gemeinschaft zu Wort²⁷¹ – dieses Thema sollte die Beziehungen der beiden Staaten noch in den folgenden Jahrzehnten intensiv beschäftigen. Die Eigenwilligkeit und das Extempore Chruschtschows trieben die Protokollbeamten an den Rand der Verzweiflung. Doch auch für die Bundesregierung hatte der Besuch Folgen. Chruschtschow äußerte sich im Rahmen einer Pressekonferenz negativ über einige mit Österreich befreundete Staaten, allen voran über die USA und die BRD. Zusätzlich kam der sowjetische Ministerpräsident mehrfach auf die österreichische Neutralität zu sprechen und gab eine Erklärung ab, dass die Sowjetunion entschlossen sei, die österreichische Neutralität zu schützen und im Falle ihrer Verletzung geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen werde. Aufgrund dieser zwei im krassen Gegensatz zur von der Bundesregierung verfolgten souveränen Neutralitätspolitik stehenden Äußerungen mussten sich allen voran Raab und Kreisky gegenüber den angegriffenen Botschaften rechtfertigen. Außerdem wurde in Rundfunkreden und Presseveröffentlichungen auf die Unvereinbarkeit der Stellungnahme Chruschtschows mit den rechtlichen und politischen Grundlagen der Neutralität hingewiesen.²⁷² Dies erschien umso bitterer, als dass Österreich an und für sich von folgender Einstellung ausging:

„Wir unterhalten mit allen Staaten geordnete Beziehungen und ich kann mit Befriedigung feststellen, daß Österreich keine Feinde, wohl aber viele Freunde auf dieser Erdkugel besitzt.“²⁷³

Raab teilte bereits bei der Verabschiedung der sowjetischen Delegation, die neben Chruschtschow auch aus Ministerratsvorsitzenden Kossygin, Kulturministerin Furzewa, Außenminister Gromyko sowie aus weiteren offiziellen Persönlichkeiten bestand, folgendes mit:

²⁶⁹ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 79.929-6(Pol)60: Rundfunkrede Raabs am 10. Juli 1960,

²⁷⁰ Vgl. Haymerle, Heinrich (1983): Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, Europaverlag, Wien, S. 166, zit. nach: Meier Walser (1988), S. 292.

²⁷¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box1/Konvolut Chruschtschow-Besuch

²⁷² ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ:79.929-6(Pol)60: Runderlass an alle effektiven Vertretungsbehörden vom 12. Juli 1960

²⁷³ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 79.9292-6(Pol)60: Verabschiedung der sowjetischen Delegation am Flughafen Schwechat am 9. Juli 1960

„Auch Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, haben als unser Gast in den abgelaufenen Tagen Gelegenheit gehabt, von der Redefreiheit, die zu den unveräußerlichen Gütern der Freiheit zählt und die wir nicht missen, möglichen ausgiebig Gebrauch zu machen. Uns trennt manches Gegensätzliche in unseren politischen und wirtschaftlichen Auffassungen und Sie konnten daher von vorneherein nicht verlangen, daß wir mit allen Feststellungen, die Sie in Österreich machten, voll einverstanden sein würden.“²⁷⁴

Raab kritisierte hier nicht nur die Äußerungen Chruschtschows sondern wies auch unterschwellig auf die Grundwerte von freien, demokratischen Staaten hin. Die Kommuniké-Verhandlungen waren unter diesen Voraussetzungen ebenfalls schwierig. Nach einer Pattsituation wurde auf Vorschlag beider Seiten der die weltpolitische Situation betreffende Teil gestrichen.²⁷⁵ Nach der Kommuniké-Unterzeichnung wandte sich Chruschtschow an Kreisky und hielt ihm vor, er sei der Verbündete des Westens in der österreichischen Regierung. Kreisky entgegnete ihm, dass Österreich große Schwierigkeiten hätte, gegenüber den USA, die österreichischen Verpflichtungen mit der Sowjetunion, zu rechtfertigen. Kreisky dazu:

„Sie sehen, es ist der Westen und der Osten mit mir unzufrieden. Das ist kein schlechtes Ergebnis einer Politik eines neutralen Staates.“²⁷⁶

Nachdem es zu Meinungsverschiedenheiten entlang der Konfliktlinie Sozialdemokratie/Kommunismus kam, wandte sich Chruschtschow um eine abschließende Versöhnung suchend an Raab und meinte:

„Sie haben Ihre Sozialdemokraten gut erzogen. Sie können mit Ihnen zufrieden sein. Herr Raab ist zwar ein Kapitalist, aber er ist mein Freund.“²⁷⁷

Es kam auch einige Tage danach unter anderem im Ministerrat zu heftigen Debatten um den sowjetischen Neutralitätseingriff und zu Reibungen zwischen Raab und Kreisky um die Auslegung der Neutralität, wobei Kreisky den sowjetfreundlichen Kurs Raabs kritisierte.²⁷⁸

Nicht alle Besuche sowjetischer Politiker waren sowohl in den Vorbereitungen, im Besprechungsprozess, in den (Schluss-)Verhandlungen sowie in ihren kurz- und mittelfristigen „Nachwehen“ derart komplex und gleichzeitig umstritten. Für weitere sowjetische Besuche im Laufe der 1960er Jahre ist außerdem weitaus weniger dokumentiert.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ:79.929-6(Pol)60: Runderlass an alle effektiven Vertretungsbehörden vom 12. Juli 1960

²⁷⁶ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ:79.929-6(Pol)60: Gedächtnisprotokoll Bielkas/Haymerles/Wodaks über Kommuniké-Besprechungen

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Vgl. Röhrlich (2009), S. 124f.

Zwei erwähnenswerte Besuche bis zum Ende der Phase der Großen Koalition fanden im Jahr 1965 statt: Anlässlich des zehnjährigen Staatsvertragsjubiläums besuchte Außenminister Andrej Gromyko Österreich und führte freundschaftliche aber heftige und ernst gemeinte Diskussion mit Kreisky über die EWG-Annäherung Österreichs.²⁷⁹ Im Juli folgte der sowjetische Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew, der sicherlich einer der am häufigsten Österreich besuchenden führenden Akteure der UdSSR war, und unterzeichnete zusammen mit Handelsminister Bock ein Warenaustauschabkommen. Im Zuge der Reise traf Patolitschew auch mit Kreisky zusammen. Die beiden erörterten Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie unter anderem die Unterschiede zwischen dem ebenfalls neutralen Finnland und Österreich in der Haltung zur EWG.²⁸⁰ Darüber hinaus stattete Marschall Malinowsky Verteidigungsminister Georg Prader im September 1965 einen Besuch ab und diskutierte über die Beschränkung von Waffenankäufen im Staatsvertrag.²⁸¹

Österreichische Besuche in der Sowjetunion in der ersten Hälfte der 1960er Jahre wurden in den Aktenmaterialien als Indikatoren für den guten Stand der österreichisch-sowjetischen Beziehungen herangezogen.²⁸² Bundespräsident Schärp besuchte die Sowjetunion im April 1960, Bundeskanzler Gorbach und Außenminister Kreisky im Juni/Juli 1962.²⁸³ Über letzteren Besuch ist von der Unterredung zwischen Gromyko und Kreisky ein ausführliches Protokoll erhalten, aus dem ersichtlich wird, dass das EWG-Verhältnis tatsächlich ein latentes Konfliktpotential zwischen Österreich und der UdSSR darstellte. Kreisky wollte Verständnis für die wirtschaftliche Notwendigkeit der europäischen Integration (in welcher Form auch immer) schaffen. Weitere Gesprächsthemen waren die Optimierung der bilateralen Wirtschaftsleistung (Stahlproduktion), Wien als Kongressstadt (Gromyko: „[...] daß wir eine Verlegung des Hauptquartier der UNO nach Österreich – und das sage ich nur ganz nebenbei – unterstützen würden.“²⁸⁴), die österreichische Neutralitätsinterpretation sowie die Errichtung von Atomforschungseinrichtungen (Forschungsinstitut in Seibersdorf sowie Überlegungen zu einem Teilchenbeschleuniger auf den Staatsgebieten Österreichs und Ungarns). In den offiziellen Gesprächen zwischen den beiden Regierungschefs Gorbach bzw. Chruschtschow wurden Fragen der internationalen Lage, die Situation in West-Berlin, Abrüstung, ökonomischer Wettbewerb zwischen Ost und West sowie das Für und Wider von

²⁷⁹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Gesprächsprotokoll Kreisky – Gromyko vom 17.5.1965

²⁸⁰ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Unterredung Kreisky – Patolitschew am 14.7.1965

²⁸¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Gespräch zwischen Prader und Malinowsky zur österreichischen Neutralität

²⁸² SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationen über die Sowjetunion 1968

²⁸³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 2. Jg., Heft 5, 1962, S. 309ff.

²⁸⁴ SBKA/VII.1/UdSSR/Box1/Konvolut Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau

freien Wahlen diskutiert.²⁸⁵ Weitere österreichische Besuche in der Sowjetunion in diesem Zeitabschnitt waren jener von Vizekanzler Pittermann im September 1962;²⁸⁶ sowie der Besuch von Verkehrsminister Otto Probst im September 1965.²⁸⁷

Nicht nur in der Sowjetunion selbst, sondern auch in der sowjetischen Einflussphäre in Ost- und Südosteuropa waren Besuche österreichische Akteure von internationaler Bedeutung. So besuchte Kreisky als zweiter westlicher Außenminister Polen (März 1960), als erster die drei Länder Rumänien (Juli 1963), Ungarn (Oktober 1964) und Bulgarien (Juli 1965).²⁸⁸ Österreich wurde damit in den 1960er Jahren mehrfach zum „Eisbrecher“ für die internationalen Beziehungen zwischen West und Ost.²⁸⁹ Aber auch später noch fungierte Österreich immer wieder als Türöffner für osteuropäische Länder, die aus der Sicht des Westens „ins Abseits“ geraten waren. Im Gegenzug dazu steuerten auch östlichen Kollegen Österreich als erstes westliches Ziel an. So etwa der bulgarische Außenminister Iwan Baschew 1964²⁹⁰ oder die Ministerpräsidenten Polens Jozef Cyrankiewicz²⁹¹ und Rumäniens Gheorge Maurer 1965²⁹². Später suchten sich auch das sowjetische Staatsoberhaupt Nikolai Podgorny 1966 sowie Nikolai Tichonow 1981 Österreich als erstes zu besuchendes westliches Land aus. Ebenso taten dies János Kádár 1976²⁹³ für Ungarn sowie Erich Honecker 1980 für die DDR. Laut Kreisky fiel es der österreichischen Außenpolitik nicht schwer aufgrund der langen historischen Verbundenheit mit den ost- und südosteuropäischen Nachbarn, die konkreten und unterschiedlichen Interessen der einzelnen Staaten zu berücksichtigen. Dabei betonte die österreichische Außenpolitik stets die Verbundenheit mit westlich-pluralistischen Werten und trat offen für eine „Normalisierung“ in der Beziehung zwischen Ost und West ein.²⁹⁴ Mit Kreiskys Besuchsdiplomatie eröffneten sich zwar noch keine freundschaftlichen Beziehungen mit den östlichen Nachbarstaaten, jedoch bildeten sie eine Voraussetzung für die Schaffung einer Besserung der Verhaltensformen auf sachpolitischer Grundlage und leiteten den Normalisierungsprozess mit nahezu allen mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten ein.²⁹⁵

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 2. Jg., Heft 6, 1962, S. 371.

²⁸⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 5. Jg., Heft 5/6, 1965, S. 391f.

²⁸⁸ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 814.

²⁸⁹ Vgl. Müller, in: Suppan/Müller (2009), S. 27.

²⁹⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 4. Jg., Heft 4, 1964, S. 247f.

²⁹¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 5. Jg., Heft 5/6, 1965, S. 393ff.

²⁹² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 5. Jg., Heft 5/6, 1965, S. 410f.

²⁹³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 6, 1976, S.375ff.

²⁹⁴ Vgl. Kramer, in: Dachs (2006), S. 817.

²⁹⁵ Vgl. Gehler (2005), S. 295.

In der lange umstrittenen Frage zum Status von West-Berlin nahm Österreich eine jedoch vom Osten divergierende Haltung ein, indem eine als „Delegation“ gekennzeichnete bei den alliierten Kommandanten akkreditierte Vertretungsbehörde, die de facto den übrigen Generalkonsulaten in der BRD gleichzusetzten war, eingerichtet wurde.²⁹⁶ Die Besuchsdiplomatie Österreichs war aufgrund der neutralen Haltung des Landes relativ flexibel und konnte über Ideologie-systemisch-bedingte Grenzen Brücken bilden. Bei einem offiziellen Besuch Kreiskys und Staatssekretär Gschnitzers in der BRD bei Bundespräsident Heinrich Lübke, Bundeskanzler Konrad Adenauer und Außenminister Heinrich von Brentano in Bonn berichtete Kreisky über seinen unmittelbar zuvor absolvierten Besuch in Polen. Kreisky konnte somit auch als Über- und Vermittler zwischen verschiedenen Ländern fungieren, obwohl er keineswegs diesen Eindruck erwecken wollte, da

„[...] eine derartige Vermittlertätigkeit gar nicht mehr zum Stil der heutigen Aussenpolitik passt, da es genügend Möglichkeiten gibt, direkte Kontakte zu etablieren.“²⁹⁷

Österreich nutzte diese direkten Kontakte mit der BRD stark aus: Im März 1960 besuchte Vizekanzler Bruno Pittermann im Rahmen einer Vortragsreise Deutschland; Justizminister Otto Tschadek im Mai Bürgermeister Willy Brandt in Berlin; Verkehrsminister Karl Waldbrunner reiste ebenso im Frühjahr in die BRD und tauschte sich mit seinen Kollegen über Fragen der Post- und Telegraphenmodernisierung aus; im November desselben Jahres stattete Landwirtschaftsminister Eduard Hartmann unter anderem Lübke, Adenauer und seinem Amtskollegen Werner Schwarz einen Besuch ab.²⁹⁸ In den Jahren 1961 und 1963 führten Kreisky Vortragsreisen über die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik in die BRD. Dabei betonte er, dass die Neutralität Österreichs keinen Modellfall für Deutschland darstellen dürfte (Österreich war damit aus dem Schatten der Deutschlandfrage herausgetreten) und führte mit Ministerkollegen Gespräche über die europäische Wirtschaftspolitik und das EWG-EFTA-Verhältnis. Zu einem weiteren offiziellen Besuch kam es im Juni 1964 – Schärf und Kreisky trafen mit Lübke und Außenminister Gerhard Schröder zusammen. Besprechungs- und Verhandlungsthemen waren wirtschaftliche Integration, Südtirol und das Verhältnis Österreichs zu seinen südosteuropäischen Nachbarn.²⁹⁹ Umgekehrt gab es bereits zu Beginn der 1960er Jahre Besuche aus der BRD in ebenfalls

²⁹⁶ Vgl. Jankowitsch, in: Rauchensteiner (2010), S. 493.

²⁹⁷ ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/Deutschland West/1,2/Ktn.610/GZ: 70.310/6(Pol)60: Kreisky im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn, 8.3.1960

²⁹⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 1 Jg., Heft 2, 1960.

²⁹⁹ SBKA/VII.1/Deutschland, Bundesrepublik/Box4/Konvolut Besuch des österreichischen Bundespräsidenten in der BRD

intensiver Form. Anfängen von Besuchen Brandts im Oktober 1960 und März 1963³⁰⁰, über eine Visite des bayrischen Ministerpräsidenten Hans Ehard im November 1960³⁰¹ bis hin zum offiziellen Besuch des deutschen Bundespräsidenten Lübke im März 1962. Lübke und sein österreichischer Amtskollege Schärf sprachen über die internationale Lage und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, konstatierten die Beziehungen als problemfrei und sprachen sich für eine Entpolitisierung der Beziehungen als wichtigen Garanten für die österreichische Unabhängigkeit aus.³⁰² Gleichzeitig orientierte sich die österreichische Außenpolitik allmählich von stark Deutschland- zu Europa/EWG-bezogen³⁰³ – dies zeichnete sich auch nach und nach in den Gesprächen und Verhandlungen ab. Im Verhältnis zur BRD spielte auch die österreichische Ausgestaltung des Verhältnisses zur DDR eine Rolle. Obwohl Österreich erst 1972 diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahm, kam es bereits Anfang der 1960er Jahre zu ersten informellen politischen Kontakten mit dem „zweiten“ deutschen Staat. So empfing etwa 1960 Vizekanzler Pittermann, der damals auch für die verstaatlichte Industrie zuständig war, den Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau. Außenminister Kreisky, der zunächst nicht über den Besuch informiert worden war, zeigte sich empört – passte doch der DDR-Besuch so gar nicht in die Nichtanerkennungspolitik Österreichs. 1964 empfing Pittermann abermals einen DDR-Politiker in Österreich, den Staatssekretär und späteren Außenminister Otto Winzer.³⁰⁴

Für die besuchsdiplomatischen Interaktionen mit den USA zeigt sich hingegen ein ähnliches Bild wie mit der anderen Supermacht UdSSR. Das Zustandekommen des Staatsvertrages selbst war das Ergebnis einer Reihe von erfolgreichen österreichischen Besuchen in der UdSSR, die mit dem Besuch im April 1955, bei dem die Ergebnisse der Verhandlungen in Form des Moskauer Memorandums dokumentiert wurden, seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen sollte.³⁰⁵ Auch zwischen Österreich und den USA starteten die offizielle Besuchsdiplomatie rasch nach der Souveränität Österreichs und intensivierte sich mit Abschluss des Staatsvertrages. Die 1960er Jahre begannen besuchsdiplomatisch mit US-Unterstaatssekretär

³⁰⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 1. Jg., Heft 2, 1960 sowie 3. Jg. Heft 2, S. 134.

³⁰¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 1. Jg., Heft 2, 1960, S. 155.

³⁰² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 2. Jg., Heft 5, 1962, S. 304f.

³⁰³ Vgl. Scherb, Margit: „...die ausgesprochen guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland mit sorgfältiger Zurückhaltung zu pflegen“. Die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, in: Scherb, Margit/Morawetz, Inge, Hg. (1990): In deutscher Hand? Österreich und sein großer Nachbar, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, S. 10.

³⁰⁴ Vgl. Graf, in: zeitgeschichte (2/2012), S. 80ff.

³⁰⁵ Vgl. Akustische Webausstellung zum Thema Staatsvertrag, Österreichische Mediathek, abrufbar unter www.staatsvertrag.at (zuletzt besucht am 2.12.2012)

Douglas Dillon im Mitte Juli 1960, also unmittelbar nach dem kontrovers diskutierten Chruschtschow-Besuch. Dillon betonte aus diesem Anlass, dass Österreich sehr wohl in der Lage sei, seine Neutralität selbst und ohne die Hilfe anderer zu bewahren. In Gesprächen mit Raab, Pittermann, Kreisky, Gschnitzer und Bock wurden erwartungsgemäß die Ost-West-Beziehungen und bilateralen Fragen behandelt. Im September des gleichen Jahres besuchte Handelsminister Frederik Mueller Österreich mit dem Ziel, alle wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu bereinigen. Außerdem diskutierte Mueller mit Handelsminister Bock über die österreichischen Möglichkeiten einer europäischen Integration.³⁰⁶ Ein Jahr später besuchte Dillon abermals im Zuge eines Meetings der IBRD (International Bank for Reconstruction and Development) Österreich und beriet mit Bundeskanzler Klaus über Maßnahmen zugunsten der Hilfe für Entwicklungsländer. Der Aufbau zu den Ländern der so genannten „Dritten Welt“ selbst begann mit Außenminister Kreisky, auf der Grundlage der Sympathien Kreiskys mit Schlagwörtern wie Befreiungsidee oder Selbstständigkeitsbestrebungen. Politische Delegationen wurden zu Staatsgründungsakten geschickt und (besuchs-)diplomatische Beziehungen nach und nach zu neu gegründeten Ländern hergestellt.³⁰⁷ Erst 1965 kam es wieder zu einem relevanten Besuch eines US-Vertreters. Cyrus Vance, der stellvertretende Verteidigungsminister, kam mit seinem österreichischen Kollegen Prader zusammen um über Truppeneinrichtungen des Bundesheeres zu beraten.³⁰⁸

Besuche in die entgegengesetzte Richtung hatten in den 1960er Jahren häufig den Zweck die offene Südtirol-Frage zur Sprache zu bringen. So geschehen im September 1960, als eine österreichische Delegation am Rande der UNO-Generalversammlung, als Kreisky und Gschnitzer mit Dillon und Staatssekretär Herter in New York zusammentrafen.³⁰⁹ 1961 reiste Bock nach Washington und beriet mit seinen US-Kollegen über die österreichische Integrationsproblematik, Zoll- und Liberalisierungsschritte sowie über bilaterale Handelspositionen. Verteidigungsminister Karl Schleinzler und Innenminister Otto Rösch besuchten 1962 den US-Außenminister Robert McNamara und suchten um einen Kredit von rund 50 Milliarden Dollar für den Kauf von Munition, Rüstungsgütern und Waffen an – weder Kreisky noch der damalige Leiter des Völkerrechtsbüros Kirchschräger warfen Bedenken

³⁰⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 1. Jg., Heft 1, 1960, S. 77.

³⁰⁷ Vgl. Gehler (2005), S. 308.

³⁰⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 5. Jg., Heft 4, 1965, S. 292.

³⁰⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 1. Jg., Heft 1, 1960, S. 80ff.

bezüglich der Neutralität ein.³¹⁰ Gorbach und Kreisky absolvierten im Mai 1962 einen offiziellen Besuch in den USA. Aus den Akten geht hervor, dass amerikanischerseits von einem kurzen und informellen Besuch ausgegangen wurde, dessen eigentlicher Zweck es war, Gorbachs außenpolitisches Prestige zu erhöhen um somit innenpolitisch zu punkten – auch Kreisky wurde rein persönliches Interesse unterstellt. Dennoch wollte man in Washington Österreichs Meinung zu den Ost-West-Beziehungen hören und führte Gespräche über den Stand der EWG-Annäherungen und die Südtirolfrage.³¹¹ Ein Jahr später reiste Kreisky abermals in die USA – diesmal um mit Präsident J. F. Kennedy und Außenminister Dean Rusk über die Südtirol-Problematik zu beraten.³¹² Kennedy interessierte sich für die Meinung Kreiskys zum Status Quo in Europa und kam – trotz mehrmaliger Versuche Kreiskys das Gespräch auf andere Thematiken zu lenken – immer wieder auf die Machtspiele innerhalb der Sowjetunion und auf die Anhaltung amerikanischer Konvois in Berlin zu sprechen. Mit dem US-Staatssekretär für politische Angelegenheiten William Harriman diskutierte Kreisky Handelsfragen hinsichtlich der EWG und Jugoslawien sowie über den Status der DDR. Kreisky klärte Harriman auch über die Bedeutung der KPÖ in Österreich auf. Bei Unterstaatssekretär George Ball, der für Wirtschaftsfragen zuständig war, konstatierte Kreisky, dass die einzige offene bilaterale Frage zwischen Österreich und den USA jene nach einem Vermögensvertrag sei. Ball versicherte Kreisky, sobald wie möglich eine Lösung finden zu wollen.³¹³ Kreisky und Außenminister Rusk trafen in den USA 1965 ein weiteres Mal aufeinander und sprachen über die österreichische Außenpolitik in der Welt und die europäische Zusammenarbeit. Kreisky galt damals schon als außenpolitischer Routinier und sprach mit Spitzenpolitikern und Journalisten und hielt Vorträge an Universitäten, vor Wirtschaftsclubs und anderen Foren.³¹⁴ Die österreichischen Besuche in den USA fanden zumeist anlässlich der jährlichen UNO-Generalversammlungen statt und wiesen in ihrem Besprechungsverlauf personelle und thematische Kontinuitäten auf.

³¹⁰ Vgl. Gehler (2005), S. 373.

³¹¹ SBKA/VII.1/USA/Box14/Gorbach und Kreisky in den USA 1962

³¹² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 3. Jg., Heft 5, 1963, S. 326ff.

³¹³ SBKA/VII.1/USA/Box14/Kreiskys Reise in die USA 1963

³¹⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 5. Jg., Heft 5/6, 1965, S. 398ff

3.2.2. 1966-1970: Kontinuitäten und neue Ziele

Die Zeit der ÖVP Alleinregierung von 1966 bis 1970 kann als eine Übergangsphase der außenpolitischen Orientierung Österreichs angesehen werden. Eine Konstante blieb allerdings erhalten – gute Beziehungen zu beiden Supermächten zu unterhalten, wie Waldheim im Folgenden ausführt:

„In einer Welt, in der zwei große Machtblöcke einander gegenüberstehen, muß für ein Land, das sich genau zwischen diesen beiden Mächtegruppen befindet, oberstes Gebot die Sorge sein, seine Unabhängigkeit in jeder Beziehung zu sichern. Bei einem kleinen Staat wie Österreich wird in dieser Situation der Grad seiner Sicherheit von dem Interesse bestimmt, das die Großmächte an der Erhaltung seiner Freiheit haben.“³¹⁵

Für Waldheim schien die Außenpolitik eines neutralen Landes weitaus schwieriger zu sein als jene eines paktgebundenen Staates.³¹⁶ Waldheim weiter:

„Der neutrale Staat soll nicht versuchen, Schiedsrichter in einem Konflikt zu sein, sondern durch eine maßvolle Politik die Gelegenheit zu Kontakten zwischen den Streitparteien offenhalten. Die dadurch mögliche vermittelnde Tätigkeit ist in solchen Krisensituationen für die Staatengemeinschaft von größerem Nutzen als Erklärungen, die den realen Möglichkeiten eines Kleinstaates nicht entsprechen.“³¹⁷

In diesem Sinne versuchte Österreich auch in der Phase der ÖVP-Aleinregierung für Wien als internationalen Treffpunkt weiter zu werben und seine Vermittlerrolle aktiv anzubieten.

Gute Beziehungen zu den Westmächten war für Österreich somit eines seiner Primärziele. Finanzminister Wolfgang Schmitz war der erste der ÖVP-Regierung, der im September 1966 in die USA reiste.³¹⁸ Im November folgte Außenminister Tončić-Sorinj mit seinem ersten offiziellen Besuch in den USA und sorgte unfreiwillig für Gesprächsstoff, als er vergaß auf das Wohl des Staatsoberhauptes einen Toast auszusprechen, was im Boulevard folgendermaßen reüssiert wurde. Es wäre *„einem Kreisky bekannt gewesen und einem Figl vorher gesagt worden“³¹⁹*. Er verstand es aber überdies sich als Vertreter der österreichischen Interessen zu präsentieren und sich medienwirksam in Szene zu setzen. Tončić-Sorinj traf unter anderem mit Rusk und dem New Yorker Bürgermeister John Lindsay zusammen. Des Weiteren führte er Diskussionen mit Journalisten und hielt Vorträge an verschiedenen

³¹⁵ Kurt Waldheim, zit. nach: Meier-Walser (1988), S. 293.

³¹⁶ ÖZA, 8. Jg., Heft 6, 1968, Vortrag Waldheim „Perspektiven der österreichischen Außenpolitik“ 7.11.1968, S. 357.

³¹⁷ Ebd. S. 358.

³¹⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 6. Jg., Heft 5, 428f.

³¹⁹ Vodopivec, Alexander, in: Kronen Zeitung, 4.6.1967 zit. nach: Meier-Walser (1988), S. 309.

Universitäten.³²⁰ Verteidigungsminister Prader stattete seinem Amtskollegen McNamara im Frühjahr 1967 einen offiziellen Besuch ab, in dem beide über die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie damit zusammenhängend über die Neutralität sprachen. Prader stellte nach dem Besuch fest, dass man in den USA bis ins kleinste Detail über Österreich informiert sei.³²¹ Ein Jahr später, im April 1968, besuchte Bundeskanzler Klaus Präsident Lyndon B. Johnson und Außenminister Rusk, wobei sich die Gesprächsthemen hauptsächlich um den thematisch alles überragenden Vietnamkrieg und um die europäische Integration drehten. Außenminister Waldheim, der Klaus begleitete, erreichte bei seinen offiziellen Besuchen in den USA relativ großen Einfluss, da er durch seine vorherige diplomatische Tätigkeit mit der Johnson-Administration auf Tuchfühlung gehen konnte. Ziel war es, so Klaus, die Wirtschaftsbeziehungen zu stärken. Allerdings wurden die Verhandlungen von der Ermordung Robert Kennedys und Martin Luther Kings sowie einem durch die innen- und außenpolitisch schwierige Situation müde gewordenen Johnson überschattet. Die USA behandelten Österreich mit geringem, aber zumindest freundlichem Interesse³²² – hohe offizielle Besuche in Österreich sind in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung allerdings keine dokumentiert.

Im Gegensatz dazu gab es mehrere „High-Level“-Besuche sowjetischer Politiker. Allen voran ist der Besuch Nikolai Podgornys zu nennen, der als sowjetisches Staatsoberhaupt Österreich im November 1966 einen rund einwöchigen offiziellen Besuch abstattete. Neben zahlreichen kulturellen Veranstaltungen und Betriebsbesichtigungen, führten Podgorny bzw. Mitglieder seiner Delegation Gespräche über die obligatorische Neutralitätsfrage, die Teilung Deutschlands und das EWG-Problem. Im gemeinsamen Kommuniqué ist allerdings keine Rede von irgendwelchen Spannungen in der Frage einer möglichen EWG-Assoziation.³²³ Nach dem Podgorny-Besuch kam es zu einer Reihe von vornehmlich wirtschaftspolitischen Gegenbesuchen – so etwa der Besuch von Handelsminister Bock samt Wirtschaftsdelegation bei Außenhandelsminister Patolitschew im Dezember 1966, bei dem die Sowjetunion den Wunsch nach höheren österreichischen Bezügen von Maschinen äußerte und die Frage einer möglichen Erdgas-Pipeline vom Ural über Österreich zur Sprache brachte. Bock nahm dabei eine eher restriktive Haltung ein.³²⁴ Im März 1967 besuchten Klaus, der sich immer besonders

³²⁰ Vgl. Meier-Walser (1988), S. 309.

³²¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 7. Jg., Heft 2, 1967, S. 159.

³²² Vgl. Meier-Walser (1988), S. 307ff.

³²³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 6. Jg., Heft 6, 1966, S. 473.

³²⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 6. Jg., Heft 6, 1966, S. 467.

genau auf die UdSSR-Besuche vorbereitete³²⁵, und Tončić-Sorinj Podgorny sowie Ministerpräsident Alexej Kossygin. Auf der Tagesordnung standen viele wichtige bilaterale Fragen zwischen den beiden Ländern wie beispielsweise der Rhein-Main-Donau-Kanal, Erdgaslieferungen oder das Lukrieren von Aufträgen. Im Abschlusskommuniqué findet sich ausnahmsweise auch ein Verweis auf die EWG-Annäherung, die von der UdSSR als problematisch angesehen wurde und für die sich Österreich immer wieder rechtfertigen musste.³²⁶ Klaus zeigte sich stark am „Osten“ interessiert und war vom Besuch in der UdSSR beeindruckt.³²⁷ Abschlusskommunikés mit der UdSSR haben trotz ihrer scheinbaren Oberflächlichkeit (dies zeigt sich auch bei sämtlichen Kommuniqué der anderen Schwerpunktländer) eine hohe Bedeutung und enthalten nahezu immer die gleichen Bausteine: friedliche Koexistenz, Meinungs austausch, Beitrag zum Frieden in Europa auf Grundlage der friedlichen Koexistenz, Betonung der positiven Seiten einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie Wunsch nach Fortsetzung regelmäßiger Kontakte zwischen Staatsmännern beider Länder. Unersetzlich waren für die UdSSR jeweils starke Formulierungen hinsichtlich des Staatsvertrages und der österreichischen Neutralität einzubringen.³²⁸

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion sind einerseits stark determiniert von welt- bzw. sicherheitspolitischen Ereignissen und andererseits von handelspolitischen Interessen. Die häufigen gegenseitigen Besuche sowjetischer Wirtschaftsdelegationen belegen dies. 1968 traf der sowjetische Luftfahrtsminister Jewenij Longinow Außenminister Waldheim zur Unterzeichnung eines Luftfahrtabkommens, das bereits beim Besuch der österreichischen Delegation 1967 in Moskau andiskutiert wurde,³²⁹ oder in die entgegengesetzte Richtung als Handelsminister Mitterer im Juli 1969 in Moskau Kossygin zu wirtschaftlichen Gesprächen traf.³³⁰ Im Dezember 1968 besucht Patolitschew abermals Österreich, traf mit Bundespräsident Jonas, Klaus, Waldheim und Handelsminister Mitterer zusammen und unterzeichnete ein sowjetisch-österreichisches Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, das zuvor bei einem offiziellen Besuch Waldheims in Moskau im Frühjahr 1968 vorbereitet wurde. Daneben besprach Waldheim

³²⁵ Vgl. Meier-Walser (1988), S. 306.

³²⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 7. Jg., Heft 2, 1967, S. 165.

³²⁷ Vgl. Meier-Walser (1988), S. 295.

³²⁸ SBKA/VII.1/UdSSR/Box5/Vorbereitungen zu den Kommuniqué-Verhandlungen anlässlich des Kreisky Besuches in Moskau 1978, Abriss der letzten Kommuniqué-Formulierungen; sowie: vgl. Haymerle, in: Bielka/Jankowitsch/Thalberg (1983), S. 176.

³²⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 8. Jg., Heft 4, 1968, S. 233.

³³⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 9. Jg., Heft 4, 1969, S. 240f.

unter anderem mit Kossygin und Gromyko – wie nicht anders zu erwarten – die österreichische Haltung zur europäischen Integration, Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie Ansätze im Bereich Non-Proliferation und unterzeichneten ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Der Grundtenor des Abschlusskommuniqués war, dass sich die bilateralen Beziehungen fruchtbar entwickeln würden.³³¹ Dieses Treffen war für längere Zeit das letzte in seiner High-Level-Zusammensetzung. Danach gab es zwar auch intensive besuchsdiplomatische Interaktionen, allerdings eher auf hierarchisch niedrigeren Ebenen. Für die Legislaturperiode der ÖVP-Alleinregierung traf Patolitschew ein letztes Mal im Januar 1970 in Wien ein um an der Tagung der sowjetisch-österreichischen gemischten Kommission teilzunehmen und Verhandlungen im Rahmen der Strategic Arms Limitation Talks zu führen.³³² Obwohl zum Zeitpunkt von Klaus' Amtsantritt gewisse Rückschläge in den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Wien und Moskau zu bemerken waren und die politischen Kontakte von der durch die UdSSR nicht goutierten EWG-Annäherungen und der CSSR-Krise überschattet wurden³³³, intensivierten sich die bilateralen Kontakte. Diese hohe Besuchsfrequenz zwischen Österreich und der Sowjetunion erstaunt vor allem im Vergleich zum weitaus geringeren Austausch mit den USA. Annahmen, wonach die ÖVP aufgrund ihrer innerparteilichen Werte an und für sich stärker in Richtung Westen tendieren hätte müssen, würden dadurch entkräftet werden. Doch das angespannte Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus wurde bereits in der Nachkriegszeit deutlich. Hingegen setzten ÖVP-Politiker, allen voran Raab und später auch Klaus, auf freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion und im weiteren Sinne auch ihren Satellitenstaaten an den Ost-Grenzen Österreichs.

„Die Hervorhebung der spezifischen Bedeutung des ‚Ostens‘ und des ‚Donauraumes‘ für die österreichische Außenpolitik war Klaus ein wichtiges Anliegen, wobei ein spezifisches Sendungsbewusstsein mitschwang.“³³⁴

Zwischen der BRD und Österreich gab es ein grundsätzliches Vertrauensverhältnis, trotz gewisser nachbarschaftlicher Reibungen. Die Spitzenbeamten verkehrten und telefonierten regelmäßig miteinander.³³⁵ Die Besuchskontakte zwischen Österreich und der BRD waren durchgehend hoch, wobei die Gegenbesuche Ende der 1960er Jahre in der Dokumentation zu stagnieren scheinen. Im Februar 1967 nahm Außenministeriums-Staatssekretär Carl Heinz

³³¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 8. Jg., Heft 6, 1968, S. 368f.

³³² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 10. Jg., Heft 1, 1970, S. 30f.

³³³ Vgl. Meier-Walser (1988), S. 297

³³⁴ Archiv der Gegenwart, 5.5.1967 zit. nach: Gehler (2005), S. 350.

³³⁵ Vgl. Bauer, Friedrich: Österreichische Erfahrungen mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Gehler/Böhler (2007), S. 585.

Bobleter bei einem Vortragsbesuch beim deutschen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zu Fragen der Ost-West-Beziehungen sowie zu Wien als deren Verbindungsort im Zeichen des Entspannungsprozesses Stellung.³³⁶ 1969 traf sich Klaus mit Kiesinger zu einem inoffiziellen Gespräch über die europäische Einigung bzw. die österreichische EWG-Annäherung, wobei Klaus das besondere Interesse der neutralen Länder an einer Beteiligung am Gemeinsamen Markt hervorhob.³³⁷ Diese beiden Besuche waren die einzigen dokumentierten High-Level-Kontakte in der BRD in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung. Natürlich kam es zu einer Reihe von vor allem Schwester-parteilichen Treffen, die aber aufgrund der Platzökonomie hier nicht behandelt werden können. Besuche von BRD-Spitzenpolitikern in Österreich auf der anderen Seite stiegen ab Mitte der 1960er Jahre kontinuierlich an. Im Juni 1968 besuchte Brandt, zu diesem Zeitpunkt Außenminister, Wien und sprach mit Klaus, Vizekanzler Hermann Withalm und Waldheim abermals über die europäische Integration sowie wirtschaftliche Angelegenheiten.³³⁸ Auch Bundeskanzler Kiesinger führte im März 1969 einen Staatsbesuch bei Jonas, Klaus und Withalm mit allen dazugehörigen protokollarischen Gepflogenheiten und kulturellen Rahmengestaltungen durch. Der Besuch stand unter dem Zweck die bilateralen Beziehungen zu pflegen³³⁹ – so auch der nächste (und für die Phase der ÖVP-Alleinregierung letzte) Besuch: Der parlamentarische Staatssekretär im deutschen Außenamt Gerhard Jahn tauschte sich in einer längeren Aussprache im Juli desselben Jahres mit Waldheim über die internationale Lage und erneut über die europäische Wirtschaftsintegration aus.³⁴⁰ In Bezug auf die Beziehungen zur BRD bzw. zur DDR versuchte Österreich die Grenzen der Hallstein-Doktrin selbst auszuloten. Durch die Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen, kam es zu weiteren politischen Kontakten zwischen Österreich und der DDR. 1967 besuchte das Politbüro-Mitglied Günter Mittag Österreich und wurde von Josef Taus, dem damaligen Staatssekretär für Verkehr und verstaatlichter Industrie, empfangen, was zu einigen Verstimmungen zwischen Österreich und der BRD führen sollte.³⁴¹

³³⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 7. Jg., Heft 1, 1967, S. 60

³³⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 9. Jg., Heft 3, 1969, S. 186.

³³⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 8. Jg., Heft 3, 1968, S. 154f.

³³⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 9. Jg., Heft 2, 1969, S. 117f.

³⁴⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 9. Jg., Heft 4, 1969, S. 239.

³⁴¹ Vgl. Graf, in: zeitgeschichte (2/2012), S. 82f.

3.2.3. 1970-1983: Besuchsdiplomatische Hochblüte und langsames Abklingen

Die dritte hier betrachtete Phase, die Ära Kreisky, gilt allgemein als Höhepunkt der österreichischen aktiven Neutralitätspolitik. Gleiches kann für die Besuchsdiplomatie konstatiert werden. Für Bundeskanzler Kreisky hatte Außenpolitik auch eine starke innenpolitische Komponente. Kreisky selbst durchlief vor dieser Phase verschiedene Positionen im Außenamt bzw. übernahm später die Leitung des Außenministeriums. Er blieb auch als Kanzler ein aktiver Außenpolitiker, knüpfte an seine vorherigen Tätigkeiten an und versuchte zusammen mit seinen Regierungsmitgliedern der einzelnen Legislaturperioden in möglichst viele Richtungen Beziehungen und besuchsdiplomatische Kontakte aufzubauen, zu pflegen oder zu intensivieren, wie im folgendem längeren Abschnitt zu sehen sein wird.

Der Balanceakt zwischen den beiden Supermächten zu Beginn der 1970er Jahre

Zu Beginn der Amtszeit Kreiskys stand Wien im Mittelpunkt der SALT-Konferenz, bei der amerikanische und sowjetische Delegationen in Wien weilten. Ende 1969 stimmte die sowjetische Regierung nach einigem Zögern einer Verlegung der Abrüstungsgespräche von Helsinki nach Wien zu, was als Indiz für die Besserung der Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR gewertet werden konnte, die seit der CSSR-Krise als angespannt galten.³⁴² Insgesamt kann die Periode zwischen 1973 und 1982 als die wohl entspanntesten in den österreichisch-sowjetischen bilateralen Beziehungen der Nachkriegszeit angesehen werden. Sowohl Österreich als auch die UdSSR versuchten, die Beziehungen zu freundschaftlich wie möglich zu gestalten – auch wenn humanitäre Fragen ein gewisses Konfliktpotential zwischen den beiden Ländern evozierte.³⁴³ Der erste große Besuch aus der UdSSR bei Kreisky, dessen Erklärung zur Kontinuität der österreichischen Außenpolitik in Moskau mit Genugtuung aufgenommen wurde, war jener des sowjetischen Außenhandelsminister Patolitschew im August 1970. Während des offiziellen Besuchs wurde ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Österreich und der UdSSR unterzeichnet.³⁴⁴ Gromyko besuchte Wien kurz im Oktober 1970 und führte mit Außenminister Kirchschräger Besprechungen zur

³⁴² SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁴³ Vgl. Müller, Wolfgang (2011): A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955-1991, ÖAW, Wien, S. 253f.

³⁴⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 10. Jg., Heft 3, 1970, S. 235.

europäischen Sicherheitskonferenz.³⁴⁵ Die UdSSR war von Anfang an stark am kulturellen Austausch zwischen den beiden Ländern interessiert. Die kulturelle Zusammenarbeit erreichte 1971 einen damaligen Höhepunkt in Form eines Austauschs erfolgreicher Gastspiele der Wiener Staatsoper in Moskau bzw. des Bolschoj-Theaters in Wien.³⁴⁶ Der Besuch der sowjetischen Kulturministerin Jekatarina Furzewa im Oktober 1971 verlieh dem Wunsch nach einer weiteren Intensivierung der kulturellen Beziehungen offiziell Nachdruck.³⁴⁷

Den Mittelpunkt der sowjetisch-österreichischen Besuchs-Beziehungen bildeten aber Wirtschaftskooperationen.³⁴⁸ Auch die SPÖ-Regierung hatte ein starkes handelspolitisches Interesse und sah die Besuchskontakte daher pragmatisch. Beispielsweise als Patolitschew zu Beginn des Jahres 1973 Österreich besuchte und ein Zehnjahres-Abkommen unterzeichnete, dessen Schwerpunkt in einer langfristigen Kooperation auf industriellem Gebiet zu sehen war³⁴⁹ und bei der die Vertiefung der österreichisch-sowjetischen Beziehungen eine gewichtige Rolle spielen sollte.³⁵⁰ Trotz dieser Besuche wurde seitens des österreichischen Außenministeriums ein gewisser „sowjetischer Rückstand“ im Austausch offizieller Besuche festgestellt. Der letzte Besuch eines österreichischen Regierungschefs in Moskau (Klaus‘ Besuch 1967) wurde erst im Juli 1973 von Ministerpräsident Kossygin erwidert. Der Besuch koinzidierte mit dem Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki. Sowjetischerseits wurde dabei immer wieder die konstruktive Rolle Österreichs gewürdigt, was angesichts der Verstimmungen bezüglich des 1972 unterzeichneten Freihandelsabkommen zwischen Österreich und der EG als Zeichen für eine Besserung der Beziehungen gewertet werden konnte. Zuvor war es zum Austausch mehrerer Aide Mémoires gekommen, in denen die UdSSR Österreich noch einmal die offizielle Bestätigung abrang, dass durch das unterzeichnete Abkommen, die Verpflichtungen des Staatsvertrages und die Neutralität nicht berührt werden würde. Zusätzlich sollte es zu baldmöglichen Verhandlungen über weitere wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Projekte im Rahmen der österreichisch-sowjetischen Gemischten Kommission kommen.³⁵¹ Wie bereits in den vorherigen Kapiteln betont, hatte die EWG-Frage das österreichische Verhältnis zur UdSSR jahrelang überschattet. Bereits im Dezember 1970 stellte Gromyko im Gespräch mit

³⁴⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA 10. Jg., Heft 5, 1970, S. 333.

³⁴⁶ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁴⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 11. Jg., Heft 5, 1971, S. 277ff.

³⁴⁸ Vgl. Lobova, in: Rathkolb/Maschke, Lütgenau (2002), S. 143.

³⁴⁹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁵⁰ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Österreichisch-sowjetisches Kommuniqué 5.7.1973

³⁵¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

österreichischen Diplomaten fest, dass es entscheidend sei, die Verpflichtungen des Staatsvertrages und Neutralität genau zu beachten – „*wenn es keine Abweichungen von der bewährten Linie gibt, dann ist alles gut*“³⁵². 1971 war auch Staribacher nach Moskau gereist und traf sich aus Anlass der Tagung der österreichisch-sowjetischen Kommission mit Kossygin. Dabei legte Staribacher zum wiederholten Male den Standpunkt Österreichs in der EWG-Frage dar.³⁵³ Die kritische sowjetische Linie wurde daraufhin immer seltener und weniger polemisch.³⁵⁴ Einerseits beruhigte die Art der österreichischen Verhandlungsführung mit Brüssel die Sowjets und andererseits hatte sich die Haltung der UdSSR in der EWG-Frage gewandelt.³⁵⁵

Kossygin reiste 1973 mit einer größeren Delegation an und kam zu Besprechungen mit Jonas, Kreisky, Staribacher, Sozialminister Rudolf Häuser sowie Finanzminister Hannes Androsch zusammen. Kossygin hatte zuvor Schweden besucht – Österreich reihte sich somit in die damalige Ausrichtung der sowjetischen Besuchsdiplomatie ein. Die Besprechungen drehten sich hauptsächlich um wirtschaftliche Fragen, die im Rahmen der österreichisch-sowjetischen Kommission unter der durch die EG-Frage entstandenen „*ungleichen Bedingungen für die Sowjetunion auf dem österreichischen Markt*“³⁵⁶ diskutiert wurden.³⁵⁷ Im Außenministerium hatte man sich auch auf andere Fragen vorbereitet, die allerdings in einem weitaus geringeren Maße zur Sprache kamen: Eine eventuelle Einflussnahme des sowjetischen Außenhandelsministeriums bezüglich einer Schilling-Fakturierung durch österreichische Exportfirmen, die Erhöhung österreichischer Erdgasbezüge sowie die Errichtung einer sowjetischen Bank in Wien³⁵⁸, die schlussendlich im April 1974 eröffnet wurde. Während des Besuches unternahm Kossygin einen Ausflug in die Wachau und erkundigte sich im Hotel Imperial³⁵⁹, im dem die sowjetische Delegation untergebracht war, bei den Angestellten – entgegen des Protokolls – über deren tatsächlichen Lebensumstände, um sich vom „Einfluss des Kapitalismus“ selbst ein Bild zu machen.³⁶⁰ Beide Staaten nahmen im gemeinsamen Abschlusskommuniqué mit Zufriedenheit die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen (Viermächteabkommen

³⁵² SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Gromyko in: Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁵³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 11. Jg., Heft 3, 1971, S. 157f.

³⁵⁴ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁵⁵ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappe zum offiziellen Besuch Bundeskanzler Kreiskys in Moskau Ende Mai 1974

³⁵⁶ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Vorbereitung von möglichen Fragen für den Besuch Kossygin 1973

³⁵⁹ Das Hotel Imperial war und ist zum Teil auch heute noch die erste Wiener Adresse, wenn es um die Unterbringung ausländischer Staatsgäste geht und ging.

³⁶⁰ Vgl. Haymerle, in: Bielka/Jankowitsch/Thalberg (1983), S. 186.

1971, Ostverträge und deutsch-deutscher Grundlagenvertrag) zur Kenntnis und sprachen von einem „Wendepunkt“ in den Ost-West-Beziehungen. Als „Krönung“ dieses offiziellen Besuches mit intensiven Arbeitsbesprechungen wurden verschiedene Abkommen und Programme unterzeichnet, so etwa ein langfristiges Programm über die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen-technischen und industriellen Zusammenarbeit, ein Abkommen über den internationalen Straßenverkehr und ein neues Programm über die bilaterale kulturelle Zusammenarbeit bis 1974.³⁶¹

Neben Besuchen von Journalistendelegationen (1974 und 1975) und interministeriellen Sitzungen zur Ausarbeitung eines neuen Zahlungsabkommens, sind Mitte der 1970er Jahre noch die Reisen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Motiejus Schumauskas aus Anlass des 30. Jahrestages der sowjetischen Befreiung im April 1975³⁶² sowie jene des stellvertretenden Außenministers Wassili Kusnezow im Zuge der Feierlichkeiten zu zwanzig Jahren Staatsvertrag zu erwähnen. Bei letzterem fanden sich auch der britische Siegelbewahrer Lord Shepard, der amerikanische Justizminister Edward Levi sowie der französische Minister für Wirtschaftskooperation Pierre Abelin in Wien ein.³⁶³ Im Mai 1975 reiste Patolitschew neuerlich nach Wien, um im Rahmen der Tagung der österreichisch-sowjetischen Gemischten Kommission bei Handelsminister Staribacher (und Bundespräsident Kirchschräger) ein Abkommen über die wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie ein neues Handels- und Zahlungsabkommen zu unterzeichnen.³⁶⁴

In der ersten Amtszeit Kreiskys als Bundeskanzler zu Beginn der 1970er Jahre gab es mehrere hohe Besuche österreichischer Akteure in Moskau. Im Jahr 1971 reiste Außenminister Kirchschräger gleich zweimal nach Moskau. Im Januar stattete er Podgorny, Kossygin, Gromyko, Patolitschew und Fuzzewa einen offiziellen Besuch ab. Dabei wurde das unveränderte sowjetische Interesse an einem weiteren Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich auf allen Gebieten betont. Ebenso wurde der Stabilisierungs- und Entspannungsfunktion Österreichs im mitteleuropäischen Raum große Bedeutung beigemessen. Gesprochen wurde auch über den österreichischen Wunsch einer extensiven Interpretation des Art. 13 des Staatsvertrages (Raketenfrage) sowie über die EFTA-EWG-

³⁶¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Österreichisch-sowjetisches Kommuniqué 5.7.1973

³⁶² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 2, 1975, S. 95f.

³⁶³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 3, 1975, S. 158f.

³⁶⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 3, 1975, S. 171.

Bestrebungen und Erdgaslieferungen.³⁶⁵ Die bevorstehende Nominierung eines neuen UNO-Generalsekretärs, bei der der spätere Generalsekretär Waldheim von den Österreichern natürlicherweise stark unterstützt wurde, war beim zweiten Besuch Kirchschrägers im Oktober 1971 von Bedeutung. Daneben ging es in gewohnter Weise um den Handelsverkehr zwischen Österreich und der UdSSR.³⁶⁶ So auch beim Besuch Finanzminister Androschs bei seinem Amtskollegen sowie Kossygin, um zu versuchen, die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder voranzutreiben.³⁶⁷

Den Höhepunkt österreichischer Besuchsdiplomatie in der Sowjetunion stellte im Mai 1974 der offizielle Besuch Kreiskys in Moskau dar, der von der aufkommenden Polarka-Affäre³⁶⁸ überschattet wurde. Die UdSSR reagierte scharf auf die Meldungen in österreichischen Medien und bezeichnete die ganze Angelegenheit als antisowjetische Fälschung über die es sich nicht lohnen würde auch nur ein Wort zu verlieren.³⁶⁹

„As usual in such cases, Moscow denied the message and attacked the messenger.“³⁷⁰

Dieser Ungereimtheit ungeachtet, versuchten die sowjetischen Massenmedien den Besuch Kreiskys publizistisch vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wurden die gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen trotz aller Verschiedenheiten, kultureller Ordnungen und jeweiligen historischen Schicksale hervorgehoben.³⁷¹ Mit einer großen Delegation angereist, waren unter anderem Besprechungen zwischen Kreisky und dem sowjetischen Staatsoberhaupt Leonid Breschnew sowie Podgorny und Kossygin geplant. Breschnew sagte das Treffen allerdings wegen einer Erkrankung kurzfristig ab, was zu Verstimmungen innerhalb der österreichischen Delegation führte.

„Man nimmt an, daß es sich um eine diplomatische Krankheit Breschnjews handelte, der unterdessen mit dem gerade aus Damaskus zurückgekehrten Außenminister Gromyko Gespräche über die neue Lage im Nahen Osten geführt haben könnte.“³⁷²

³⁶⁵ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973

³⁶⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 11. Jg., Heft 5, 1971, S. 280ff.

³⁶⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 12. Jg., Heft 3, 1972, S. 175.

³⁶⁸ Die so genannte „Polarka-Affäre“ entstand als sowjetische Pläne öffentlich bekannt wurden, die eine Angriffsoption der Warschauer-Pakt-Truppen von der Tschechoslowakei aus über Österreich gegen Jugoslawien enthielten.

³⁶⁹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappe zum offiziellen Besuch Bundeskanzler Kreiskys in Moskau Ende Mai 1974

³⁷⁰ Müller, in: Suppan/Müller (2009), S. 276.

³⁷¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Informationsmappe zum offiziellen Besuch Bundeskanzler Kreiskys in Moskau Ende Mai 1974

³⁷² SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Pressestimmen zum Kreisky-Besuch in Moskau, Die Welt, Hamburg 31.5.1974

Mit Kossygin hatte Kreisky ein längeres Arbeitsgespräch, von dem die „*ziemlich bissigen Antworten Kossygins*“³⁷³ medial rezipiert wurden. Auf der Tagesordnung standen zwei große Themenblöcke: Politische und bilaterale wirtschaftliche Fragen. Hinsichtlich einer europäischen Sicherheitskonferenz hielt Kreisky eine baldige Gipfelkonferenz für voraussichtlich nicht sehr erfolgreich. Kossygin wurde daraufhin misstrauisch und warf Kreisky vor, sein Standpunkt sei aufgrund von Beratungen mit Persönlichkeiten anderer Staaten zurückzuführen, woraufhin Kreisky verneinte und das österreichische „Commitment“ hinsichtlich der Konferenz bekräftigte. In Anbetracht der Lage im Nahen Osten sprachen sich beide für eine rasche Lösung der Palästinenserfrage aus. Im Rahmen der Verhandlungen zu wirtschaftlichen Fragen merkte Kreisky an, dass seit Beginn des Jahres 1974 eine erfreuliche Entwicklung des Handelsverkehrs zu vermerken sei. Bisher würden zirka 40 % des Wirtschaftsverkehrs über die verstaatlichte Industrie abgewickelt werden, wobei Österreich eine Erhöhung der Erdgaslieferungen und Bezüge an Erzen, Kohlen und Legierungen anstrebte. Kreisky sprach seine Hoffnung über Zuschläge österreichischer Offerte im sowjetischen Industriebereich sowie auf eine Fortsetzung von sowjetischen Großaufträgen in Österreich in Hinblick auf den Rhein-Main-Donau-Kanal aus. Weiters bekundete Kreisky das österreichische Interesse an einer Verlängerung der Pipeline „Druschba“ ab Bratislava. Kreisky schlug außerdem vor, da es in letzter Zeit erfreuliche Verhandlungen zwischen österreichischen Klein- und Mittelbetrieben und sowjetischen Stellen über Joint-Ventures gegeben hatte, während der Dauer des Besuchs diesbezüglich unterstützende Arbeitsgruppen einzurichten. Kossygin meinte, dass die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen sehr wichtigen Faktor für den Status der Gesamtbeziehungen der beiden Staaten darstellen würde und dass unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit den österreichischen Bedürfnissen Rechnung getragen werde.³⁷⁴ All diese Themen fanden auch im gemeinsamen Abschlusskommuniqué – natürlich in einer weitaus diplomatischeren Sprache – ihren Widerhall.³⁷⁵

Österreich war Mitte der 1970er Jahre unumstritten ein wichtiger Treffpunkt internationaler Diplomatie zwischen Ost und West geworden, so trafen beispielsweise im Juli 1975 in Wien die beiden Außenminister Gromyko und Kissinger zu Besprechungen zusammen. Im Zuge dieser Besprechungen besuchten beide auch Kreisky und erörterten gemeinsame politische

³⁷³ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Pressestimmen zum Kreisky-Besuch in Moskau, Pressemeldungen vom 31.5.1974

³⁷⁴ SBKA/VII.1/UdSSR/Box2/Protokoll des Arbeitsgesprächs zwischen Kreisky und Kossygin am 29.5.1974

³⁷⁵ Vgl. Wortlaut des gemeinsamen sowjetisch-österreichischen Kommuniqués über den Besuch von Bundeskanzler Kreisky in der Sowjetunion, unterzeichnet am 31. Mai 1974, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 3, 1974

Probleme. Offenbar war es beiden Supermächten wichtig, auf Österreich als unabhängigen und neutralen Staat hinzuweisen.³⁷⁶ Insgesamt stiegen internationale Besuche zu Beginn der 1970er Jahre stark an. Auch von US-amerikanischer Seite besuchten wieder vermehrt US-Politiker Österreich. Den Anfang machte im November 1970 Finanzminister David Kennedy, der im Rahmen eines Privatbesuches bei Kreisky und Androsch seine Besorgnis aufgrund protektionistischer Gesetze ausdrückte.³⁷⁷ Auf Kennedy folgte im Mai 1971 wiederum ein wirtschaftspolitischer Akteur: Maurice Stans, der US-Handelsminister, besuchte Kreisky und Staribacher.³⁷⁸ In der Zwischenzeit kam es zu weiteren Besuchen, deren Anlass zumeist Vortragsreisen oder Privatbesuche waren. Im Mai 1972 machte US-Präsident Richard Nixon auf der Reise in die UdSSR zum SALT-I-Abkommen einen Zwischenstopp in Salzburg. Zwischen Nixon, Außenminister William P. Rogers sowie Kreisky und Kirchschräger wurde die konstruktive österreichische Neutralität und deren schöpferische Anwendung im Ost-West-Konflikt gelobt sowie die europäische Sicherheitskonferenz zur Sprache gebracht. Österreich bzw. Wien hatten sich zu diesem Zeitpunkt als Austragungsort der KSZE beworben, im Endeffekt aber wurde die Konferenz in Helsinki abgehalten. Kirchschräger betonte in diesem Zusammenhang vor der Presse, dass nach seinem jüngsten Aufenthalt in Finnland dennoch keine Initiativen ergriffen werden würden:

„Denn wenn es jetzt etwas gibt, was uns international hilft, so ist es der Umstand, niemanden um etwas bitten zu müssen.“³⁷⁹

Sollte man dennoch an Österreich herantreten, würde die Regierung sicherlich nicht „Nein“ sagen, so Kirchschräger weiter. Nach den Arbeitsbesprechungen lud Nixon zu einem Gegenbesuch in die USA ein.³⁸⁰ Der Aufenthalt wurde von Protesten begleitet, die sich gegen Nixons Vietnam-Politik richteten. Unter den Demonstranten war auch Kreiskys Sohn Peter sowie weitere führende Personen der Linken bzw. sozialistischen/sozialdemokratischen Gruppierungen (wie etwa Barbara Coudenhove-Kalergi), die sich neben der Kritik an Nixon auch gegen den ORF wandten, der ihrer Ansicht nach, nicht zum Komplizen der USA werden durfte.³⁸¹ Die Bilder von prügelnden Polizisten gingen an die meisten Zeitungen und die

³⁷⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 3, 1975, S. 161.

³⁷⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 10. Jg., Heft 6, 1970, S. 389.

³⁷⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 11. Jg., Heft 3, 1971, S. 146.

³⁷⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 12. Jg., Heft 3, 1972, S. 162

³⁸⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 12. Jg., Heft 3, 1972, S. 162

³⁸¹ In diesem Zusammenhang wurden vergangenheitspolitische Themen in die Rhetorik des Kalten Krieges mit eingebaut. Die Kritik wandte sich hauptsächlich gegen die Besetzung Alfons Dalmas als ORF-Chefredakteur, dessen frühe journalistische Tätigkeit für Ustascha-nahe Blätter für Unmut sorgte und schließlich zur Absetzung führte.

Eskalation zwischen „links“ und „rechts“ spiegelte sich in den Medien wider.³⁸² Zwei Jahre später legte Nixon einen Zwischenstopp in Salzburg ein. Dieses Mal war der US-Präsident auf der Reise in den Nahen Osten und führte mit Kreisky (Kissinger und Kirchschräger waren ebenfalls anwesend) im Juni 1974 diesbezügliche, hermetisch abgeriegelte, Besprechungen im Schloss Kleßheim. Nixon wollte erfahren, welche Eindrücke Kreisky während seiner Nahostreisen erhalten habe. Kreisky verwies auf die Komplexität der Situation und lobte Sadat im Vergleich zu seinem Vorgänger Gamal Abdel Nasser als Staatsmann mit großen Qualitäten. Der Westen solle, so Kreisky, vorsichtig sein, dass man Sadat nicht zu viel Lob zu Teil werden lasse, da dies in der arabischen Welt Schaden anrichten könnte. Zur Palästinenser-Frage erklärte Nixon, dass Israel in den USA nicht nur ein außen- sondern auch innenpolitisches Problem darstelle, versicherte aber, dass er für die Anliegen der Palästinenser Sympathien hege, aber schlussendlich auf eine stetige und geduldige Diplomatie hoffe. Der zweite große Themenblock, den die Staatsmänner besprachen, war der Abschluss der KSZE. Kreisky führte aufgrund der kürzlich erhaltenen Informationen seiner Moskau-Reise aus, dass die Sowjetunion einen baldigen Abschluss der Gipfelkonferenz wünschten und Konzessionen auf dieser Ebene sicher leichter zu erhalten seien, als auf einer niedrigeren Ebene. Darauf antwortete Nixon: „*What is in for us?*“ Kreisky schweifte aus und legte dar, dass der Kalte Krieg eine Festungsatmosphäre schaffe – Entspannung aber erzeuge Liberalisierung. Nixon war weiter skeptisch und fragte, ob die KSZE vielleicht gar nur Symbolcharakter habe und äußerte sich über den Begriff „Détente“ kritisch: „*If we talk détente Europeans don't like it.*“³⁸³ Insgesamt war Nixon dennoch und trotz der Watergate-Affäre in bester Laune. Nixon brachte sein psychologisches Besuchsgeschick zum Einsatz und traf damit den außen- und identitätspolitischen Nerv Österreichs, in dem er sagte:

„*And in a sense I think we can say that this great free and independent nation, Austria, now symbolizes a bridge between East and West, a bridge of peace.*“³⁸⁴

Nixon, der wenig später zurücktrat, besuchte Österreich 1982 noch einmal und führte mit Kreisky einen Meinungsaustausch über die angespannte internationale Lage.³⁸⁵

Da Kreisky nur wenige Tage zuvor von seinem Besuch aus der UdSSR zurückgekehrt war, schaffte er es innerhalb von nicht einmal zehn Tagen in ein Naheverhältnis zu beiden

³⁸² Vgl. Molden, in: Rauchensteiner (2010), S. 733ff.

³⁸³ SBKA/VII.1/USA/Box10/Gespräch Kreiskys und Kirchschrägers mit Nixon und Kissinger, Salzburg, 11.6.1974

³⁸⁴ SBKA/VII.1/USA/Box10/Begrüßungsansprachen Nixons und Kreiskys in Salzburg, 10.6.1974

³⁸⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 1, 1982, S. 200f.

Weltmächten zu treten. Der abermalige Besuch Nixons in Salzburg sowie mehrere eingehende Gespräche mit Kissinger machten Kreisky in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit allmählich zu einem Fixpunkt internationaler Politik.³⁸⁶ Anlässlich eines politischen Treffens zwischen dem neuen US-Präsidenten Gerald Ford bzw. Außenminister Kissinger im Juni 1975 mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Anwar El-Sadat nutzte Kreisky die Gelegenheiten des Salzburger Gipfels zu Gesprächen mit den Staatsspitzen.³⁸⁷ Ein weiteres interessantes Zusammentreffen ist jenes von mehreren US-Senatoren mit Kanzler Kreisky im August 1975. Dabei wurde die Möglichkeiten eines Art Marshall-Plans für die „Vierte Welt“ diskutiert.³⁸⁸ In den folgenden Jahren kamen immer wieder Senatoren und andere regierungsnahen Akteure nach Österreich. Hervorzuheben sind dabei der Besuch des US-Sonderbeauftragten für Zypern Clark Clifford im Februar 1977, der mit UNO-Generalsekretär Waldheim und Kreisky diesbezüglich Lösungsvorschläge für die Zypernfrage diskutierte³⁸⁹, der Gedankenaustausch Kreiskys mit dem Senator und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten George McGovern im Juli 1978 sowie die Beratungen zwischen Vertretern der österreichischen Bundesregierung und Patricia Derian, der Assistant Secretary of State für Menschenrechtsfragen, im Oktober desselben Jahres über die Flüchtlingsproblematik innerhalb Europas.³⁹⁰

Österreichische Besuche in den USA waren in den 1970er Jahren – vor allem im Vergleich zu den anderen Schwerpunktländern – weitaus weniger stark ausgeprägt. Den Höhepunkt stellte sicherlich Kreiskys Besuch 1974 dar. Zuvor trafen Außenminister Kirchschräger im Oktober 1970 seinen Amtskollegen Rogers um über die Situation im Nahen Osten und über eine mögliche europäische Sicherheitskonzeption zu sprechen³⁹¹ sowie Verteidigungsminister Karl Lütgendorf den amerikanischen Heeresstaatssekretär Robert Froehlke im Juli 1972.³⁹² Kreiskys Besuch bei Präsident Ford und Außenminister Kissinger im November 1974 wurde mit der Rede Kreiskys vor der UNO-Generalversammlung kombiniert. Für Österreich war der Besuch Kreiskys in den USA von großer Bedeutung, da folgender Eindruck innerhalb Österreichs entstanden war:

³⁸⁶ Vgl. Mussi, Ingo: Bruno Kreisky und der schöpferische Dialog mit den Vereinigten Staaten, in: Bielka/Jankowitsch/Thalberg (1983), S. 125f.

³⁸⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 3, 1975, S. 172.

³⁸⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 4, 1975, S. 224.

³⁸⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 1, 1975, S. 30.

³⁹⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 4, 1978, S. 287.

³⁹¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 10. Jg., Heft 5, 1970, S. 330f.

³⁹² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 12. Jg., Heft 4, 1972.

„[...] im allgemeinen wäre abermals auf die Tatsache zu verweisen, daß Europa nicht nur aus den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften besteht, ein Umstand, der besonders für die neutralen Staaten Europas von großer Bedeutung ist, amerikanischerseits jedoch mitunter nicht entsprechend berücksichtigt wird.“³⁹³

Ein weiterer für Österreichs Zukunft als internationales Zentrum wichtiger Besprechungspunkt war die zurückhaltende Unterstützung für Wien als drittes UN-Headquarter. Im amerikanischen State-Department hielt man es aus finanziellen Gründen für zweckmäßig in den bereits bestehenden UN-Städten neue Kapazitäten zu schaffen und befürchtete Wien würde eine Konkurrenz für New York darstellen. Das weitere Sprechprogramm enthielt verschiedene Themengebiete. Angefangen von einer Tour d’horizon der aktuellen internationale Entwicklungen, über Handels- und Währungsangelegenheiten bis hin zu bilateralen Fragen, zu denen ein breit gefächertes Themenspektrum, neben dem Transit sowjetischer Emigranten oder der Subventionierung von österreichischen Käseexporten auch das schlechte mediale Image des Verkaufs amerikanischer Kraftwerksreaktoren für Österreich zählte.³⁹⁴ Außerdem fanden die Energiekrise und die Inflationsproblematik Eingang in die Gespräche – nicht umsonst begleitete Finanzminister Androsch Kreisky.³⁹⁵

Das „Dreiecksverhältnis“ Bonn-(Ost)Berlin-Wien

Die Besuche zwischen Österreich und der BRD sind spätestens ab den 1970er Jahren kaum noch zu überblicken. Auf verschiedenen ministeriellen Ebenen gab es intensiven Kontakt. Laut einem Bericht der Botschaft in Bonn wurden Einladungen an deutsche Ressortminister zum Besuch in Österreich mit viel Freude entgegengenommen. Im Mai 1972 gipfelten diese vielfältigen offiziellen und halboffiziellen Begegnungen in das Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Kreisky. Die Delegation (mit Brandt waren mehrere deutsche Staatssekretäre angereist) wurde von Jonas, Häuser, Kirchschräger sowie weiteren Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung empfangen. Während der Zusammenkünfte wurden aktuelle Fragen des österreichisch-deutschen Verhältnisses erörtert. Dazu gehörten bilaterale bzw. infrastrukturelle Fragen wie etwa Landrechte für die Austrian Airlines in Westberlin, Luftraumverletzungen durch bundesdeutsche Militärflugzeuge, Wasserstraßen und alpenquerende Eisenbahn- und Straßenverbindungen sowie die erleichterte Durchfahrt von Einheiten des österreichischen Bundesheeres in Uniform durch das „Deutsche Eck“ im Falle von Elementarkatastrophen. Angelegenheiten im multilateralen Bereich umfassten das

³⁹³ SBKA/VII.1/USA/Box6/ USA-Reise Kreiskys November 1974, Informationen für den Bundeskanzler

³⁹⁴ Ebd.

³⁹⁵ SBKA/VII.1/USA/Box6/Pressestimmen zum Kreisky Besuch in den USA, November 1974

Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung von Atomenergie sowie die europäische Integration, konkret dem EWG-Arrangement für Österreich. Darüber hinaus kamen eine Reihe von politischen Fragen von gemeinsamem Interesse zur Sprache – Ost- und Nahost-Politik sowie KSZE und SALT, um nur einige Schlagwörter zu nennen.³⁹⁶

Im Mai 1973 besuchten Jonas und Kirchschräger den deutschen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, Brandt sowie Außenminister Walter Scheel. Die Politiker diskutierten hauptsächlich wirtschaftliche Fragen und den österreichischen Neutralitätsstatus.³⁹⁷ Zuvor begab sich im März 1973 der deutsche Wirtschaftsminister Hans Friderichs zu Jonas und Staribacher nach Wien, um über Entwicklungen in den Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen.³⁹⁸ Außenminister Scheel reiste im Februar 1974 in offizieller Mission nach Wien, traf sich mit Jonas, Kreisky, Kirchschräger und Androsch und besprach Bilaterales, energiepolitische- und landwirtschaftliche Fragen, sicherheitspolitische Aspekte (wie den Kontext von Neutralität und NATO) sowie integrationspolitische Anliegen (KSZE, EG und Überlegungen für den Donaauraum).³⁹⁹ Im selben Jahr begegneten sich Hans Jochen Vogel, der deutsche Justizminister und sein Amtskollege Christian Broda in Österreich.⁴⁰⁰ Überdies besuchten sich in dieser Zeit Wirtschafts- und parlamentarische Delegationen beider Länder. Auf außenministerieller Ebene gab es ein nicht unbedeutendes Treffen zwischen dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Kirchschräger im Februar 1975 Wien. Beim als inoffiziell klassifizierten Besuch wurde versucht, mögliche Konflikte oder entstandene Missverständnisse aufgrund der österreichischen Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft aufzuklären.⁴⁰¹ Österreich musste darauf besonders achten, gröbere Störungen im Verhältnis zur BRD zu vermeiden.⁴⁰² Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch Österreich 1974 stellte diese Maxime auf eine harte Probe.

³⁹⁶ SBKA/VII.1/Deutschland, BRD/Information über aktuelle Fragen im Verhältnis zu Deutschland anlässlich des offiziellen Besuches Willy Brandts in Österreich 1972

³⁹⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 13. Jg., Heft 3, 1973, S. 152ff.

³⁹⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 13. Jg., Heft 2, 1973, S. 99f.

³⁹⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 1, 1974, S. 29ff.

⁴⁰⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 1, 1974, S. 224.

⁴⁰¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 1, 1975, S. 46

⁴⁰² Bauer, in: Gehler/Böhler (2007), S. 585.

Nach den Regierungswechseln in der BRD zu Brandt (1969) und in Österreich zu Kreisky (1970) änderten sich die Rahmenbedingungen für eine mögliche DDR-Anerkennung⁴⁰³ – man konnte davon ausgehen, dass alle wesentlichen Fragen in Puncto DDR österreichischerseits mit der BRD abgesprochen waren. Schließlich erkannte Österreich die DDR nach der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages Ende 1972 an und hatte fast achtzehn Jahre lang Beziehungen zu zwei deutschen Staaten. Das so entstandene „Dreiecksverhältnis“ Bonn-(Ost)Berlin-Wien ist immer auch vor dem Hintergrund der Ost-West-Beziehungen und des Entspannungsprozesses zu sehen.

„Das Dreieck war keinesfalls gleichschenkelig. Die BRD-Seite war immer ungleich länger.“⁴⁰⁴

Obwohl Österreich und die BRD aufgrund der gleichen Grundwerte und der engen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen sicherlich auf einem höheren und umfassenderen Niveau waren, gab es dennoch eine gewisse Interessensidentität mit der DDR, die sich neben Österreich auch das neutrale Schweden als Entspannungspartner ausgewählt hatte. Diese Haltung passte natürlich in das Konzept der österreichischen aktiven Neutralitätspolitik.⁴⁰⁵ Die DDR strebte nach der Anerkennung durch Österreich einen raschen Aufbau bzw. weitere Vertiefungen in den bilateralen Beziehungen an.⁴⁰⁶ Dazu gehörte auch der Austausch von besuchtsdiplomatischen Aktivitäten. Für Österreich schien dies insgesamt kein Problem darzustellen, da die Beziehungen zur DDR im Kontext der Nachbarschaftspolitik intensiviert wurden.⁴⁰⁷ Überdies war es bereits in den 1960er Jahren zu wirtschaftlichen (und politischen) Kontakten zwischen Österreich und der DDR gekommen.⁴⁰⁸ Über die polnische Botschaft erwirkte der DDR-Außenminister Otto Winzer noch im Juli 1972 ein Treffen mit Kirchschräger, bei dem ein Protokoll zur „Normalisierung der Beziehungen“ zur DDR angefertigt wurde. In weiterer Folge arbeiteten Verhandlungsdelegationen beider Länder ein gemeinsames Kommuniqué aus, das später zum Abschluss eines Konsularvertrages führen sollte.⁴⁰⁹ Bereits im April 1973 weilte Winzer auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, die im Übrigen oft als

⁴⁰³ Bauer, Friedrich/Seewald, Enrico (2011): Bruno Kreisky in Ost-Berlin 1978, Studienverlag, Innsbruck/Wien, S. 14f.

⁴⁰⁴ Bauer, in: Gehler/Böhler (2007), S. 585.

⁴⁰⁵ Vgl. ebd. S. 585.

⁴⁰⁶ Zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR sind die Ergebnisse der Forschungen von Maximilian Graf relevant: Graf, Maximilian (2012): Österreich und die DDR 1949-1989/90: Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen, nicht veröffentl. Diss., Wien.

⁴⁰⁷ Vgl. Graf, in: zeitschichte (2/2012), S. 84.

⁴⁰⁸ Vgl. Graf, Maximilian: Austria and the German Democratic Republic 1949-1972, in: Suppan, Arnold/Graf, Maximilian (2010) Hgg.: From the Austrian Empire to Communist East Central Europe, Lit.-Verlag, Wien, S. 175.

⁴⁰⁹ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 15ff.

Nebenbühne für Vortragsreisende diente, abermals in Wien und traf Jonas, Kreisky und Kirchschräger.⁴¹⁰ In den Jahren 1973 kam es zu mehreren arbeits- und verhandlungsintensiven Besuchen bzw. Gegenbesuchen auf (sub-)ministerieller Ebene. Hauptaugenmerk lag auf der Festlegung der konsularischen Beziehungen und einem daraus resultierenden Abschluss eines Konsularabkommens. (Österreich wollte aufgrund der rund 15.000-20.000⁴¹¹ Österreicher, die in der DDR lebten eine Doppelstaatsbürgerschaft erwirken.⁴¹²)

Ein gewichtiger Punkt in der Beziehung beider Staaten war der Ausbau der Handelsbeziehungen. Staribacher reiste aus diesem Grund zu Außenwirtschaftsminister Sölle um ein Handels- und Zahlungsabkommen zu unterzeichnen und war damit der erste österreichische Minister in der DDR.⁴¹³ Wirtschaftsverhandlungen in den Jahren 1974 ließen den Versuch einer Institutionalisierung erkennen und brachten Österreich einige Großaufträge. Wirtschaftsdelegationen, die etwa die Leipziger Messe, an der rund sechzig österreichische Firmen beteiligt waren, besuchten, setzten große Erwartungen in das langfristige Zusammenarbeitsabkommen mit Österreich, das noch im Jahr 1974 unterzeichnet werden sollte.⁴¹⁴ Die österreichische Gesundheitsministerin Ingrid Leodolter legte im Zuge einer Polen-Reise auch eine Stippvisite in der DDR ein. Leodolter war das erste österreichische Regierungsglied das auch vom Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Horst Sindermann, empfangen wurde. Die Gesundheitsministerin besichtigte mehrere medizinische Einrichtungen und führte Gespräche über die mögliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.⁴¹⁵ Beim Begräbnis des verstorbenen Bundespräsidenten Jonas bot sich für den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, die Gelegenheit zu Gesprächen mit Kreisky und Kirchschräger.⁴¹⁶ Staatssekretär Werner Lorenz, der auf Einladung der Österreich-DDR-Gesellschaft anlässlich der Feier zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR nach Wien gekommen war, nutzte die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit Unterrichtsminister Fred Sinowatz im Oktober 1974.⁴¹⁷ Im Laufe des Jahres 1974 wurden zwei weitere Abkommen unterzeichnet: Ein Abkommen über den

⁴¹⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 13. Jg., Heft 2, 1973, S. 108f

⁴¹¹ Die Quellen sind sich über die genau Zahl der in DDR lebenden Österreicher uneinig.

⁴¹² Vgl. Steiner, Ludwig (2008): Diplomatie / Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich 1972-2007, Athesia, Bozen, S. 56.

⁴¹³ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 19.

⁴¹⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 4, 1974, S. 230.

⁴¹⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 5, 1974, S. 288ff.

⁴¹⁶ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 19.

⁴¹⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 5, 1974, S. 293.

Straßenverkehr, paraphiert von Verkehrsminister Erwin Lanc und seinem Amtskollegen Otto Arndt im Juli sowie ein Zehnjahres-Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, unterzeichnet von Staribacher und Sölle im Rahmen eines offiziellen Besuches des DDR-Außenhandelsministers im Dezember.⁴¹⁸ Weitere auf ministerieller Ebene durchgeführte Besuche waren jene vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen Hans-Joachim Böhme bei Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg im Mai 1975⁴¹⁹ sowie vom stellvertretenden DDR-Außenministers Kurt Nier im September 1975.⁴²⁰ Interessanterweise unterzeichneten beide Länder zu Beginn des Jahre 1976 ein Sportabkommen, das es in dieser Form mit den anderen Schwerpunktländern bis dato noch nicht gab.⁴²¹

Im Jahr 1976 kam es zu weiteren Besuchen von DDR-Ministern bzw. Staatssekretären: Der Staatssekretär für Außenhandel Gerald Beil lobte bei seinem Besuch im Oktober die vorteilhafte kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und sprach mit Staribacher sowie Firnberg über Perspektiven der bilateralen Wirtschaftsentwicklung.⁴²² Ludwig Mecklinger, der DDR-Gesundheitsminister, stattete Österreich Anfang Dezember einen offiziellen Besuch ab⁴²³; Ende Dezember folgte Außenminister Oskar Fischer, der sich im Rahmen eines inoffiziellen Besuches mit Kreisky und Pahr unterhielt. Essentiell für die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR war aber der im August 1976 durchgeführte erste offizielle Besuch des österreichischen Außenministers Erich Bielka. Bielka war ebenso der erste westliche Außenminister nach jenem aus Finnland, der der DDR einen Besuch abstattete und mit seinem Amtskollegen Fischer, Stoph sowie dessen Stellvertreter Günther Mittag und dem Außenhandels-Staatssekretär Beil zusammentraf. Während der Besprechungen wurde eine große Bandbreite an Themen behandelt, darunter: aktuelle internationale Lage, KSZE-Schlussakte und Abrüstung, Nahost, Zypern und Bilaterales. Bielka und Fischer sprachen am Rande über Humanitäres – vor der Presse betonte Bielka, dass der Besuch primär wirtschaftlichen Interessen galt, sowie Erleichterungen für den Grenz- und Fremdenverkehr bringen sollte. Der bevorstehende Wechsel an der Spitze des österreichischen Außenministeriums würde keinerlei Wechsel der österreichischen Haltung zur DDR bringen, so Bielka weiter. Als Folge des Besuches wurden die Klärung von noch

⁴¹⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 14. Jg., Heft 6, 1974, S. 357

⁴¹⁹ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 20.

⁴²⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 5, 1975, S. 288.

⁴²¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 2, 1976, S. 111.

⁴²² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 5, 1976, S. 301f.

⁴²³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 6, 1976, S. 376.

offenen vermögensrechtlichen Fragen in weiteren Gesprächen sowie die Aufnahme verschiedener Abkommen vereinbart.⁴²⁴ Für die DDR war Bielkas Besuch politisch wichtig. Einerseits wurde der DDR das Interesse Österreichs an einer Weiterentwicklung der Beziehungen deutlich und andererseits geschah die Reise zu einem Zeitpunkt, zu dem in der DDR (wieder einmal) die Meinung vorherrschte, die BRD würde die DDR international isolieren.⁴²⁵

Obwohl offizielle diplomatische Beziehungen zur DDR erst 1972 begonnen wurden, war ab Mitte der 1970er Jahre ein rasanter Anstieg in der gegenseitigen Besuchsintensität zu erkennen. Im Jahr 1977 besuchte im März Beil Staribacher⁴²⁶, im April abermals Böhme Firnberg (dabei wurde abermals die Bedeutung des Abschlusses eines Kulturabkommens hervorgehoben)⁴²⁷ und im Juni der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Technik Herbert Weiz Österreich (um eine mögliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Braunkohleforschung zu erörtern)⁴²⁸. Sinowatz reiste zu seiner Amtskollegin Volksbildungsministerin Margot Honecker im November 1977 und Staribacher trat im Dezember einen Gegenbesuch in der DDR an. Staribacher sprach mit diversen DDR-Funktionären über Wirtschaftsfragen von beiderseitigem Interesse, die für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als zentral galten.⁴²⁹

Im Frühjahr 1978 reiste Kreisky in die DDR und war damit der erste westliche Regierungschef, der die DDR besuchte. Wieder einmal bewies sich Österreich als „Eisbrecher“ in den Beziehungen zwischen Ost und West. Dieser Besuch wurde nicht nur akkurat vor- und nachbereitet, sondern ist im Übrigen auch sehr gut dokumentiert worden.⁴³⁰ Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR, die im Kontext der Entspannungspolitik bzw. friedlichen Koexistenz sich für beide Seiten positiv zu entwickeln schienen, wurden durch Milliardenaufträge der Voest innenpolitisch-wirtschaftlich aber nicht „ideologisch“ gerechtfertigt. Im Jahr 1978 gab es bereits fünf österreichisch-ostdeutsche Joint Ventures, von denen das Abkommen mit der Voest über Anlagebauten in Afrika mit dem größten Volumen ausgestattet war. Während des Kreisky-Besuches sollten noch weitere Joint Ventures

⁴²⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 4, 1976, S. 243ff.

⁴²⁵ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 26.

⁴²⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 2, 1977, S. 85f.

⁴²⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 2, 1977, S. 94.

⁴²⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 3/4, 1977, S. 159

⁴²⁹ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 20.

⁴³⁰ Dazu die Analyse des Besuches in: Bauer/Seewald (2011).

abgeschlossen werden, worauf in den folgenden Jahren die „goldene Zeit“ für den österreichisch-ostdeutschen Außenhandel anbrach⁴³¹ – so profitierten ebenfalls österreichische Firmen von der Intensivierung der Beziehungen zur DDR. Aber auch in der DDR bereitete man sich dementsprechend sehr genau auf den Besuch Kreiskys und seiner Delegation vor.⁴³² Das Ministerium für Staatssicherheit traf seine ganz eigenen Vorkehrungen. Dies inkludierte einerseits den persönlichen Schutz der Staatsgäste aber andererseits sollte Kreisky in keinerlei Kontakt mit DDR-kritischen oder antisozialistisch Gesinnten treten können.⁴³³ Der Besuch selbst begann mit einer etwas bizarren Situation, da Kreisky von DDR-Volkspolizisten „wie bei den Nazis“⁴³⁴ begrüßt wurde. Kreisky, der subtile und leicht grantige Bemerkungen in Richtung Stoph und Honecker losließ, kam bei den zahlreichen (westdeutschen) Medienvertretern gut an.⁴³⁵ Mit Titeln wie „Im Osten immer der Erste“⁴³⁶, „Der Fuchs aus Wien nimmt sich sein Recht heraus“⁴³⁷ oder „Kreisky ein Wunschgast, aber sicher kein bequemer“⁴³⁸ wurde Kreiskys Wirken und Verhalten (im Westen) medial rezipiert. Das Besuchsprogramm enthielt neben Kranzniederlegungen, (Arbeits-)Besprechungen mit Stoph zu großen Themengebieten wie die Zukunft der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Nahost-Problematik, auch einen Meinungsaustausch zur Entspannungspolitik im Rahmen der KSZE.⁴³⁹ Ebenfalls zur Sprache brachte Kreisky in diesem Zusammenhang das deutsch-deutsche Verhältnis. Kreisky konstatierte bei seiner Tischrede:

*„Dort, wo in Europa die Territorien der beiden deutschen Staaten einander berührten, dort wird in erster Linie über die Zukunft der Entspannungspolitik entschieden. Deshalb verbreitet sich auch immer dann, wenn es so scheint, daß es zwischen den beiden deutschen Staaten Spannungen gibt, überall in Europa eine gewisse Unruhe und Nervosität. Vielleicht sollten internationale Übung und internationale Höflichkeit es gebieten, dieses Thema nicht zu berühren. Ich für meinen Teil nehme als Außenseiter aber das Recht in Anspruch, so wie sich jeder andere um die Zukunft unseres Kontinentes Sorgen macht, darüber zu reden.“*⁴⁴⁰

⁴³¹ Vgl. Resch, Andreas: Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke, in: Rauchensteiner (2010), S. 546.

⁴³² Vgl. „Rotkäppchen trocken“ über den DDR-Besuch Kreiskys, Profil, 43. Jg., Nr. 21, 21.5.2012.

⁴³³ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 33ff.

⁴³⁴ Kreisky zu seinem Presseemann Wolfgang Petritsch, zit. nach: Bauer/Seewald (2011), S. 33.

⁴³⁵ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 33 sowie Profil, 43. Jg., Nr. 21, 21.5.2012.

⁴³⁶ SBKA/VII.1/DDR/Box1/Mappe DDR-Besuch Kreisky: Reaktionen und Pressestimmen, Spiegel-Bericht

⁴³⁷ SBKA/VII.1/DDR/Box1/Mappe DDR-Besuch Kreisky: Reaktionen und Pressestimmen, Süddeutsche Zeitung, 1./2. 4. 1978

⁴³⁸ SBKA/VII.1/DDR/Box1/Mappe DDR-Besuch Kreisky: Reaktionen und Pressestimmen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.1978

⁴³⁹ SBKA/VII.1/DDR/Box2/Kreiskys Reise in die DDR, Programm, Unterlagen, Presseecho sowie: Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 2, 1978, S. 134f.

⁴⁴⁰ SBKA/VII.1/DDR/Box2/Kreiskys Reise in die DDR, Programm, Unterlagen, Presseecho

Als Ergebnis des Besuches wurden drei Regierungsabkommen unterzeichnet: eines über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, ein Kulturabkommen sowie ein Veterinärabkommen. Darüber hinaus konnten umfangreiche Vertragsabschlüsse über diverse Wirtschaftsprojekte österreichischer Firmen in der DDR verbucht werden.⁴⁴¹ Die Vereinbarungen waren bereits im Vorfeld ausverhandelt worden, sodass kaum offenen Punkte diskutiert werden mussten. Im gemeinsamen Abschlusskommuniqué wurde noch einmal auf das Besprochene eingegangen und dem Wunsch nach einem dauerhaften Frieden Ausdruck verliehen. In der abschließenden Pressekonferenz, bei der ein Schwerpunkt auf die Entspannungs- und Abrüstungskonferenzen gelegt wurde, sagte Kreisky:

*„Über Entspannung zu reden sei eine Sache, sie machen eine zweite und sie stabilisieren eine dritte.“*⁴⁴²

Trotz der kontinuierlichen „Nadelstiche“⁴⁴³ Kreiskys war die DDR-Führung durchwegs zufrieden mit dem österreichischen Besuch.⁴⁴⁴

In den darauffolgenden Jahren florierte die wirtschaftliche Kooperation zwischen Österreich und der DDR und „wurde von der Politik positiv flankiert“⁴⁴⁵, ausgedrückt etwa in einer Reise einer parlamentarischen Delegation unter der Leitung des Nationalratspräsidenten Anton Benya im Mai 1978. Politbüro-Mitglied Mittag besuchte Österreich im September des gleichen Jahres und nutzte seinen offiziellen Besuch um einerseits über wirtschaftliche Themen zu verhandeln und andererseits eine Kreditaufstockung zu vereinbaren. Außenminister Pahr traf im Oktober 1979 zu einem inoffiziellen Besuch bei Amtskollegen Fischer ein und sprach nach dem obligatorischen Besichtigungsprogramm mit Fischer über bilaterale Fragen und den Status der Entspannungspolitik.⁴⁴⁶ 1980 standen zwei relevante Besuche von DDR-Akteuren in Österreich auf dem Programm. Im Januar weilte Fischer in seiner Funktion als Außenminister in Wien und besprach mit Pahr bi- und multilaterale Fragen, insbesondere den Stand der Entspannung sowie die bevorstehende Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz. Pahr verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass österreichischerseits Initiativen auf den Gebieten Energie und Zugang zu Information geplant seien und appellierte an die DDR einen möglichst ungehinderten deutsch-deutschen Personenverkehr zu ermöglichen. Zur akut gewordenen Afghanistan-Frage betonte Fischer, dass die auf Bitten der afghanischen Partei-

⁴⁴¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 2, 1978, S. 134f

⁴⁴² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 2, 1978, S. 135.

⁴⁴³ Profil, 43. Jg, Nr. 21, 21.5.2012

⁴⁴⁴ Vgl. Bauer/Seewald (2011), S. 44ff.

⁴⁴⁵ Ebd. S. 49.

⁴⁴⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 4, 1979, S. 272f.

und Staatsführung ergriffenen Hilfsmaßnahmen der Sowjetunion ein Schritt zur Stabilisierung der Region seien. Kreisky, der ebenfalls Fischer empfang, kritisierte diese Aussage scharf und tat diese Behauptung als „töricht“ ab.⁴⁴⁷ Der zweite große Besuch im Jahr 1980 war jener des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im November. Erneut hatte dieser Besuch für die DDR politisch mehr Gewicht als für Österreich, da Bundespräsident Kirchschräger als erstes westliches Staatsoberhaupt Honecker empfing. Kirchschräger besuchte die DDR später 1983 – wiederum wie Außenminister Bielka zuvor, nur von Finnland überholt – als erstes westliches Staatsoberhaupt die DDR. Als Dank für den Empfang der DDR-Delegation 1980 reiste diese mit Aufträgen für die Voest im Gepäck an. Es war dies der größte jemals von der DDR an eine ausländische Firma vergebene Auftrag über 2,3 Milliarden DM für das Stahlwerk in Eisenhüttenstadt.⁴⁴⁸

Die (Arbeits-)Besprechungen zwischen Honecker und Beil bzw. Kreisky, Pahr und Staribacher drehten sich größtenteils um bilaterale Wirtschaftsfragen. In den Tischreden wurden die zufriedenstellenden Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen hervorgehoben. Kirchschräger betonte, dass Honeckers Besuch gesamteuropäische Bedeutung zukäme, denn durch inner- und außereuropäische Veränderungen sei man durch den nur vorsichtig fortschreitenden Entspannungsprozess in die Nähe eines Spannungszustandes gekommen, der in seinen Konsequenzen und Gefahren nicht unterschätzt werden dürfe. Kreisky stellte im Anschluss an den Ministerrat fest, dass es sehr schwierig sei, die politischen Gegensätze zwischen Österreich und der DDR zu mildern, es käme schließlich auf eine sanfte Technik in der Weltpolitik an. Im Zuge dieses Besuches wurden eine Reihe von Vereinbarungen getroffen: Pahr und Fischer unterzeichneten Verträge über Rechtshilfe und Rechtsschutz von Erfindungen, industriellen Mustern und Warenzeichen sowie ein Luftverkehrsabkommen; Staribacher und Beil unterschrieben ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen.⁴⁴⁹ Als Rahmenprogramm wurde für Honecker ein typisch Wienerisches Besichtigungsprogramm zusammengestellt sowie eine Reise in die Bundesländer Oberösterreich und Salzburg.⁴⁵⁰ Für das gemeinsame Schlusskommuniqué einigten sich beide Verhandlungsteams auf einen „Kommuniqué-typischen“ und damit wenig polarisierenden

⁴⁴⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 1, 1980, S. 42f.

⁴⁴⁸ Profil, 43. Jg, Nr. 21, 21.5.2012

⁴⁴⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 4, 1980, S. 312f.

⁴⁵⁰ SBKA/VII.1/DDR/Box1/Konvolut Honecker-Reise in Österreich

Text, der mit gebotener diplomatischer Notwendigkeit auf eine friedliche Lösung aller internationalen Spannungsherde aufmerksam machte.⁴⁵¹

Zu Beginn der 1980er Jahre und bis zum Ende der Ära Kreisky sind noch weitere Besuchskontakte zwischen Österreich und der DDR zu erwähnen. Staribacher traf Honecker im März 1982 abermals bei der Leipziger Frühjahrsmesse am Messestand der Voest.⁴⁵² Im November statteten Honecker, Stoph und Fischer Österreich bzw. Kirchschräger, Kreisky Pahr und Staribacher einen offiziellen Besuch ab, bei dem vorwiegend Bilaterales erörtert wurde. Pahr wiederholte den österreichischen Aufruf zum Abbau der bestehenden Beschränkungen im Reiseverkehr und plädierte für eine Weiterführung einer Politik des Dialogs – vor allem im Rahmen der KSZE.⁴⁵³ Ein letzter größerer offizieller ministerieller Besuch fand im November 1982 bei Volksbildungsministerin Honecker und SED-Politbüromitglied Mittag statt. Sinowatz durchlief ein gewohntes aber weitgehend unspektakuläres Besuchs- und Besichtigungsprogramm.⁴⁵⁴

Die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten intensivierten sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Das Verhältnis zur DDR war immer auch im Kontext der BRD zu sehen. Oftmals wurden Besuche genutzt, um Botschaften, Meinungen und Anliegen auf dem persönlichen diplomatischen Wege zu überbringen, Einstellungen auszuloten und Vermittlungen zu starten. Kreiskys außenpolitische Methode lag damit genau in diesem Aktionsfeld. Als Kreisky der BRD im Juni 1975 einen größeren Besuch abstattete, findet sich allerdings – zumindest in den dokumentierten Quellen – kein Wort über den zweiten deutschen Staat. Das „Problem“ DDR kam dennoch indirekt zur Sprache, als es um den gesamteuropäischen Entspannungsprozess ging. Mit Kreisky reisten sein Kabinett sowie Verkehrsminister Lanc an um mit Schmidt, Genscher und anderen Mitglieder der westdeutschen Bundesregierung zu Gesprächen zusammenzukommen. Am Besuchsprogramm standen unter anderem Arbeitsbesprechungen und Aussprachen sowie die Besichtigung von Nürnberg und eine Fahrt zur Europa-Wasserstraße Rhein-Main-Donau.⁴⁵⁵ Kreisky und Schmidt unterhielten sich über die weltwirtschaftliche Lage, das momentane Ost-West-Verhältnis und über politische und militärische Partnerschaften. Schmidt sprach Kreisky, der gerade seine zweite Amtszeit als Bundeskanzler begonnen hatte, seine tiefe persönliche und

⁴⁵¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 4, 1980, S. 314f.

⁴⁵² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 1, 1982, S. 38f.

⁴⁵³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 4, 1980, S. 312ff.

⁴⁵⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 4, 1982, S. 287.

⁴⁵⁵ SBKA/VII.1/BRD/Box3/Vorbereitungen der Reise Kreiskys in die BRD 1975, Besuchsprogramm

politische Wertschätzung aus. Kreisky sei für ihn, so Schmidt, ein Vorbild und in vielerlei Hinsicht auch ein Leitbild.⁴⁵⁶ Beim für diesen Besuch zentralen Gespräch zwischen Kreisky und Genscher wurden folgende Punkte behandelt: Für Kreisky hatte das Handelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber der BRD Priorität. Im Vorfeld war diesbezüglich seitens der österreichischen Bundesregierung bzw. den zuständigen Ministerien Interventionen in Bonn erboten worden.⁴⁵⁷ Konkret ging es um die österreichischen Agrar- und Rinderexporte in die EWG, von denen insbesondere die ohnehin um ihre Existenz kämpfenden Bergbauern betroffen wären. Genscher sicherte daraufhin ausdrücklich zu, dieses Problem bei der bevorstehenden Außenministerkonferenz der EG-Staaten ansprechen zu wollen. Als Überleitung wurde über die Entwertung des Europarates durch die internen EWG-Entwicklungen sowie die Beziehungen zwischen Österreich und der EWG gesprochen um schließlich beim Thema KSZE anzukommen. Genscher drückte die grundsätzliche BRD-Zustimmung zu einer Sicherheitskonferenz aus, äußerte aber sein Unbehagen hinsichtlich einer möglichen Einbeziehung der Berlin-Frage. Abschließend kamen Kreisky und Genscher noch auf die Nahost-Frage zu sprechen.⁴⁵⁸ Beide lobten die Politik Sadats und Kreisky warf ein:

„ [...] die Israelis müssen von jenen Tabus weg, die sie sich selber geschaffen haben. Wenn Sadat scheitert, ist jedenfalls eine einmalige Chance im Nahen Osten dahin.“⁴⁵⁹

Kreisky reiste 1975 noch mehrmals in die BRD. (Bereits im Februar besuchte Kreisky die BRD um die Verletzung des österreichischen Luftraumes durch einfliegende deutsche Militärflugzeuge zu klären.⁴⁶⁰) Im August führten Kreisky und Landwirtschaftsminister Oskar Weihs abermals bilaterale Anliegen des Fleisch- und Viehexportes sowie die EG-Agrarpolitik in die BRD zu Landwirtschaftsminister Josef Ertl.⁴⁶¹ Zu einem offiziellen Besuch nach Österreich begab sich im Juli 1975 Annemarie Renger, die deutsche Bundestagspräsidentin, und kam mit Kirchschräger, Kreisky sowie Bielka zum Schluss, dass die Beziehungen zwischen Österreich und der BRD als „problemlos“ zu klassifizieren seien.⁴⁶² Weitere Besuche aus der BRD im selben Jahr waren jener von Genscher im August, der in Salzburg mit UNO-Generalsekretär Waldheim Gespräche über weltpolitische Fragen innerhalb der

⁴⁵⁶ SBKA/VII.1/BRD/Box3/ Konvolut: Besuch Kreiskys in der BRD 1975, Material für die Presse, Tischreden

⁴⁵⁷ SBKA/VII.1/BRD/Box3/Vorbereitungen der Reise Kreiskys in die BRD 1975, Interventionsbitten

⁴⁵⁸ SBKA/VII.1/BRD/Box3/Konvolut: Besuch Kreiskys in der BRD 1975, Protokolle des Gesprächs zwischen Kreisky und Genscher

⁴⁵⁹ SBKA/VII.1/BRD/Box3/Konvolut: Besuch Kreiskys in der BRD 1975, Protokolle des Gesprächs zwischen Kreisky und Genscher

⁴⁶⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 1, 1978, S. 50.

⁴⁶¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 4, 1975, S. 223.

⁴⁶² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 4, 1975, S. 207.

Vereinten Nationen führte⁴⁶³ sowie jener von Friderichs, der mit Kirchschräger anlässlich eines Außenwirtschaftskongresses im September zusammentraf.⁴⁶⁴

In den folgenden Jahren waren Besuche auf Minister-Ebene zwischen Österreich und der BRD keine Seltenheit. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf wirtschaftliche Besuche bzw. Besuche aus wirtschaftsnahen Bereichen (bewusst oder unbewusst) gelegt. So traf etwa im Januar 1976 der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, bei Kreisky in Wien mit dem Ziel ein, deutsch-österreichische Projekte in Entwicklungsländern zu realisieren.⁴⁶⁵ Hans Matthöfer, seines Zeichens deutscher Forschungsminister, besuchte im April 1976 seine Amtskollegin Firnberg. Die beiden beschlossen ein gemeinsames Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der (Kern-)Energieforschung.⁴⁶⁶ Ein Monat später traf wiederum Sinowatz zu einem offiziellen Besuch in Bonn ein;⁴⁶⁷ im Juni Androsch, der sich zusammen mit seinem deutschen und Schweizer Kollegen über aktuelle finanzpolitische Belange austauschte (ähnliche Treffen zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz gab es in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen zur finanzpolitischen Harmonisierung bzw. Annäherung in den darauffolgenden Jahren immer wieder).⁴⁶⁸ Zusätzlich fanden während dieser Zeit parlamentarische Besuche und Gegenbesuche statt. Bundeskanzler Schmidt stattete Österreich im Juli 1976 einen größeren offiziellen Besuch ab. Die Gesprächsthemen umfassten Bilaterales, auf Vorschlag Bonns die Berlin- bzw. Deutschlandfrage sowie das Projekt Rhein-Main-Donau-Kanal und Multilaterales/Internationales, ebenfalls auf Vorschlag Deutschlands Programme zur Terrorismusbekämpfung im Rahmen der Vereinten Nationen, die deutsch-polnischen Beziehungen, die KSZE sowie Fragen des Nord-Süd-Dialogs. Da Schmidt nicht die Absicht hatte, von sich aus auf europapolitische Themen zu sprechen zu kommen, wurden Fragen betreffend des Europarates, der EG sowie EFTA kurzerhand als österreichische Vorschläge verbucht.⁴⁶⁹ Nicht zu kurz durften naturgemäß auch wirtschaftspolitische Fragen kommen. Dieses Mal ging es hauptsächlich um den Rohstoff- und Osthandel.⁴⁷⁰ Das Programm für Schmidt sah neben Besprechungen mit

⁴⁶³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 4, 1975, S. 222.

⁴⁶⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 15. Jg., Heft 5, 1975, S. 288.

⁴⁶⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 1, 1976, S. 50f.

⁴⁶⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 2, 1976, S. 113.

⁴⁶⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 3, 1976, S. 160f.

⁴⁶⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 3, 1976, S. 171.

⁴⁶⁹ SBKA/VII.1/BRD/Box2/Konvolut: offizieller Besuch Schmidts in Österreich, Gesprächsthemen

⁴⁷⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 16. Jg., Heft 4, 1976, S. 236.

Kreisky und Androsch die Besichtigung des Internationalen Amtssitz- und Konferenz-zentrums sowie einem Ausflug in das Naturschutzgebiet Neusiedler See vor.⁴⁷¹

Während Besuchen zwischen österreichischen und bundesdeutschen Akteuren ging es oft auch um infrastrukturelle Fragen. Der Besuch des deutschen Verkehrsministers Kurt Gscheidle bei seinem österreichischem Pendant Karl Lausecker im September 1977 ist dafür ein Beispiel. Bei diesem offiziellen Zusammentreffen ging es um die Förderung des zwischenstaatlichen und internationalen Eisenbahnverkehrs sowie um die starke Transitbelastung Österreichs als Nord-Süd-Verbindung.⁴⁷² Ein Themengebiet, das zwar weniger oft dokumentiert aber dennoch nicht minder gravierend für beide Staaten zu sein schien, waren sicherheitspolitische Aspekte, die etwa beim Besuch des deutschen Verteidigungsministers Georg Leber zur Sprache kamen.⁴⁷³ In periodisch wiederkehrenden Abständen besuchten sich die Außenminister beider Länder – nicht zuletzt auch aufgrund des Perpetuum Mobiles von Einladungen und Gegeneinladungen. Pahr folgte solch einer Einladung im November 1977 nach Bonn. Bei Konsultationen mit Schmidt, Genscher sowie dem Wirtschaftsminister Otto Lambsdorff zeigten sich die Spitzenpolitiker erfreut über die Wirkungskraft der gutnachbarlichen Beziehungen. Die Formel „*keine ungelösten Probleme zwischen beiden Staaten*“ beschied damit ein hervorragendes Verhältnis, das nur durch kleinere und größere wirtschaftliche Probleme getrübt werden konnte. Pahr und Genscher verlautbarten, dass beide Staaten gemeinsame Unternehmungen im Kampf gegen terroristische Aktivitäten anstreben wollten. Als ein weiteres Resultat dieses Besuches unterzeichneten die beiden Außenminister ein Abkommen über gegenseitige Amtshaftung.⁴⁷⁴

Der deutsche Bundestagspräsident und spätere Bundespräsident Karl Carstens reiste in „halboffizieller“ Mission im Februar 1978 nach Wien um im Rahmen der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft über die Politik für den Frieden als gemeinsame Aufgabe zu referieren.⁴⁷⁵ Erst 1979 konnte wieder ein nennenswerter besuchsdiplomatischer Kontakt zwischen Österreich und der BRD ausfindig gemacht werden. Bundespräsident Scheel, Außenminister Genscher plus Delegation weilten auf Einladung der österreichischen Staatsspitze im Februar 1979 in Österreich. Bei Stationen in Wien und Graz trafen sich Scheel

⁴⁷¹ SBKA/VII.1/BRD/Box2/Konvolut: offizieller Besuch Schmidts in Österreich, Gedächtnisprotokoll zum Gesamtprogramm

⁴⁷² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 5, 1977, S. 227.

⁴⁷³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 5, 1977, S. 227

⁴⁷⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 6, 1977, S. 275ff.

⁴⁷⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 1, 1978, S. 40.

und Genscher mit Kirchschräger, Kreisky, Pahr und Innenminister Lanc. Der Inhalt der Gespräche in den einzelnen Konstellationen war nahezu bei allen gleich. Die wirtschaftliche Lage in der BRD und Österreich sowie die Handelsbeziehungen und das Verhältnis zu EG standen im Zentrum. Daneben erhielten auch die kulturellen Beziehungen sowie allgemeine internationale Fragen Raum im Gedankenaustausch zwischen den einzelnen Politikern.⁴⁷⁶ Kirchschräger wies darauf hin, dass sich Österreich heute ohne Angst vor Missverständnissen zu den vielen Gemeinsamkeiten mit Deutschland bekennen könne, aber auch genau wisse, was die beiden Länder voneinander unterscheidet. Zum Abschluss tauschten die Delegationen die Ratifikationsurkunden über den Vertrag zur gegenseitigen Amtshaftung aus.⁴⁷⁷ Die engen kulturellen Verknüpfungen reichten bis hin zu den jährlichen Urlauben Bundeskanzler Schmidts, wo er mit Kreisky in Zell am See im April Gespräche über die internationale Abrüstungspolitik sowie die Weltwirtschaftslage führte.⁴⁷⁸ Lanc besuchte im Januar 1979 Innenminister Gerhart Baum⁴⁷⁹, Justizminister Vogl seinen österreichischen Kollegen Broda im Mai 1979.⁴⁸⁰ Um das Jahr 1980 werden die gegenseitigen Besuche langsam weniger – auch auf parteipolitischer Ebene. Erwähnenswert sind die im Mai 1980 durchgeführten Besuche Genschers in Wien, während derer der deutsche Außenminister mit Pahr über die Afghanistanfrage und das generelle Nahostproblem konferierte⁴⁸¹ sowie der Besuch Kreiskys (ebenfalls im Mai) bei Carstens, Schmidt und Rau. Schmidt zeigte bei jenem Besuch Verständnis für die von Kreisky getroffenen Akzente der österreichischen (Außen-)Politik. Kreisky hielt dabei fest, dass die Anerkennung der PLO keine Provokation darstellte, der Westen müsse sich allerdings rasch für oder gegen eine Bestätigung entscheiden. In diesem Zusammenhang wurde Kreisky innenpolitisch von der Opposition kritisiert. Der außenpolitische Sprecher der ÖVP Ludwig Steiner warf Kreisky parteipolitisches Interesse während eines offiziellen Besuches vor.⁴⁸² Im Rahmen von privaten Besuchen, wie etwa beim Berliner Bürgermeister Dietrich Stobbe 1977 oder bei Schmidt 1981 gab es derartige Kontroversen erwartungsgemäß kaum bis gar nicht.

Gegen Ende der Ära Kreisky und mit dem Ende der Détente verliert auch die österreichische Position innerhalb Europas als Vermittler und neutraler Verteidiger der (europäischen)

⁴⁷⁶ SBKA/VII.1/BRD/Box3/ Ergänzungen für die Gespräche mit Scheel 1979

⁴⁷⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 1, 1979, S. 31f.

⁴⁷⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 2, 1979, S. 115.

⁴⁷⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 1, 1979, S. 27.

⁴⁸⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 2, 1979, S. 119.

⁴⁸¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 2, 1980, S. 133.

⁴⁸² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 2, 1980, S. 130.

Entspannungspolitik an Bedeutung. 1981 traf Genscher in Wien ein – die Gespräche beschränkten sich auf Bilaterales sowie Angelegenheiten zwischen Deutschland, Österreich und der EG.⁴⁸³ Kirchschräger reiste in der Konstellation mit Pahr und Staribacher letztmalig im September 1982 nach Bonn um einen Meinungsaustausch zwischen den beiden Ländern über bilaterale Fragen durchzuführen.⁴⁸⁴ Das Wiederaufleben der Ost-West-Spannungen und die atomare Aufrüstung ließ in Österreich die Friedensbewegung erstarren. Kreisky versuchte seine Besuchsdiplomatie zu steigern und scheute dabei keine Strapazen. Allerdings ließ dies sein angeschlagener Gesundheitszustand kaum noch zu.⁴⁸⁵ Trotzdem reiste er beispielsweise im Juli 1981 nach Westberlin.⁴⁸⁶ Im April 1983 besucht Genscher zum letzten Mal für diesen Untersuchungszeitraum die österreichische Bundeshauptstadt. Mit Pahr erörterte er den Stand der Ost-West-Beziehungen, das Fortkommen im KSZE-Prozess und in den Abrüstungsverhandlungen sowie die politische Situation in Kambodscha und im Nahen Osten.⁴⁸⁷ Pahr war (selbst im Schatten Kreiskys) von der Wichtigkeit seiner besuchsdiplomatischen Kontakte in alle Welt überzeugt:

*„Ich habe daher diesem Instrument der Außenpolitik große Bedeutung beigemessen und nicht nur eine Vielzahl von Außenministern aus allen Teilen der Welt zu offiziellen, aber auch inoffiziellen Besuchen nach Österreich eingeladen, sondern auch eine Vielzahl von Besuchen gemacht [...]“*⁴⁸⁸

Neben Pahr's Engagement in Entwicklungsländern, konnte er auch im Rahmen der jährlichen UNO-Generalversammlung in New York nicht nur US-Kontakte aufbauen und pflegen.

Österreich und die (Ent-)Spannung zwischen den Mächten

Der US-Vizepräsident Walter Mondale stante in Wien im Mai 1977 anlässlich eines Treffens mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Balthazar Johannes Vorster auch Kreisky einen Besuch ab. Mondale und Kreisky sprachen sich für eine intensivere gegenseitige Besuchsdiplomatie aus und legten ihre jeweiligen Standpunkte in der Frage des zukünftigen UN-Standortes in Wien dar, wobei Kreisky kontinuierlich versuchte, die amerikanischen Bedenken abzubauen. Kreisky klärte Mondale außerdem über die Vorhaben der verstaatlichten Industrie auf. Mondale war es zusätzlich ein Anliegen Kreiskys Sicht zum

⁴⁸³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 21. Jg., Heft 4, 1981, S. 336.

⁴⁸⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 3, 1982, S. 210f.

⁴⁸⁵ Vgl. Gehler (2005), S. 496.

⁴⁸⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 21. Jg., Heft 3, 1981, S. 244.

⁴⁸⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 23. Jg., Heft 3, 1983, S. 105.

⁴⁸⁸ Pahr, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 14.

Euro-Kommunismus zu erfahren und mit ihm über die Transit-Situation jüdischer Emigranten zu sprechen.⁴⁸⁹

In den 1970er Jahren lief die (besuchsdiplomatische) Kommunikation hauptsächlich über die Institution US-Präsident und hing stark von der Person Kreisky ab.⁴⁹⁰ Im März 1977 reiste Kreisky zum neuen Präsidenten Jimmy Carter, mit dem er während dessen Amtszeit noch gute Beziehungen pflegen sollte. Nicht ohne Grund suchte sich Carter als Begegnungsort mit Breschnew anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens 1979 das österreichische Wien aus.⁴⁹¹ Bei Kreiskys Besuch 1977 überreichte der Kanzler im Namen Österreichs anlässlich der 200-Jahr Feier der USA ein symbolisches Jubiläumsgeschenk in Form zweier Lehrstühle für Austrian Studies an den Universitäten von Minneapolis und Stanford.⁴⁹² Kreiskys Vize Androsch besuchte die USA wenig später auf Einladung der österreichisch-amerikanischen Handelskammer, hielt Vorträge und warb für das Projekt UNO-City.⁴⁹³ Außenminister Pahr nutzte jeweils die Gelegenheit der jährlich im Herbst stattfindenden UNO-Generalversammlung zu Gesprächen mit Außenminister Vance. Beim Gedankenaustausch 1977 behandelten Pahr und Vance Menschenrechtsfragen, den KSZE-Nachfolgeprozess, den Stand der SALT-Verhandlungen sowie die österreichischen Stahlexporte in die USA.⁴⁹⁴ Ein Jahr später diskutierten die beiden Außenminister bilaterale und weltpolitische Fragen und legten einen Schwerpunkt auf die Frage der Kernenergie. Pahr beschäftigte vor allem die Frage nach dem entstehenden Atommüll. Dieses Problem sei nur dann lösbar, wenn der in Österreich anfallende Atommüll entweder in den USA oder anderen Drittländern deponiert werden könnte. Die Uranlieferverträge mit den USA enthielten ausnahmslos Sicherheitsklauseln, dass bei einer Ablagerung des Atommülls in Drittländern die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung geben müssten. Eine Lagerung in Österreich schloss Pahr kategorisch aus.⁴⁹⁵ Dass dieses Gespräch drei Tage vor der im Endeffekt negativ für die Kreisky-Regierung ausgehenden Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf geführt wurde, zeigt die außenpolitische Relevanz und die Verknüpfung der Atomenergiefrage mit internationalen Besuchen.

⁴⁸⁹ SBKA/VII.1/USA/Box10/Offizieller Besuch des US-Vizepräsidenten Mondale in Österreich, Organisation, Gedächtnisprotokoll, Gesprächsthemen

⁴⁹⁰ Vgl. Schröck, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 51

⁴⁹¹ Vgl. Jankowitsch, in: Rauchensteiner (2010), S. 463.

⁴⁹² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 2, 1977, S. 88f.

⁴⁹³ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 2, 1977, S. 97.

⁴⁹⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 5, 1977, S. 229.

⁴⁹⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 4, 1978, S. 287.

Wie bereits angeschnitten weilte Carter anlässlich der SALT-II-Vertragsunterzeichnung, die im Juni 1979 stattfand, in Wien. Zusammen mit seinem Verteidigungsminister Harold Brown, Außenminister Vance und einer größeren Delegation traf sich Carter auch mit Kirchschräger, Kreisky, Pahr, Lanc und Rösch. Carter setzte die Öffentlichkeit in Kenntnis, dass das bevorstehende Treffen mit Breschnew nicht nur zur Unterzeichnung des SALT-Vertrages dienen, sondern auch für Besprechungen über weitere Schritte zur Entspannung genutzt werden sollte. Kein menschliches Wesen könne im Angesicht von Kernwaffen sicher sein, daher sei der SALT-Vertrag ein historisches Ereignis. Kreisky betonte bei einer Unterredung mit Vance, dass mit der Unterzeichnung eine neue Epoche mit einem neuen Klima in den internationalen Beziehungen begonnen wurde. Offenbar hatte Kreisky aber eine gewisse Vorahnung, als er hinzufügend anmerkte, dass man nicht erwarten dürfe, dass diese Epoche eine glückliche werde, da man selbst nach 25 Jahren des Abschluss des Staatsvertrages in Österreich gemerkt hatte, wie schnell sich die internationale Wetterlage ändern könnte.⁴⁹⁶

Im Oktober 1979 reiste Kreisky zu einem von amerikanischer Seite als „private visit“ klassifizierten Besuch in die USA und hielt zunächst eine Rede vor der UNO-Generalversammlung zum Nahostproblem. Danach traf sich Kreisky mit den Spitzen der US-Administration bzw. mit Carter und Vance zu Besprechungen, hielt im Overseas Writers Club eine Pressestunde ab und gab mehrere Interviews. Ein weiterer Grund für Kreiskys Besuch war die Eröffnung der ersten Gastspiele der Wiener Staatsoper in den USA sowie eine Konzertserie der Wiener Philharmoniker.⁴⁹⁷ Im Vorfeld hatte das Außenministerium in Zusammenarbeit mit der Botschaft in Washington für Kreisky gewisse Gesprächsthemen im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich abgesteckt, zu denen unter anderem ein Ausgleichszollverfahren für chemische Produkte, die Bekämpfung der Inflation, Vereinbarungen bezüglich landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie österreichische Zugeständnisse bei Zöllen zählten.⁴⁹⁸ Zur internationalen Entspannung war folgendes vorbereitet worden: Da es im Entspannungsprozess zu keinen wesentlichen Fortschritten seit der Unterzeichnung der Helsinki Schlussakte gekommen war, herrschte Enttäuschung über die mangelnde Durchführung der Bestimmungen vor. Auf amerikanischer Seite hatte sich zudem der Eindruck verhärtet, dass sich die Sowjetunion nicht an die Regeln hielt und sich dadurch wieder ein steigendes Misstrauen breit machte. Die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages galt in weitere Folge als nicht mehr gesichert. „*Das Verhältnis zur Sowjetunion ist*

⁴⁹⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 2, 1979, S. 123ff.

⁴⁹⁷ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Programm, Organisation

⁴⁹⁸ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Informationen für den Bundeskanzler

*derzeit in einem Wellental.*⁴⁹⁹ Dennoch betonte Vance, dass die USA an der Entspannungspolitik festhalten wollten. Kreisky legte dazu die besondere Bedeutung Österreichs aufgrund der historischen Erfahrungen dar. Österreichischerseits versuchte man die innen- und außenpolitischen Erfolge Carters hervorzuheben. Die Normalisierung zu China, die Aufhebung des Waffenembargos gegen die Türkei sowie die Afrikapolitik und die Panamakanal-Verträge wurden als Indikatoren herangezogen.⁵⁰⁰

Während des Besuches wurden in den Beziehungen zwischen Österreich und den USA stets betont, dass nennenswerte Konflikte fehlen würden. Auf der Tagesordnung stand neben den oben genannten wirtschaftspolitischen Angelegenheiten auch eine Diskussion zur amerikanischen Atominitiative. Kreisky verwies (ein Jahr nach dem negativen Zwentendorf-Votum) auf die Problematik von Nuklearanlagen in Grenznähe und schlug vor, dies im Rahmen eines internationalen Gremiums zu diskutieren. Weitere Gesprächsthemen waren die Ost-West-Situation, die amerikanische Haltung zu Entwicklungen in Mittelamerika sowie das Nahost-Problem. Kreisky verwies auf die Tragweite des Camp-David-Prozesses, führte aber an, dass sich die PLO durch Sadat verletzt fühlte und die PLO-Anerkennung durch Israel nur durch einen entsprechenden Austausch zustande kommen könnte.⁵⁰¹ Die US-Präsidenten von Ford bis Carter und selbst Reagan registrierten die Konfliktlösungsmöglichkeiten Kreiskys im Nahen Osten. Kreiskys politisches Engagement wurde nicht als Neutralitätsverletzung aufgenommen, sondern er wurde sogar bei Gefangenenaustauschen eingeschaltet und etwa in die Vermittlungsversuche zum Austausch der US-Geiseln in der Teheraner Botschaft mit einbezogen.⁵⁰² Auch die österreichische Ostpolitik schien sich bei den USA als akzeptable Methode im Umgang mit den Nachbarstaaten bewährt zu haben. Seitens der USA wurde während des Kreisky-Besuches in den USA auf die bedeutende Rolle Österreichs für internationale Begegnung sowie auf die humanitären Hilfestellungen hingewiesen. Das amerikanische Interesse am Transit jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion war ungebrochen groß – gleiches galt für die Südtirolfrage und den Ausbau Wiens als drittes UNO-Headquarter. Die USA wünschten weiterhin keine Dezentralisierung der UN-Organisationen, obwohl Kreisky von der generellen Unterstützungszusage Fords aus dem Jahre 1974 ausging.⁵⁰³ Vance sagte zum Abschied schließlich zu, zur 25-Jahr-Feier der Staatsvertragsunterzeichnung kommen zu wollen – es schein wohl ein wichtiges Ereignis für

⁴⁹⁹ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Vorbereitungsunterlagen

⁵⁰⁰ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Informationen für den Bundeskanzler und Vorbereitungsunterlagen

⁵⁰¹ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Besprechungsverlauf

⁵⁰² Vgl. Rathkolb (2006), S. 65.

⁵⁰³ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Gesprächsthemen, Bilaterale Beziehungen

Österreich zu sein, so Vance.⁵⁰⁴ Im Endeffekt erschien aber nicht Vance, sondern sein Nachfolger Edmond Muskie zu den Jubiläumsfeierlichkeiten im Mai 1980. Mit Pahr besprach Muskie Aspekte des Nahost-Problems und plädierte dafür, jegliche Missverständnisse zwischen Österreich und den USA aufzuklären. Obwohl es in Grundsatzfragen keinerlei bilaterale Belastungen gab, existierten dennoch gewisse Auffassungsunterschiede, die aber auf dem Boden der aktiven österreichischen Neutralitätspolitik mit Mut und Voraussicht angegangen werden konnten. Muskie meinte außerdem, dass die gegenwärtige außenpolitische Lage in zahlreichen Ländern die USA mit tiefer Sorge erfülle.⁵⁰⁵

Vizekanzler und Finanzminister Androsch reiste wenig später zu weiteren Besprechungen ins Weiße Haus und versuchte mit seinen Kollegen einen Meinungs austausch vor dem Hintergrund des in den USA umstrittenen Standpunktes, wonach keine friedliche Lösung im Nahen Osten ohne die Beteiligung der PLO möglich sei, durchzuführen. Weitere Punkte auf der Besprechungsliste waren die aktuellen Situationen in Afghanistan und im Iran sowie damit zusammenhängend energiepolitische Fragen wie etwa Ölimporte.⁵⁰⁶ Außenminister Pahr reiste 1981 – wiederum im Herbst – in die USA, zu einem offiziellen Treffen mit Vizepräsident George H. W. Bush und Außenminister Alexander Haig. Eine Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels in Cancun und Fragen der Rüstungskontrolle standen ebenso auf dem Programm wie Besprechungen zur Situation in Polen und dem daraus entstandenen Flüchtlingsstrom. Zusätzlich kam der Düsenjet-Verkauf seitens der USA zur Sprache.⁵⁰⁷ Zu einem letzten Besuch in seiner Amtszeit reiste Pahr im März 1982 zum stellvertretenden US-Außenminister Walter Stoessel um der Diskussion über den Besuch des libyschen Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi Wind aus den Segeln zu nehmen.⁵⁰⁸ Ghadaffi Besuch in Wien hatte zu erheblichen Verstimmungen mit den USA und zu Kritik in der westlichen Presse geführt. Man missbilligte die Blockfreiheit und den verwerflichen Neutralismus.⁵⁰⁹ Für die USA kamen Erinnerungen an den Chruschtschow-Besuch 1960 hoch, bei dem das sowjetische Staatsoberhaupt „seine Feinde“, die USA und ihre Verbündeten, angegriffen hatte. Im Jahr 1982 kam es noch zu zwei weiteren interministeriellen Besuchen zwischen Österreich und den USA. In seiner Funktion als

⁵⁰⁴ SBKA/VII.1/USA/Box 8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Besprechungsverlauf

⁵⁰⁵ SBKA/VII.1/USA/Box 8/Muskies Besuch in Österreich 1980 sowie: Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 2, 1980, S. 132ff.

⁵⁰⁶ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 2, 1980, S. 141.

⁵⁰⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 21. Jg., Heft 4, 1981, S. 334f.

⁵⁰⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 1, 1982, S. 38f.

⁵⁰⁹ Vgl. Gehler (2005), S. 496.

Vizekanzler reiste Sinowatz im Mai zu Außenminister Haig, wobei Informationen bezüglich des Falkland-Konfliktes und der Non-Proliferations-Politik ausgetauscht wurden.⁵¹⁰ Landwirtschaftsminister John Block traf im September mit seinem Amtskollegen Günter Haiden zusammen und besprach die gegenwärtige Lage der landwirtschaftlichen Exporte.⁵¹¹ Gegen Ende seiner Amtszeit besuchte Kreisky US-Präsident Ronald Reagan im Februar 1983 in Washington. Dieser Besuch Kreiskys ist vor dem Hintergrund der Eingrenzung des österreichischen neutralen Handlungsspielraumes durch das Ende der Détente zu sehen. Reagan zeigte sich gegenüber Kreisky dankbar für seinen weisen Rat in der Nahost-Frage. Neben den Besprechungen mit Reagan gab Kreisky zahlreiche Interviews und sorgte für viel Berichterstattung in sämtlichen Medien.⁵¹² Die Unterredungen zwischen den beiden Staatsmännern enthielten vornehmlich wichtige bilaterale Fragen, darunter abermals die Problematik der Endlagerung österreichischen Atommülls, die österreichischen Stahlexporte in die USA, US-Investitionen in Österreich (z.B. General Motors) sowie Fragen des umstrittenen Technologietransfers, den die USA stark kritisierte. Für die USA galt Österreich als „Sieb“ für den Osten, durch das jede Menge Computermaterial rann. Im Themenkomplex der internationalen Fragen war vor allem die politische und wirtschaftliche Situation in Polen für beide Staaten interessant.⁵¹³

Für die gesamte hier betrachtete Zeitspanne war die Anzahl von sowjetischen Besuchen in Österreich nahezu immer höher als jene aus den USA. Die Form des besuchtsdiplomatischen Austauschs zwischen Österreich und der UdSSR bzw. den eng an die Sowjetunion gebundenen Staaten war determiniert von der österreichischen „Eisbrecher-Funktion“ nach internationalen Krisen. Im Laufe der Détente änderte sich dies allmählich.⁵¹⁴ Dennoch war es das Ziel Österreichs durch „*intensive, friktionsfreie und freundschaftliche Beziehungen mit allen unseren unmittelbaren Nachbarn*“⁵¹⁵ die Sicherheit des Landes zu stärken, was sich nicht zuletzt auch in der intensiven Besuchsdiplomatie mit den Warschauer-Pakt-Staaten – vor allem in der Zeit zwischen 1974 und 1980 – zeigte.⁵¹⁶ Das österreichische Engagement im Osten blieb aber spätestens ab Mitte der 1970er Jahre auch bzw. vor allem seitens der Medien nicht mehr unkommentiert. Man attestierte der Ausrichtung der Ballhausplatz-Diplomatie

⁵¹⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 2, 1982, S. 112f.

⁵¹¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 3, 1982, S. 209.

⁵¹² SBKA/VII.1/USA/Box8/Pressestimmen zu Kreiskys USA-Reise 1983 sowie Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 23. Jg., Heft 1, 1983, S. 39ff.

⁵¹³ SBKA/VII.1/USA/Box7/USA-Reise Kreiskys Februar 1983: Korrespondenz

⁵¹⁴ Vgl. Müller, in: Suppan/Müller (2009), S. 288.

⁵¹⁵ Pahr, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002) S. 6.

⁵¹⁶ Vgl. Höll, in: Bischof/Pelinka (1994), S. 40

einen „Ost-Drift“.⁵¹⁷ Ab Ende der 1970er Jahre nahmen sowohl die sowjetischen Besuche in Österreich als auch die österreichischen Besuche in der Sowjetunion wieder langsam ab.

Nachdem Mitte der 1970er Jahre eine Reihe von Parlamentarier- und Wirtschaftsdelegationen Besuche austauschten, besuchte im Jahr 1976 der sowjetische Minister für Gerätebau, Konstantin N. Rudnjew Österreich sowie Justizminister Broda die Sowjetunion. Im darauffolgenden Jahr bestanden besuchsdiplomatische Kontakte in Moskau wiederum hauptsächlich auf der Basis parlamentarischer oder wirtschaftspolitischer Interessen: Anzuführen sind beispielsweise das Treffen der österreichisch-sowjetischen Gemeinsamen Kommission im Juli 1977, bei dem die ausbaufähigen Kapazitäten im Handel ausgeloteten und für das Zustandekommen von Erdgas-Lieferverträge Sorge getragen wurde⁵¹⁸ oder die Besuche der parlamentarischen Delegationen unter der Leitung von Nationalratspräsident Benya im März 1977 und 1978. Kontakte auf ministerieller Ebene wurden in diesen Jahren ebenso gepflegt. Gesundheitsministerin Leodolter wurde im Sommer 1977 zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion empfangen,⁵¹⁹ der sowjetische Verkehrsminister I. G. Pawlowski traf im Februar und Mai 1978 in Österreich bei Verkehrsminister Lausecker ein⁵²⁰ und Handelsminister Staribacher hielt sich im Juli 1978 während der Tagung der Gemeinsamen Kommission für wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei Patoltischew in Moskau auf.

Den größten und vermutlich auch wichtigsten Besuch in der Sowjetunion in Kreiskys zweiter Amtszeit stellt das offizielle Zusammentreffen mit Staats- und Parteichef Breschnew im Februar 1978 dar. Der Tragweite des Besuches entsprechend bereitete sich die österreichische Delegation, bestehend aus Kreisky, Staribacher sowie Kabinettsmitgliedern, Ministerialbeamten und Experten und Vertretern der österreichischen Wirtschaft, bestens auf die Gespräche vor.⁵²¹ Neben einem umfangreichen Besuchs- und Besichtigungsprogramm standen zahlreiche Arbeitsgespräche zwischen Kreisky und Breschnew bzw. Kossygin auf der Tagesordnung des offiziellen Treffens. Zu Beginn der Besprechungen zeigten sich sowohl Kossygin als auch Kreisky mit der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zufrieden. Kreisky merkte aber an, dass die Zahlungsbilanz verbessert werden müsse und

⁵¹⁷ Vgl. Molden, in: Rauchensteiner (2010), S. 749.

⁵¹⁸ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 3/4, 1977, S. 165.

⁵¹⁹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 17. Jg., Heft 5, 1977, S. 123.

⁵²⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 2, 1978, S. 144

⁵²¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Teilnehmer der österreichischen Delegation

dazu eigene Sitzungen notwendig seien. Im Anschluss an Kreiskys Besuch reiste daher Bundeswirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger nach Moskau um Lösungen für die Detailfragen auszuarbeiten. Kreisky plädierte weiter für ein wirtschaftliches Engagement in den Ländern der „Dritten Welt“ und sprach über österreichische Projekte in Polen, Ungarn und der CSSR, die auch in der Sowjetunion umsetzbar wären. Kossygin begrüßte Kreiskys Vorschlag für weitere Aufträge, bemängelte aber, dass die österreichischen Angebote oft nicht konkurrenzfähig seien. Im gleichen Atemzug schlug Kossygin vor, österreichische Projekte im Rahmen von Atomkraftwerkserrichtungen zu verwirklichen. Staribacher hakte hier ein und bemerkte, dass Österreich über gute Erfahrungen mit der Zulieferung von Komponententeilen verfüge. Anschließend berichteten die Vertreter von Voest, Siemens sowie Wagner Biro über Möglichkeiten der Zusammenarbeit.⁵²² Hatte Kreisky mit Kossygin vornehmlich wirtschaftliche Fragen behandelt, besprach der Kanzler mit Breschnew auch allgemeinere politische Fragen. Breschnew betonte dabei, dass es in Bezug auf die Erfüllung der Bestimmung des Staatsvertrages keine wie auch immer gearteten Verzerrungen geben sollte.

„Wir waren und bleiben Gegner jeglicher Versuche dem neutralen Status und der Souveränität des österreichischen Staates einen Schaden zuzufügen, egal von welcher Seite sie ausgehen mögen.“⁵²³

Zur Einstellung der Sowjetunion zum KSZE-Prozess wich Breschnew aus und sprach über die Rolle der neutralen Staaten. In diesem Zusammenhang beschwor Breschnew auch alle Länder zur Abrüstung unter dem sowjetischen Motto *„weniger allgemeine Debatten denn mehr praktische Schritte in der Abrüstung“*.⁵²⁴ Kreisky versuchte natürlich weitere Schritte für eine weitgehende Entspannung innerhalb Europas zu erreichen. Bei der Tischrede Kreiskys anlässlich des Empfangs im großen Kremlpalast wählte er folgenden Satz, um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen:

„Außenpolitik ist für uns Österreich mit Friedenspolitik gleichzusetzen.“⁵²⁵

Das Gespräch zwischen Staribacher und Patolitschew am zweiten Tag der Reise wurde als „Nebenevent“ dargestellt. Tatsächlich aber ergab diese Besprechung wichtige Interessensbekundungen und Planungen industrieller Kooperationen, wie etwa auf dem Sektor der Kernkraftwerksausrüstung, im Automobilbau, in der Papier- und Zellstoffindustrie sowie in

⁵²² SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Sitzungsprotokoll über das Arbeitsgespräch zwischen Kreisky und Kossygin, 7.2.1978

⁵²³ SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Arbeitsübersetzung aus dem Russischem zwischen Kreisky und Breschnew 1978

⁵²⁴ Ebd.

⁵²⁵ SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Tischansprache Kreiskys

der (petro-)chemischen Industrie, im Schiffsbau und in der Hüttenindustrie.⁵²⁶ Ein Punkt, auf den Kreisky im Vorfeld Wert gelegt hatte, der allerdings nicht in den offiziellen Aufzeichnungen aufscheint, war die Frage nach der Atommülllagerung. In einem mündlichen Bericht vor dem Ministerrat unmittelbar vor seiner Reise machte Kreisky den Vorschlag man müsse die Sowjetunion von einem gemeinsamen Forschungsvorhaben überzeugen, um so die geringen in Österreich anfallenden Mengen in der UdSSR zu lagern.⁵²⁷ Über das Schlusskommuniqué wollte sich Kreisky bereits im Vorfeld keine großen Gedanken machen.

„Ich kümmere mich grundsätzlich nicht um das Kommuniqué, bin aber daran interessiert, daß drei bis vier Angelegenheiten darin nicht enthalten sind.“⁵²⁸

In den Verhandlungen darüber wurde deutlich, dass sowjetischerseits auf Textformulierungen gedrängt wurde, die auf eine Einengung der österreichischen Handlungsfreiheit abzielten. Darüber hinaus wurde der Eindruck erhärtet, dass Moskau die Tendenz weiter verfolgte, möglichst viele bilaterale Fragen an Staatsvertrag und Neutralität zu „messen“. Das Kommuniqué enthielt zudem relativ ausführliche Passagen über die Entspannungspolitik und ließ dennoch erkennen, dass seitens der Sowjetunion Wert auf die genaue Formulierung aller ideologischen Kommuniquéformeln gelegt wurde.⁵²⁹

Ende desselben Jahres reiste Pahr zu Gromyko und stattete auch Kossygin dabei einen Besuch ab, der den Zweck hatte die bilateralen Beziehungen auszubauen und wirtschaftliche Fragen zu klären. Nicht zuletzt war auch das Fortkommen im KSZE-Prozess Gesprächsthema zwischen den beiden Außenministern. Ziel des Besuches war es die SALT-II-Konferenz für das kommende Jahr vorzubereiten.⁵³⁰ Breschnew, der anlässlich jener SALT-II-Vertragsunterzeichnung nach Wien gekommen war, traf sich im Juni 1979 mit Kirchschräger, Kreisky, Pahr, Lanc und Rösch, wobei die Besuche generell als Höflichkeitsbesuche klassifiziert werden konnten.⁵³¹ Patolitschew, der Österreich im Laufe seiner Amtstätigkeit relativ oft besuchte, reiste 1979 ein letztes Mal offiziell nach Wien. Im Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen im Handelsministerium der gemeinsamen Kommission über die wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit begegneten sich Patolitschew,

⁵²⁶ SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Treffen zwischen Staribacher und Patolitschew am 8.2.1978

⁵²⁷ SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Mündlicher Vortrag Kreiskys bei einer Ministerratssitzung außerhalb der Tagesordnung

⁵²⁸ Ebd.

⁵²⁹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Nachwort zum Schlusskommuniqué hinsichtlich bilateraler Fragen

⁵³⁰ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 4, 1978, S. 299.

⁵³¹ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 2, 1979, S. 123ff.

Kirchschläger und Kreisky.⁵³² Pahr reiste 1979 abermals nach Moskau und versuchte gegen das sowjetische Vorgehen im Entspannungsprozess zu protestieren. Im Endeffekt ließ sich die UdSSR aber nicht von ihrer Entspannungslinie abbringen, was die österreichischen Medien nachhaltig verstimmt und die Empfindung, Pahr sei lediglich der Postbote Kreiskys im Rahmen einer einseitigen Besuchsdiplomatie, intensivieren sollte. Pahrs Besuch brachte daher de facto kein Ergebnis. Obwohl Gromyko versprach, in Sachen UNO-City seine Zustimmung zu erteilen, enthielt sich die UdSSR im Endeffekt aber ihrer Stimme.⁵³³ Ende der 1970er Jahre lief der besuchsdiplomatische Kontakt zwischen Österreich und der UdSSR infolgedessen primär über die Minister-Ebene. Die beiden Verteidigungsminister Rösch und Dimitri Ustinow trafen einander im Dezember 1979, als der Österreicher zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion weilte.⁵³⁴ Gromyko besuchte Österreich und Kreisky anlässlich der Staatsvertragsfeierlichkeiten 1980 und betonte dabei, dass die UdSSR immer ein konstruktiver Anhänger der politischen und militärischen Entspannung bleibe.⁵³⁵ Auch die sowjetisch-österreichischen (besuchsdiplomatischen) Beziehungen wurden durch internationale Ereignisse und Entwicklungen geformt, so hatten die Afghanistankrise bzw. die jeweiligen Reaktionen darauf die bilateralen Beziehungen zu Beginn der 1980er Jahre beeinträchtigt.⁵³⁶

1981 begab sich Staribacher gleich zweimal in die Sowjetunion – im Januar um bei Ministerpräsident Nikolai Tichonow ein langfristiges Wirtschaftsprogramm zu unterzeichnen und im September um in der gleichen Konstellation über einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu sprechen.⁵³⁷ Tichonow selbst besuchte Kirchschläger, Kreisky, Pahr und Staribacher im April 1981. Auf dem Programm standen Besuche bei den einzelnen Politikern, Kranzniederlegungen, Pressetermine, eine Stadtbesichtigung sowie ein Ausflug in die Wachau. Zusätzlich sollten Tichonow noch die Voest sowie weitere Betriebe gezeigt werden.⁵³⁸ Tichonow erörterte in seiner Tischrede die Wichtigkeit der österreichisch-sowjetischen Beziehungen und legte dar, dass er sich bemühen werde trotz des intensiven Meinungsaustausches

⁵³² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 3, 1979, S. 195.

⁵³³ Vgl. Molden, in: Rauchensteiner (2010), S. 760.

⁵³⁴ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 19. Jg., Heft 4, 1979, S. 285.

⁵³⁵ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 20. Jg., Heft 2, 1980, S. 132ff.

⁵³⁶ Vgl. Lobova, in: Rathkolb/Maschke/Lütgenau (2002), S. 136.

⁵³⁷ Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 21. Jg., Heft 1, 1981, S. 32f. sowie Heft 3, 1981, S. 253.

⁵³⁸ SBKA/VII.1/UdSSR/Box5/Offizieller Besuch Tichonows in Österreich 1981, Vorbereitungen und Programm

„im Interesse der Festigung der Entspannung und des Friedens Berührungspunkte unserer Positionen zu finden.“⁵³⁹

Für eine Tischrede relativ stark betonte Tichonow die Gefahr des Wettrüstens und die schlechte internationale Lage:

„Diesem gefährlichen militaristischen Kurs stellt die Sowjetunion ihre Friedenspolitik entgegen.“⁵⁴⁰

Wie auch in den Besuchen der vergangenen Jahre standen allerdings die bilateralen Handelsbeziehungen weit oben auf der Prioritätenliste.⁵⁴¹ Die Wirtschaftsbeziehungen waren auch Thema beim Besuch Sinowatz bei Tichonow und Patolitschew im April 1982. Als Vizekanzler besprach Sinowatz mit den sowjetischen Vertretern Bilaterales, über die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und verhandelte über Erdgaslieferungen.⁵⁴² Der letzte relevante Besuch für und in der UdSSR während der Ära Kreisky war jener Präsident Kirchschrägers im Mai 1982. Kirchschräger traf dabei mit Breschnew zusammen und erörterte obligatorische bilaterale Fragen. Bei den Besprechungen sollte Kirchschräger vor allem auf Österreich und insbesondere Wien als Amtssitz internationaler Organisationen sowie als Ort internationaler Begegnungen eingehen und schlug ein Gipfeltreffen zwischen dem sowjetischen und US-amerikanischen Staatsoberhaupt vor.⁵⁴³

⁵³⁹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box5/Offizieller Besuch Tichonows in Österreich 1981, Tischrede Tichonows

⁵⁴⁰ Ebd.

⁵⁴¹ SBKA/VII.1/UdSSR/Box5/Offizieller Besuch Tichonows in Österreich 1981, Vorbereitungen und Programm

⁵⁴² Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 2, 1982, S. 109f.

⁵⁴³ SBKA/VII.1/UdSSR/Box6/Konvolut Staatsbesuch Kirchschrägers in der Sowjetunion 1982, Informationen sowie: Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 22. Jg., Heft 2, 1982, S. 116.

4. Zusammenfassende Betrachtung und Conclusio

Das neutrale Österreich war im Kalten Krieg – zumindest was die Besuchsdiplomatie betrifft – weit mehr als nur ein politischer Zaungast. In dieser Diplomarbeit konnte gezeigt werden, dass sowohl die allgemeine österreichische Besuchsdiplomatie und im Speziellen die besuchsdiplomatischen Interaktionen von und mit den Vertretern des „Westens“ (USA und BRD) und des „Ostens“ (UdSSR und DDR) gezielt von Seiten Österreichs genutzt wurden, um sich im internationalen Mächteverhältnis zu verorten. Die besuchsdiplomatischen Aktivitäten lassen Österreichs außenpolitische Orientierung sowie ihre Veränderungen zwischen dem Beginn der 1960er Jahre und dem Ende der Ära Kreisky erkennen.

Nach dem Ende der Besatzungszeit in Österreich und dem Abschluss des Staatsvertrages begann das Land seinen neu gewonnen außenpolitischen Handlungsraum im Sinne eines neutralen Staates zu schaffen. Ziel war es, möglichst rasch diplomatische Beziehungen zu vielen anderen Staaten und internationalen Akteuren aufzubauen. Die beiden Staatsvertrags-signatarmächte USA und UdSSR, die als diametral entgegengesetzt im Kalten Krieg operierten, waren für Österreich von Anfang an wichtige besuchsdiplomatische Bezugspunkte. Obwohl in der ersten Hälfte der 1960er Jahre – vor allem in Relation zu den 1970er Jahren – die Besuche ausländischer Staatsgäste in Österreich insgesamt in ihrer Anzahl relativ gering waren, intensivierte sich die Besuchsdiplomatie zwischen Österreich und den beiden Supermächten danach kontinuierlich. Ist das Verhältnis von Besuchen und Gegenbesuchen zwischen Österreich und der UdSSR zu Beginn der 1960er Jahre nahezu ausgeglichen, fällt auf, dass es mehr österreichische Besuche in den USA gab als umgekehrt. Abgesehen von der beginnenden Profilierung Österreichs bzw. Wiens als internationaler Begegnungsort, verloren die USA nach und nach das Interesse an Besuchen in Österreich – ganz im Gegenteil zur UdSSR. Bereits in dieser frühen Phase werden in den Besprechungen Themenkomplexe diskutiert, die teilweise bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes ein Schwergewicht der inhaltlichen Verhandlungen darstellten. Die 1960er Jahre waren insgesamt geprägt von den „Nachwirkungen“ des Staatsvertrages sowie der Formierung und Ausbildung der österreichischen Stellung im internationalen Gefüge. So bildeten zunächst neben den sowjetischen Ablöseforderungen für das deutsche Eigentum, die EWG/EG-Annäherung Österreichs ein latentes Konfliktpotenzial zwischen Österreich und der UdSSR, das in den gemeinsamen Abschlusskommuniqués zwar nahezu nie vorkam, allerdings bei den obligatorischen Meinungsaustauschen mit Sicherheit zur Sprache kam. Hingegen wurde die

UdSSR nicht müde auf die Verpflichtungen des Staatsvertrages hinzuweisen und im weiteren Sinne auf ihre Neutralitätsvorstellungen zu bestehen (im Extremfall wie beim Chruschtschow Besuch in Österreich 1960). Für die UdSSR war die EWG-Annäherung Österreichs nicht nur aus sicherheitspolitischen Überlegungen relevant, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass wirtschafts- und handelspolitische Interessen das Verhältnis zwischen den beiden Ländern über weite Teile dominierten. Auch in den Beziehungen zu den USA war es für beide Staaten wichtig, während besuchsdiplomatischen Treffen die gegenseitigen Handelspositionen offenzulegen und über mögliche Kooperationen zu verhandeln. In Bezug auf die österreichische Neutralität überließen die USA der UdSSR nicht ohne Widerstand das Feld und wandten sich gegen jegliche sowjetische Bevormundung Österreichs in Neutralitätsfragen. War die Südtirol-Problematik quasi kein Thema zwischen Österreich und der UdSSR, kam diese bei besuchsdiplomatischen Interaktionen zwischen Österreich und den USA häufig zur Sprache – auch wenn die amerikanische Seite darüber nicht unbedingt glücklich war. Österreichische Besuche in den USA wurden oft im Anschluss an die jährlich stattfindende UNO-Generalversammlung absolviert. Die Große Koalition, die bis 1966 die Geschicke Österreichs leitete, ermöglichte ganz im Sinne der Konsensorientierung ein relativ breites außenpolitisches Spektrum. Obwohl es klarerweise zu Unstimmigkeiten im innenpolitischen Tagesgeschäft kam, erforderte der Prozess der Ausgestaltung der Neutralitätspolitik doch parteiübergreifendes Feingefühl. Diplomatisches Einfühlvermögen war auch in Bezug auf das Dreiecksverhältnis Bonn-(Ost)Berlin-Wien gefragt. Der Status West-Berlins und die Frage der DDR-Anerkennung waren hochsensible politische Fragen. Zu Beginn der 1960er Jahre suchten sowohl die BRD als auch Österreich intensiven Besuchskontakt. Rein quantitativ nahmen die österreichischen Besuche in der BRD bis 1965 ab, um dann erst wieder in den 1970er Jahren stark anzusteigen. Im Laufe der 1960er Jahre entwickelte sich das österreichische Verhältnis zur BRD stärker in Richtung einer allgemeinen EWG-Verbindung. Den Beziehungen der beiden Länder zueinander tat dies keinen Abbruch – die besuchsdiplomatische Formel lautete weiterhin „problemfrei“.

Von 1966 bis 1970 versuchte die ÖVP-Alleinregierung bzw. ihre Außenminister Tončić-Sorinj und Waldheim die angefangene Nachbarschaftspolitik also neue „Ostpolitik“ weiter zu führen. Nicht nur für Länder aus dem „Osten“ stiegen die Besuchsstatistiken an. Die außenpolitische Ausrichtung wies Kontinuitäten in Hinblick auf den weiteren Aufbau der Beziehungen zu den beiden Supermächten auf, setzte gleichzeitig freiwillige, aber auch durch internationale Krisen, wie jene in der CSSR 1968 ausgelöste, unfreiwillige Schwerpunkte, wie

etwa in der akut gewordenen Südtirol-Frage. Bundeskanzler Klaus war ebenso wie Raab stark auf eine weitere Intensivierung der besuchsdiplomatischen Interaktionen mit der UdSSR ausgerichtet, was zu einer weiteren Fülle an neuen gegenseitigen Abkommen führen sollte. Auch mit den Westmächten wollte Österreich seine guten Beziehungen fortführen. In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung ist diesem Wunsch entgegengesetzt, ein allmähliches Abklingen in der Besuchsintensität mit den USA zu erkennen. Österreichische Besuche in den USA wurden gerne mit Vortragsreihen kombiniert, was in Moskau nahezu undenkbar gewesen wäre. Insgesamt wurde die Frage der österreichischen Neutralität gegen Ende der 1960er Jahre für die USA als weit weniger wichtig empfunden als für die UdSSR. Amerikanischerseits setzte man verstärkt auf sicherheits- und verteidigungspolitische Themen, wohingegen die UdSSR nach wie vor auf handels- und energiepolitische Aspekte Wert legte. Bei nahezu allen besuchsdiplomatischen Interaktionen mit den hier näher betrachteten Ländern sprachen die jeweiligen Akteure über das aktuelle Ost-West-Verhältnis. Je nach Jahr(zehnt) gaben bestimmte Konfliktherde die Gesprächsprioritäten vor. Die deutsche Teilung zählte aber zu einem der großen Konstanten. Dies spiegelte sich auch in den Beziehungen zur BRD wider. Obwohl zwischen Österreich und der BRD ein grundsätzliches Vertrauensverhältnis bestand und die Besuchsanzahl durchgehend relativ hoch war (trotz einer kurzen Stagnationsphase Ende der 1960er Jahre), führten erste Kontakte mit der DDR zu bilateralen Verstimmungen.

Bereits zu Beginn der 1960er Jahre kam es zu inoffiziellen DDR-Besuchen in Österreich, die zwar als wirtschaftliche Treffen organisiert waren, über die es aber dennoch möglich war, auch politische Kontakte zu knüpfen. Erst 1972, nach der Anerkennung der DDR durch Österreich, waren offizielle Besuche möglich. Sowohl Österreich als auch die DDR machten davon spätestens ab Mitte der 1970er Jahre intensiv Gebrauch – dies lässt auf Intensität der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR schließen. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu den USA, zur UdSSR sowie BRD, die es zu pflegen und zu erhalten galt, waren die besuchsdiplomatischen Interaktionen mit der DDR vornehmlich von Verhandlungen rund um Konsularabkommen und ähnlichem geprägt. Dessen ungeachtet waren wirtschaftliche Motive für gegenseitige Besuche von hoher Bedeutung.⁵⁴⁴ Mehrmals stellten die besuchsdiplomatischen Interaktionen zwischen Österreich und der DDR die jeweils ersten ihrer Art dar. Als Dank für Österreichs Eisbrecher-Funktionen reisten DDR-Politiker mit millionenschweren Aufträgen nach Österreich. Im Großen und Ganzen

⁵⁴⁴ Zur Bedeutung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR sind die Ergebnisse der Forschungen von Maximilian Graf relevant: Graf, Maximilian (2012): Österreich und die DDR 1949-1989/90: Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen, Diss., Wien.

intensivierten sich die österreichischen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Oftmals wurden österreichische Besuche in einem der beiden Länder „benutzt“ um auf indirektem Wege dem politischen Gegner Meinungen, Wünsche und andere Botschaften zu übermitteln. Teile dieser Aspekte zeigten sich beispielsweise an den prozessorientierten und subtilen Versuchen Österreichs am Rande von besuchtsdiplomatischen Interaktionen die menschenrechtliche Situation in der DDR zu verbessern. Österreichs internationale Position und seine Vermittlerrolle boten sich hierfür perfekt an.

In den ersten Jahren der 1970er Jahre legte die SPÖ-Alleinregierung vor dem Hintergrund des erfolgreich abgeschlossenen Freihandelsabkommens mit der EG einen Schwerpunkt auf den (west-)europäischen Raum. Hatte sich das neutrale Österreich zunächst auf der Ebene der internationalen Beziehungen vor allem auf die Unterzeichnerstaaten des Staatsvertrages sowie die unmittelbaren Nachbarstaaten fokussiert, erweiterte sich der Radius der Außenpolitik spätestens in der Amtszeit Bundeskanzler Kreiskys sowie „seiner“ Außenminister Kirchschräger, Bielka und Pahr im Allgemeinen. Bereits als Außenminister versuchte sich Kreisky konsequent als Vermittler zwischen Ost und West zu bewerben. Als Kommunikator zwischen den unterschiedlichen Systemen und Weltregionen konnte sich Kreisky rasch international etablieren. Dies ermöglichte ihm nicht nur, sein Prestige zu erhöhen, sondern schaffte auch allgemein für Österreich größere außenpolitischen Gestaltungsräume. Nicht zuletzt ist dies auch ein Grund für die endgültige Etablierung Wiens als internationales Konferenzzentrum. Die Gleichsetzung von Außen- und Neutralitätspolitik, die vorab schon von Waldheim eingeleitet wurde, stellte während der Ära Kreisky den fruchtbaren Nährboden für den quantitativen Höhepunkt der besuchtsdiplomatischen Interaktionen bereit. Mitte der 1970er Jahre wurde die Spitze erreicht – danach gingen sowohl die Besuchsintensität als auch die Tragweite des außenpolitischen Handlungsspielraumes und damit zusammenhängend die internationale Beachtung des neutralen Österreich zurück.

Die Phase der Entspannungspolitik, die in die Unterzeichnung der KSZE-Akte mündete, wurde von Österreich wohlwollend mitgetragen. In Besprechungen anlässlich österreichisch-sowjetischer Besuchskontakte wurden immer wieder die Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitskonferenz diskutiert. Hatte die EG-Annäherung Österreichs den Beziehungen zur UdSSR geschadet, so wurden diese am 1975 wieder deutlich verbessert. Vom Entspannungsprozess profitierte auch das Verhältnis zur USA und zu einem geringeren Grad auch jenes zur BRD, das ohnehin durch die häufigen ministeriellen Kontakte florierte und spätestens ab

Mitte der 1970er Jahre nahezu unüberschaubar wurde. Insgesamt bemühte sich die österreichische Außenpolitik in den 1970er Jahren in sämtliche Richtungen und in unterschiedlicher Intensität besuchtsdiplomatische Beziehungen zu unterhalten. Österreich kam dabei aber auch zusehends zwischen die mit dem Ende der Détente wieder verhärtenden Fronten. Auch innenpolitisch musste die Regierung Kreiskys ihr außenpolitisches Handeln legitimieren – sei es aufgrund Kreiskys Nahost-Engagements oder beispielsweise im Zuge der Kontroverse um die Nutzung von Atomenergie (Stichwort: Zwentendorf). Ende der 1970er Jahre tauchte die Frage nach Inanspruchnahme von Kernenergie sowie nach der Endlagerung von Atommüll in Gesprächsprotokollen sowohl mit den USA als auch mit der UdSSR auf. Im Gespräch mit der BRD kam diesbezüglich vor allem die friedliche Nutzung von Atomenergie zur Sprache. Neben der Frage nach der Neutralität ist dies wohl jene Thematik, an der sich für diesen Zeitraum am offensichtlichsten die Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik zeigt.

In den 1970er Jahren liefen die meisten großen Besuche über die Institution Kreisky bzw. über das Netzwerk, das der Bundeskanzler um sich aufgebaut hatte und welches er auch zu nutzen verstand. Gleiches galt für die Interaktionen zwischen Österreich und den USA, die größtenteils auf der Ebene der beiden Staatsoberhäupter verlief. Dennoch darf die teilweise arbeitsintensivere Variante von Besuchen auf (sub-)ministerieller Ebene nicht unterschätzt werden, da oftmals hohe Besuchskontakte zunächst auf diesem Level vorbereitet werden müssen. Wie auch im Zuge der SALT-Vertragsunterzeichnungen, boten Begegnungen zweier Vertreter von Ost und West für österreichische Akteure die Gelegenheit zum politischen Meinungsaustausch. Kreisky war sicherlich der aktivste Außenpolitiker der Zweiten Republik, dessen außenpolitische Methode zur richtigen Zeit am richtigen Ort Situationen entschärfen konnte. Durch die Veränderungen im internationalen Machtgefüge stehen die ersten Jahre der 1980er Jahre für eine regressivere außenpolitische Orientierung. Österreich versuchte dennoch seine Besuchtsdiplomatie in Anlehnung an die zumeist erfolgreichen Treffen der 1970er Jahre fortzuführen, kam allerdings rein quantitativ nicht an die Intensität des vorausgegangenen Jahrzehnts heran. Zusätzlich verlor Kreisky im Speziellen und Österreich im Generellen als neutraler Verteidiger der europäischen Entspannungspolitik auch in Hinblick auf die deutsch-deutschen Vermittlungsversuche an Bedeutung. Nach wie vor dominierten sowohl im Verhältnis mit der BRD als auch mit der DDR wirtschaftliche, handelspolitische und infrastrukturelle Fragen die besuchtsdiplomatischen Interaktionen, die zunehmend auf Bilaterales und weniger Internationales eingeschränkt wurden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die österreichische Besuchsdiplomatie insgesamt darum bemüht war, ein „Optimum an Beziehungen“ zu anderen Staaten der Welt aufzubauen bzw. zu erhalten. Trotz der Unterschiedlichkeit in der Ausgestaltung, den Themengebieten und möglichen Konfliktlinien in den jeweiligen besuchsdiplomatischen Interaktionen mit den USA, der UdSSR, BRD und DDR lassen sich – an den Akten orientiert – dennoch gewisse Kontinuitäten herausfiltern. In allen Fällen waren handelspolitische Fragen enorm wichtig. Sowohl die bilaterale Verfasstheit der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen wie auch der Umgang mit den jeweiligen konkurrierenden Wirtschaftssystemen (Stichwort: Technologietransfer in den Osten⁵⁴⁵) waren zentraler Bestandteil der persönlichen Besprechungen der außenpolitischen Akteure. In Fragen der international angespannten Lage und möglichen Lösungsvorschlägen divergierten die Vorstellungen entlang der Konfliktlinie „Ost“ versus „West“, wobei sich die beiden europäischen Vertreter BRD und DDR als unmittelbar Involvierte des Systemkonflikts ihren Schutzmächten weitgehend unterordneten.

Die unterschiedlichen innenpolitischen Rahmenbedingungen gaben in der Regel die außenpolitischen Leitlinien der jeweiligen Phasen vor. Dennoch kann nicht von einer klar abgrenzbaren und rein parteipolitisch motivierten Außenpolitik gesprochen werden. Vielmehr existierten über den Betrachtungszeitraum hinweg Überschneidungen in den außenpolitischen Schwerpunktsetzungen. Allerdings begann die außenpolitische Konsensorientierung zwischen ÖVP und SPÖ zu Beginn der 1980er Jahre im Sinne einer „Bipartisan Policy“ zu bröckeln. Diese wiederum mussten sich auch an den jeweiligen Status der Ost-West-Beziehungen richten. Innen- und außenpolitische Grenzen verschwammen immer wieder. Dennoch hängen vor allem die besuchsdiplomatischen Entwicklungen stark vom persönlichen Engagement des jeweiligen Staats- und Regierungschefs oder Außenministers ab. Aus diesem Grund können durchaus auch Brüche aufgrund persönlicher Präferenzen im Betrachtungszeitraum erkannt werden. Besuchsdiplomatischen Verhandlungen oder Besprechungen, als eine Form der direkten Kommunikation zwischen außenpolitischen Akteuren, müssen – obwohl „von-Angesicht-zu-Angesicht“ – nicht notwendigerweise auch auf der gleichen Augenhöhe geführt werden. Unterschiedliche hierarchische Vorstellungen, politische Kulturen und persönliche Avancen können daher über die Interpretation von Erfolg oder Misserfolg nach einem Besuch entscheiden. Besuche stehen auch oft am Scheideweg zwischen Schein und Realität, zwischen protokollarischer Fassade und dem tatsächlichen Stand der Dinge. Die Frage ist daher immer,

⁵⁴⁵ Vgl. dazu Kapitel 2.3.3.

welche Besprechungspunkte nicht an die Öffentlichkeit dringen, welche Materialien sofort in Archiven verschwinden und was nicht einmal dort dokumentiert ist.

Der Inhalt von Besprechungen ist eine komprimierte Darstellung des Beziehungsstandes, der bei offiziellen Besuchen oftmals durch das Ausverhandeln des Abschlusskommuniqués, in eine nach allen Regeln der Diplomatie – zwischen gebotener Höflichkeit und Staatsinteresse – in eine schriftliche Form gefasst wird. Die besuchsdiplomatischen Interaktionen, die in dieser Diplomarbeit analysiert wurden, sind als prozessorientiert zu betrachten, da das Ergebnis eines Besuches oft nicht das Ende einer Angelegenheit darstellte und der Prozess selbst mit vielen Tradierungen belegt wurde. Die Vielschichtigkeit, die Parallelität aber auch die Kreuzungen von handelnden Akteuren, Aktionsfeldern und Institutionen der besuchsdiplomatischen Interaktionen Österreichs im Kalten Krieg sind daher als ein Prozess zu sehen, der sich je nach innenpolitischen Konstellationen in unterschiedlicher Art und Weise sowie Intensität ausgestalten konnte.

5. Verzeichnisse

5.1. Literaturverzeichnis

Hier finden sich alle verwendeten und zur Recherche herangezogenen Monographien, Sammelbände und Journal-Beiträge. Bei mehreren Artikeln eines Sammelbandes, wurde im Literaturverzeichnis nur der allgemeine Titel des Werkes bibliographiert.

Agstner, Rudolf/Enderle-Burcel, Gertrude/Follner Michaela (2009) Hgg.: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918-1959, DÖW, Wien.

Bader, Wilhelm (2005): Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955. Eine Nachlese zum Jubiläumsjahr 2005, Braumüller, Wien.

Barston, Ronald P. (2006): Modern Diplomacy, Pearson Longman, Harlow.

Bauer, Friedrich (2006): Botschafter in zwei deutschen Staaten. Die DDR zwischen Anerkennung und Auflösung (1973-1990), Eigenverlag, Wien.

Bauer, Friedrich/Seewald, Enrico (2011): Bruno Kreisky in Ost-Berlin 1978, Studienverlag, Innsbruck/Wien.

Beach, Derek (2012): Analyzing Foreign Policy, Palgrave MacMillan, Basingstoke.

Berridge, G.R./James, Alan (2004): A Dictionary of Diplomacy, Palgrave, Abasingstoke.

Bielka, Erich/Jankowitsch Peter/Thalberg, Hans (1983) Hgg.: Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Europaverlag, Wien.

Breuss, Susanne/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas (1995): Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich, Sonderzahl, Wien

Brix, Emil (1997) Hg.: Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Böhlau, Wien u.a.

Brix, Emil (2004/2005) Hg.: Memoria Austriae, 3 Bände, Verlag für Geschichte und Politik, Wien.

Dachs, Herbert (2006) Hg.: Politik in Österreich. Das Handbuch, Manz, Wien.

Dülffer, Jost/Loth, Wilfried: (2012) Hg.: Dimensionen internationaler Geschichte, Studien zur Internationalen Geschichte, Band 30, Oldenburg, München.

Enderle-Burcel, Gertrude/Stiefel, Dieter (2006) Hgg.: Zarte Bande. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Studienverlag, Innsbruck/Wien.

Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard (2006): Österreichische Außenpolitik. Supplement zu: Internationale Politik, WUV, Wien.

Fischer, Thomas (2009): Neutral power in the CSCE, Nomos, Baden-Baden.

Fleckner, Uwe (2011) Hg.: Handbuch der politischen Ikonographie, Band 1, Beck, München.

- Frevert, Ute (2006) Hg.: Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Campus-Verlag, Frankfurt/Main.
- Frey, Eric: Konferenzplatz Wien: Vienna as an International Conference Site, in: Bischof, Günter/Plasser, Fritz (2011) Hgg.: Global Austria. Austria's Place in Europe and the World, Contemporary Austrian Studies, uno Press, New Orleans.
- Gehler, Michael/Steininger, Rolf (2000) Hgg.: Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995, Böhlau, Wien.
- Gehler, Michael (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besetzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Studienverlag, Innsbruck.
- Gehler, Michael/Böhler, Ingrid (2007) Hgg.: Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart, Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Studienverlag, Innsbruck/Wien.
- Gerstl, Alfred (1993): Die Position des Außenministeriums vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Außenpolitik und Diplomatie. Wandel der Funktion des Außenamtes im außenpolitischen Entscheidungsprozess, Dipl., Wien.
- Graf, Maximilian: Austria and the German Democratic Republic 1949-1972, in: Suppan, Arnold/Graf, Maximilian (2010) Hgg.: From the Austrian Empire to Communist East Central Europe, Lit.-Verlag, Wien.
- Graf, Maximilian: Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949-1989/90, in: zeitgeschichte, 39. Jg., März/April 2012, Heft 2.
- Graf, Maximilian (2012): Österreich und die DDR 1949-1989/90: Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen, nicht veröffentl. Diss., Wien.
- Haymerle, Heinrich (1983): Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, Europaverlag, Wien.
- Hinteregger, Gerald (2008): Im Auftrag Österreichs. Gelebte Außenpolitik von Kreisky bis Mock, Amalthea, Wien.
- Höll, Othmar: The Foreign Policy of the Kreisky Era, in: Bischof, Günter/Pelinka, Anton (1994) Hgg.: The Kreisky Era in Austria, Contemporary Austrian Studies 2, Transaction Publ., New Brunswick.
- Karner, Stefan (2011) Hg.: Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow, Studienverlag, Innsbruck/Wien.
- Kerschbaumer, Dagmar (2003): Bruno Kreisky. Sein internationales Engagement als österreichischer Außenpolitiker, Dipl., Wien.
- Kicker, Renate/Khol, Andreas/Neuhold, Hanspeter (1983) Hgg.: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen. Ein Handbuch, Neugebauer, Salzburg.
- Kofler, Martin (2003): Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg, Studien-Verlag, Innsbruck.
- Kreisky, Bruno (1996): Der Mensch im Mittelpunkt, herausgegeben von Oliver Rathkolb, Kremayr & Scheriau, Wien.

- Kriechbaumer, Robert (2004): Die Ära Kreisky. Österreich 1970-1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Böhlau, Wien u.a.
- Lawrence, Jon: Political history, in: Berger, Stefan/Feldner, Heiko/Passmore, Kevin (2010): Writing History. Theory and Practice, Bloomsbury, London.
- Luif, Paul (1995): On the road to Brussels. The political dimension of Austria's, Finland's and Sweden's accession to the European Union, Braumüller, Wien.
- Luif, Paul (2007): Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, Böhlau, Wien.
- McMahon, Robert: Diplomatic History and Policy History: Finding Common Ground, in: Journal of Policy History (2005), Vol. 17, Nr. 1.
- Meier-Walser, Reinhard (1988): Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich (1966-1970), tuduv, München.
- Müller, Wolfgang: Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2009, online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/32264/kalter-krieg-neutralitaet-und-politische-kultur-in-oesterreich> (zuletzt besucht am 2.11.2012)
- Müller, Wolfgang (2011): A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955-1991, ÖAW, Wien.
- Nowotny, Eva: Diplomats: Symbols of Sovereignty become Managers of Interdependence: The Transformation of the Austrian Diplomatic Service, in: Bischof, Günter/Pelinka, Anton/Gehler, Michael: Austrian Foreign Policy in Historical Context, Contemporary Austrian Studies Vol. 14, Transaction Publ., New Brunswick u.a.
- Österreichische Mediathek: Akustische Webausstellung zum Thema Staatsvertrag, abrufbar unter www.staatsvertrag.at (zuletzt besucht am 2.12.2012)
- Pelinka, Anton/Rosenberger Sieglinde (2007): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, WUV, Wien.
- Profil-Artikel: „Ayathollah Kreisky. US-Geiseln im Iran“ (3/1981); „Rotkäppchen trocken“ sowie allgemein über den DDR-Besuch Kreiskys (21/2012)
- Rana, Kishan S. (2011): 21st Century Diplomacy. A Practitioner's Guide, Continuum, London.
- Rathkolb, Oliver (1997): Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953-1963, Böhlau, Wien.
- Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Zsolnay, Wien.
- Rathkolb, Oliver (2006): Internationalisierung Österreichs seit 1945, Studienverlag, Innsbruck/Wien.
- Rathkolb, Oliver/Maschke, Otto M./Lütgenau, Stefan August (2002) Hgg.: Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955-1990, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Band 2, Böhlau, Wien.
- Rauchensteiner, Manfred (2010): Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Böhlau, Wien.

- Röhrlich, Elisabeth (2009): Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm, V&R unipress, Göttingen.
- Scherb, Margit: „...die ausgesprochen guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland mit sorgfältiger Zurückhaltung zu pflegen“. Die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, in: Scherb, Margit/Morawetz, Inge, Hg. (1990): In deutscher Hand? Österreich und sein großer Nachbar, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Schorn-Schütte, Luise (2006): Historische Politikforschung. Eine Einführung, Beck, München.
- Sommer, Monika (2005) Hg.: Die Augen der Welt auf Wien gerichtet: Gipfel 1961 Chruschtschow-Kennedy, veröffentlicht im Rahmen der Sonderausstellung „John F. Kennedy“ im Wien Museum, Studienverlag, Innsbruck.
- Steiner, Ludwig (2008): Diplomatie / Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich 1972-2007, Athesia, Bozen.
- Steininger, Rolf: Sowjetische Österreichpolitik 1945-1955: Der Weg zum Staatsvertrag, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (2006) Hgg.: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Stimmer, Gernot (1997): Eliten in Österreich 1848-1970, Studien zu Politik und Verwaltung, Böhlau, Wien/Graz.
- Stourzh, Gerald: Außenpolitik, Diplomatie und Gesandtschaftswesen: zur Begriffsklärung und historischen Einführung, in: Zöllner, Erich (1977): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. Elf Beiträge zur ihrer Geschichte, Österreichischer Bundesverlag, Wien.
- Stourzh, Gerald: Der österreichische Staatsvertrag und die Voraussetzungen seines Zustandekommens, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg. (1981): 25 Jahre Österreichischer Staatsvertrag, Wien.
- Stöver, Bernd (2011): Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, Beck, München.
- Suppan, Arnold (2005) Hg.: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Historische Kommission, Wien.
- Suppan, Arnold/Müller, Wolfgang (2009) Hgg.: „Peaceful Coexistence or „Iron Curtain“, Lit.-Verlag, Wien u.a.
- Ucakar, Karl/Gschiegl, Stefan (2010): Das politische System Österreichs und die EU, Facultas, Wien.
- Vocelka, Karl (2002): Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, Heyne, München.
- Vuollo, Mirka, Annika (1996): Der Wandel der finnischen Neutralitätspolitik. Außen-, sicherheits- und integrationspolitische Tendenzen 1970-1995, SH-Verlag, Vierow.
- Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen; online abrufbar unter: http://untreaty.un.org/ilc/texts/instruments/english/conventions/9_1_1961.pdf (zuletzt besucht am 2.12.2012)

Woyke, Wichard (⁸2000) Hg.: Handwörterbuch Internationale Politik, Leske+Budrich, Opladen.

Zelizer, Julian E.: Introduction: New Directions in Policy History, in: Journal of Policy History (2005), Vol. 17, Nr. 1.

5.2. Quellenverzeichnis

Hauptinformationsquellen zur Erstellung der Datenbank:

Chronik zur Österreichischen Außenpolitik:

Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik (ÖZA), herausgegeben von der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Verlag für Geschichte und Politik Wien: Jahrgänge 1-23, 1960-1983.

Außenpolitischer Bericht: Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Jahrgänge 1976-1983.

Archivmaterialien:

Stiftung Bruno Kreisky Archiv

SBKA/VII.1/Länderboxen:

BRD:

Box2/Konvolut: offizieller Besuch Schmidts in Österreich, Gesprächsthemen

Box2/Konvolut: offizieller Besuch Schmidts in Österreich, Gedächtnisprotokoll zum Gesamtprogramm

Box3/Ergänzungen für die Gespräche mit Scheel 1979

Box3/Konvolut: Besuch Kreiskys in der BRD 1975, Material für die Presse, Tischreden

Box3/Konvolut: Besuch Kreiskys in der BRD 1975, Protokolle des Gesprächs zwischen Kreisky und Genscher

Box3/Vorbereitungen der Reise Kreiskys in die BRD 1975, Besuchsprogramm

Box3/Vorbereitungen der Reise Kreiskys in die BRD 1975, Interventionsbitten

DDR:

Box1/Konvolut Honecker-Reise in Österreich

Box1/Mappe DDR-Besuch Kreisky: Reaktionen und Pressestimmen, Spiegel-Bericht

Box1/Mappe DDR-Besuch Kreisky: Reaktionen und Pressestimmen, Süddeutsche Zeitung, 1./2. 4. 1978

Box1/Mappe DDR-Besuch Kreisky: Reaktionen und Pressestimmen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.1978

Box2/Kreiskys Reise in die DDR, Programm, Unterlagen, Presseecho sowie: Chronik zur Österreichischen Außenpolitik, in: ÖZA, 18. Jg., Heft 2, 1978, S. 134f.

Box2/Kreiskys Reise in die DDR, Programm, Unterlagen, Presseecho

Box4/Information über aktuelle Fragen im Verhältnis zu Deutschland anlässlich des offiziellen Besuches Willy Brandts in Österreich 1972
Box4/Konvolut Besuch des österreichischen Bundespräsidenten in der BRD

UdSSR:

Box1/Konvolut Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau
Box1/Konvolut Chruschtschow-Besuch
Box2/Gespräch zwischen Prader und Malinowsky zur österreichischen Neutralität
Box2/Gesprächsprotokoll Kreisky – Gromyko vom 17.5.1965
Box2/Gromyko in: Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973
Box2/Informationen über die Sowjetunion 1968
Box2/Informationsmappe zum offiziellen Besuch Bundeskanzler Kreiskys in Moskau Ende Mai 1974
Box2/Informationsmappen zum Kossygin-Besuch 1973
Box2/Österreichisch-sowjetisches Kommuniqué 5.7.1973
Box2/Pressestimmen zum Kreisky-Besuch in Moskau, Die Welt, Hamburg 31.5.1974
Box2/Pressestimmen zum Kreisky-Besuch in Moskau, Pressemeldungen vom 31.5.1974
Box2/Protokoll des Arbeitsgesprächs zwischen Kreisky und Kossygin am 29.5.1974
Box2/Unterredung Kreisky – Patolitschew am 14.7.1965
Box2/Vorbereitung von möglichen Fragen für den Besuch Kossygins 1973
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Arbeitsübersetzung aus dem Russischem zwischen Kreisky und Breschnew 1978
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Mündlicher Vortrag Kreiskys bei einer Ministerratssitzung außerhalb der Tagesordnung
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Nachwort zum Schlusskommuniqué hinsichtlich bilateraler Fragen
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Sitzungsprotokoll über das Arbeitsgespräch zwischen Kreisky und Kossygin, 7.2.1978
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Teilnehmer der österreichischen Delegation
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Tischansprache Kreiskys
Box4/Konvolut Moskau-Reise Kreiskys 1978, Treffen zwischen Staribacher und Patolitschew am 8.2.1978
Box5/Offizieller Besuch Tichonows in Österreich 1981, Vorbereitungen und Programm
Box5/Offizieller Besuch Tichonows in Österreich 1981, Tischrede Tichonows
Box5/Offizieller Besuch Tichonows in Österreich 1981, Vorbereitungen und Programm
Box5/Vorbereitungen zu den Kommuniqué-Verhandlungen anlässlich des Kreisky Besuches in Moskau 1978, Abriss der letzten Kommuniqué-Formulierungen
Box6/Konvolut Staatsbesuch Kirchschrägers in der Sowjetunion 1982, Informationen

USA

Box6/Pressestimmen zum Kreisky Besuch in den USA, November 1974
Box6/USA-Reise Kreiskys November 1974, Informationen für den Bundeskanzler
Box7/USA-Reise Kreiskys Februar 1983: Korrespondenz
Box8/Muskies Besuch in Österreich 1980
Box8/Pressestimmen zu Kreiskys USA-Reise 1983
Box8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Besprechungsverlauf
Box8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Gesprächsthemen, Bilaterale Beziehungen
Box8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Informationen für den Bundeskanzler
Box8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Informationen für den Bundeskanzler und Vorbereitungsunterlagen
Box8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Programm, Organisation
Box8/USA-Reise Kreiskys im Oktober 1979, Vorbereitungsunterlagen
Box10/Begrüßungsansprachen Nixons und Kreiskys in Salzburg, 10.6.1974
Box10/Gespräch Kreiskys und Kirchschrägers mit Nixon und Kissinger, Salzburg, 11.6.1974
Box14/Gorbach und Kreisky in den USA 1962
Box14/Kreiskys Reise in die USA 1963

Österreichisches Staatsarchiv

Archiv der Republik / Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/Deutschland West/1,2/Ktn.610/GZ: 70.310/6(Pol)60 Kreisky im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn, 8.3.1960

ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 70.033/6/60

ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 78.761-6(Pol)60

ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 79.929-6(Pol)60: Runderlass an alle effektiven Vertretungsbehörden vom 12. Juli 1960

ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 79.9292-6(Pol)60:

Verabschiedung der sowjetischen Delegation am Flughafen Schwecht am 9. Juli 1960

ÖStA/AdR/BMAA/II-Pol/1960/UdSSR/1,2/Ktn.653/Russland 2/GZ: 79.929-6(Pol)60:

Gedächtnisprotokoll Bielkas/Haymerles/Wodaks über Kommuniké-Besprechungen

5.3. Abkürzungsverzeichnis

BKA	Bundekanzleramt
BMAA	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
COCOM	Coordinating Committee of Westerns Nations on Technology Transfer
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	European Recovery Programme
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IAEA	International Atomic Energy Agency
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OEEC	Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
OPEC	Organisation erdölexportierende Länder
OSZE	Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNIDO	United Nations Industrial Development Organisation
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PLO	Palestine Liberation Organisation
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs (1945-1991), Sozialdemokratische Partei Ö.
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisation
USA	Vereinigten Staaten von Amerika
VdU	Verband der Unabhängigen
VIC	Vienna International Center

5.4. Abbildungsverzeichnis

alle Abbildungen wurden eigens von der Verfasserin erstellt

Abbildung 1: Anlässe für Besuche ausländischer politische Akteure in Österreich	56
Abbildung 2: Besuchsdiplomatische Länderhäufigkeiten in Österreich von 1960-1983	577
Abbildung 3: nach Regionen zusammengefasste Häufigkeit der Besuche in Österreich.....	599
Hintergrund: Weltkarte selbst adaptiert nach www.clker.com	
Abbildung 4: Darstellung der besuchsdiplomatischen Entwicklung von 1960-1983.....	60
Abbildung 5: Besuchsdiplomatische Entwicklung der USA, UdSSR, BRD und DDR in Österreich von 1960-1983	62
Abbildung 6: Entwicklung der Österreichischen Besuchen in den USA, der UdSSR, BRD und DDR von 1960-1983	64
Abbildung 7: Positionen der Österreich besuchenden Akteure	65

Abstract Deutsch

Besuche von Staats- und Regierungschefs, AußenministerInnen oder sonstigen außenpolitisch agierenden PolitikerInnen sind fest im politischen Tagesgeschäft der internationalen Beziehungen verankert. Während der Zeit des Kalten Krieges kam dieser „von-Angesicht-zu-Angesicht-Form“ von Diplomatie besondere Bedeutung zu. An der europäischen „Ost-West-Schnittstelle“ gelegen, wurde Österreich in dieser Zeit nicht nur in Anbetracht seiner politischen Sonderstellung als neutrales Land internationale Beachtung zuteil, sondern auch aufgrund seiner selbst angebotenen diplomatischen Brückenfunktion und seiner aktiven Besuchsdiplomatie. In dieser Diplomarbeit wird daher der Frage nachgegangen, wie sich die besuchsdiplomatischen Interaktionen zwischen Ost und West in und mit Österreich vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konstellationen und außenpolitischen Orientierungen sowie ihrer jeweiligen Veränderungen gestalteten. Der zeitliche Betrachtungsrahmen der Analyse, die einen Versuch darstellt politik- und diplomatiegeschichtliche Ansätze zu verbinden, spannt sich dabei von der Formierung der Neutralitätspolitik in den Jahren nach der Staatsvertragsunterzeichnung und der langsamen Erweiterung des Radius der Außenpolitik auf West- und Osteuropa in den 1960er Jahre, über die aktive Neutralitätspolitik in der Ära Kreisky in den 1970er Jahren, bis hin zur beginnenden Neu-Orientierung in Richtung europäische Integration in den 1980er Jahren. Die Gliederung der Arbeit läuft dabei entlang der einzelnen innenpolitischen Phasen „Große Koalition“, „ÖVP-Alleinregierung“ und „SPÖ-Alleinregierung“, um das Wechselverhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik strukturell sichtbar zu machen. Für die Gegenüberstellung von Ost und West in den besuchsdiplomatischen Interaktionen mit Österreich fokussiert diese Diplomarbeit auf Besuche politischer Akteure von „West“ – USA und „Ost“ – UdSSR, sowie auf Besuche aus der BRD und der DDR als jeweilige europäische Vertreter der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges.

Abstract English

Visits by heads of state, prime ministers, foreign ministers or other foreign policy actors are firmly established practice in international relations. During the Cold War this “face-to-face” form of diplomacy was of particular importance. Located at the European junction between East and West, Austria received attention due not only to its special political position as a neutral country, but also because of its self-assumed role as diplomatic bridge and active policy of visiting diplomacy. This diploma thesis deals with the questions of how the diplomatic interactions based on the policy of frequent visits between East and West in and with Austria were designed. These visits and the diplomatic climate will be considered within the context of the domestic political constellations and foreign policy orientations at the time and their constant changes. This analysis attempts to connect from both political and diplomatic history. The time frame therefore starts with the establishment of Austrian neutrality in the years following the signing of the State Treaty on the slow enlargement Austria’s foreign policy’s radius towards Western and Eastern Europe in the 1960s. It continues with the active policy of neutrality during the Kreisky Era in the 1970s and ends with the re-orientation towards European integration in the 1980s. To show the interrelationship between foreign and domestic policy, the structure of this thesis mirrors the following domestic political periods: the “grand coalition” between ÖVP und SPÖ, the “ÖVP-*Alleinregierung*” (one-party majority) and the “SPÖ-*Alleinregierung*”. In order to make visible the juxtaposition of East and West in terms of their use of diplomatic visits in foreign relations, emphasis is placed on the visits of political actors from “West” – USA and “East” – USSR as well as on visits from and in the FRG and GDR as European representatives of the bipolar world order of the Cold War.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Mag.^a Magdalena Reitbauer

Geburtsdatum: 26. Juni 1988

Ausbildung

Oktober 2007 – Januar 2013: **Studium der Geschichte, Universität Wien**

Oktober 2006 – Januar 2012: **Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien**
Leistungsstipendiatin aus den Mitteln des BMUKK
Abschluss mit Auszeichnung

September 2002 – Juni 2006: **Bundesoberstufenrealgymnasium Birkfeld, Steiermark**
Bildnerischer Zweig, Matura mit Auszeichnung

Sprachkenntnisse:

Deutsch (Muttersprache)	Französisch (A2)
Englisch (verhandlungssicher)	Spanisch (A2)
Latein (Maturaniveau)	Norwegisch (A2)

Arbeits- und Projekterfahrung, Qualifizierungen_(Auszug)

03/2011 – 01/2013: **Fachtutorin für die Studienprogrammleitung Geschichte, Universität Wien**

08/2012 – 09/2012 **Stipendiatin des Club Alpbach Steiermark beim Europäischen Forum Alpbach**

seit 05/2008: **Konferenzassistentin** bei verschiedenen Konferenzen des **BMeiA**

05/2010 – 06/2010: Mitarbeiterin an **Konferenzorganisation: Annual Meeting of the Academic Council on the United Nations System, Wien**

seit 10/2008: **Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN), Consultant, Redaktionsmitglied Global View, Organisationsteam der Vienna International Model United Nations**